



[Home](#) [Brutto-Netto Gehalts Rechner](#) [FAZ News](#) [Linkezeitung](#) [Links](#) [Livestreams Fußball-Bundesliga](#) [News-Zeitungsmeldungen](#)
[Polizeipresse](#) [RP-Online News](#) [Spiegel News](#) [Sport-News](#) [Tagesschau-News](#) [Wissenswertes zur gesetzlichen Rente](#) [Zeit-News](#)

Bemerkenswertes zu Erstattungen

Publiziert am [6. August 2011](#) von [admin](#)

Das Pünktlichkeitsversprechen einiger Verkehrsbetriebe ist dem Namen nach eine gute Sache und wird über Marketingmaßnahmen entsprechend vermarktet. Nur ist es im Leben schwierig von anderen Geld zu bekommen, so ist dieses auch hier der Fall. Es handelt sich um sehr kleine Geldbeträge und der nachweisbare Umstand ist im Verhältnis zum Betrag viel zu aufwändig. Auch der zu berücksichtigende Zeitaufwand, schreiben oder anrufen, Nachweis erbringen, Weg zum Kundencenter um die Erstattung abzuholen, den alten Fahrschein nicht aus versehen wegzuerwerfen oder zu verlegen, ist fast schon unzumutbar im Verhältnis zum Betrag. Vielleicht ist in der Kalkulation der Verkehrsbetriebe aber schon berücksichtigt, dass dieses Angebot kaum angenommen werden kann. Jedenfalls ist dieses mal wieder eine Marketingidee welches die Verkehrsbetriebe in einem positiven Erscheinungsbild setzen soll.

Mit der Erstattung von Geldbeträgen, auch wenn diese noch so gering sind, ist es im deutschen Beamtenstaat nie leicht. Weil der Aufwand im Verhältnis zum Betrag viel zu groß ist, wird im Allgemeinen auf Erstattungen verzichtet. So werden bei geringen Beträgen selbst Arbeitsmittel mit privaten Geld bezahlt, weil hier eine Rückerstattung durch den Arbeitgeber mit großen Aufwand zu betreiben ist. Es sind Formulare auszufüllen, mehrere Unterschriften einzuholen, der Betrag bei der Firmenkasse abzuholen, sodass z. B. für die Erstattung eines Euros ein halber Arbeitstag nur diese Beschäftigung findet. Doch hier müsste eigentlich der Arbeitgeber das Verhältnis von 4 Stunden Gehalt und 1 Euro Erstattung erkennen, doch der Vorschriftenwust blockiert auch bei Arbeitgebern das Denken.

Aber der Staat fördert auch gegen sich selber unverständliche Gesetze bezüglich Einnahmen. Ein schönes Beispiel ist das Parkvergehen, hier wird eine Einnahme von 5 EURO erzielt. Doch wie sieht die Ausgabenseite aus? Es werden zur Feststellung dieses Deliktes zwei Politessen benötigt, dann erfolgt die Halterfeststellung und die Formulierung des Anschreibens, wofür weitere Verwaltungsangestellte benötigt werden. Dem Anschreiben werden mehrere Seiten Belehrungstexte beigefügt und mit dem entsprechenden Porto versehen. Jetzt kann jeder überlegen, wie viel Staatseinnahmen hier verbleiben.

 Suchen

Google-Anzeigen

[Stellenangebote](#)

[Ausbildung Suche](#)

[Wohnungen](#)

[Jobbörse Ausbildung](#)

Letzte Artikel

- [Bemerkenswertes zu Erstattungen](#)
- [Staat, sparen und Beamte](#)
- [Mal wieder Geld, die armen Reichen](#)
- [Rente und deutsches Gesetz](#)
- [Sorgenkind EURO](#)
- [FDP und die Sozialversicherung](#)
- [Steurgerechtigkeit, Abgaben, Wahlwerbung](#)
- [Selbstbedienungsladen Bundestag](#)
- [Steuergeschenke und weiter](#)
- [EURO und Politiker](#)
- [Provisionsverkäufer](#)
- [Weitere Kredite an Griechenland](#)
- [Großraumbüro](#)
- [Prostitution in Deutschland](#)
- [Tier, Mensch, Politiker, Gewerkschaftler, Führungskraft](#)
- [Verrohung der Gesellschaft](#)
- [Wie wird man Politiker?](#)
- [Wie verlogen ist die Welt?](#)
- [Sicherheit, Marketing, Politik](#)
- [Verlogenheit](#)
- [Auswertung einer Mitarbeiterbefragung](#)
- [Atomausstieg?](#)
- [Politik und Kapital](#)
- [Marketingstrategen](#)
- [Gerechtigkeit?](#)
- [Wahlen, Krieg, Atom](#)
- [Das lustige Büro](#)

Staat, sparen und Beamte

Publiziert am [4. August 2011](#) von [admin](#)

Wie würde ein Staat aussehen, wenn die verantwortlichen Politiker immer mit Weitsicht gehandelt hätten? Wenn denken in Legislaturperioden nicht vorhanden wäre und keine ständigen Wahlgeschenke an potentielle Wähler verteilt würden? Dann hätte der Staat kaum Schulden, die Zukunft wäre gesichert und die große Angst vor der Überalterung eines Staates wäre eingedämmt. Doch leider leben Politiker gerne über ihre Verhältnisse, wollen beim Volk beliebt sein und wiedergewählt werden. Wem soll es noch wundern, wenn viele private Haushalte überschuldet sind, der Staat macht es seinen Bürgern im großen Stil vor. Auch hält der Staat nicht viel von einer Rücklagenbildung, sobald z. B. die Kassen der Sozialversicherungsträger etwas gefüllt sind, denken die Politiker schon wieder darüber nach die Überschüsse zweckzuentfremden. Mit den Geldern sollen dann Haushaltslöcher gestopft oder gar neue Wählergeschenke verteilt werden. Dann jammern die Politiker, dass die Rentner viel zu alt werden und möchten die Lebensarbeitszeit immer weiter heraufsetzen um Rentenzahlungen einzusparen. Die Politiker sind ja nicht so dumm, wie sie immer vorgeben. Sie wissen schon lange von dem demographischen Wandel und trotzdem war es eines ihrer Lieblingsbeschäftigungen Gelder der Sozialversicherungsträger zweckzuentfremden. Hier hätte bereits in den 70er Jahren damit angefangen werden müssen, die Überschüsse gewinnbringend für die Zukunft anzulegen. Aber das kurzsichtige Legislaturperiodendenken, nach dem „nach mir die Sintflut“ Prinzip, haftet jedem Politiker an.

Ein weiteres Übel ist das deutsche Beamtentum. Warum zahlen Beamte nicht in die gesetzlichen Rentenkassen ein? Dieses Prinzip gibt es in keinem anderen europäischen Land. In einem extrem „europafreundlichen Land“, sollten die deutschen Politiker mal darüber nachdenken. Aber der Staat profitiert auch von dem Beamtentum, doch ist dieses ebenfalls nur kurzsichtig. Die öffentlichen Arbeitgeber sparen bei den Beamten den Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung ein und somit ist es auf den ersten Blick eine Hauhaltsentlastung, doch nur auf den ersten Blick. In Ruhestand lebende Beamte kosten dem Steuerzahler immense Summen, die dann die Allgemeinheit aufbringen darf. Auch bei den Beamten erfolgt der demographische Wandel und die zu zahlenden Altersruhebezüge werden den Steuerzahler immer mehr belasten. Um hier einzusparen müsste die Lebensarbeitszeit für Beamte auf 100 Jahre gesetzt werden, was jedoch utopisch ist. Jedoch halten Politiker gerne an dem deutschen Beamtentum fest, denn ein nicht zu unterschätzender Teil der Volksvertreter ist quer durch alle Parteien selbst beamtet. Das bedeutet, dass der betreffende Politiker einmal Ruhegeldzahlungen aus seiner Abgeordnetenzeit (ab zwei Legislaturperioden) erhält und zusätzliche Pensionen entsprechend seiner Beamtenlaufbahn. Diese Person lebt während seiner aktiven Zeit und in seinem Ruhestand nur von Steuergelder und hat selber nie einen Cent in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt. Sollte in einer stillen Stunde bei einem Politiker mal ein bisschen Gerechtigkeitssinn aufkommen, sollte dieser mal darüber nachdenken.

- [Stellenbesetzungen bei Firmen](#)
- [Atompolitik](#)
- [Führungskräfte](#)
- [GDL, Gewerkschaften und Firmen](#)
- [Zu Guttenberg, Politiker, Medien, Firmen](#)
- [Streik bei der Deutschen Bahn](#)
- [Firmen, Ideen, Hierarchie](#)
- [Zugunfall in Sachsen-Anhalt](#)
- [Firmenwege](#)
- [Die Neujahrsrede der Kanzlerin](#)
- [Neujahr und weiter.....](#)
- [Weihnachten](#)
- [Dummschwätzer](#)
- [Der Bundespräsident und die Prüfung auf Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen](#)
- [Entlohnung und Arbeit](#)
- [Politiker, Bußgeld, Industrie, Sprüche](#)
- [Webhoster](#)
- [Religion, Kirche, Sterben](#)
- [Gesundheitsreform](#)
- [Gewerkschaft](#)
- [Rente](#)
- [Medien](#)
- [Parteien](#)
- [Mitarbeiterbefragung](#)
- [AKW](#)
- [Rauchen und die Steuer](#)
- [Mal wieder Streik bei der Bahn](#)
- [Scheidung in Deutschland](#)
- [Immer wieder Geld](#)
- [Volksmeinung und Verordnungen](#)
- [Umstrukturierung](#)
- [Wieder war der 3. Oktober](#)
- [Neue Hartz 4 Diskussion](#)
- [Menschen](#)
- [Unser Staat ist schön? Und natürlich Politiker!](#)
- [UMTS-Sticks, drahtloses Internet überall?](#)
- [Die Firma und ihre Führung](#)
- [Warum bezahlen wir Fernsehgebühren?](#)
- [Zu beachten! Die Bahncard der DB wird nur als Abo verkauft, welches sich automatisch bei nicht fristgerechter Kündigung verlängert.](#)
- [Unannehmlichkeiten des ÖPNV](#)

Kategorien

- [Alles was ärgert](#)
- [Allgemein](#)
- [Firma](#)
- [Internet](#)
- [Kirche](#)
- [Menschen](#)
- [Nahverkehr](#)
- [Politik](#)

- [Prostitution](#)
- [Testberichte](#)

Mal wieder Geld, die armen Reichen

Publiziert am [28. Juli 2011](#) von [admin](#)

Jetzt macht die CDU den Vorschlag die Superreichen etwas mehr an das Steueraufkommen des Staates zu beteiligen und schon sperrt sich die FDP. Was will eigentlich diese Partei? Ihre Klientel ist der Mittelstand und die meisten Superreichen stehen der Partei nahe, die jetzt diesen Vorschlag unterbreitet hat. In einer Zeit, wo die Millionäre immer mehr werden und die Armut auf der anderen Seite immer weiter steigt unternimmt die CDU jetzt den Versuch sogar ihre eigene Klientel etwas mehr Geld abzunehmen. Weil ja keiner Partei und keinem Politiker Vertrauen geschenkt werden kann, kann dieses auch nur der Versuch sein ein paar Wählerstimmen von den etwas mehr links stehenden Parteien zu bekommen, denn die Umfragewerte der Regierungsparteien sehen zurzeit nicht gerade so rosig aus. Die FDP allerdings versteht immer noch nichts, sie möchte wahrscheinlich brasilianische Verhältnisse mitten in Deutschland, den Reichen soll es immer besser gehen und den Armen immer schlechter.

In den USA sind zurzeit wahre Steuerschlachten zwischen den beiden großen Parteien im Gang. Das reichste Land der Welt mit den meisten Schulden ringt um ein bisschen Solidarität. Die Demokraten möchten etwas mehr Gerechtigkeit in einem Land was sich selbst als Vorbild der Demokratie sieht. Die Republikaner möchten die Superreichen immer weiter entlasten und wünschen sich immer noch die Zeiten vor dem Bürgerkrieg zurück. Ein Land das mit Milliardären und Billionären überbevölkert ist, steht kurz vor der Staatspleite, weil republikanische Politiker einen sich für etwas mehr Gerechtigkeit einsetzenden Präsidenten endlich stürzen sehen wollen.

Veröffentlicht unter [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Rente und deutsches Gesetz

Publiziert am [28. Juli 2011](#) von [admin](#)

Bericht von RP-Online 27.07.2011

Deutsche gehen immer später in Rente

Männer im Westen arbeiten am Längsten

Berlin (RPO). Die Deutschen treten immer später in den Ruhestand: Im Schnitt gingen sie im vergangenen Jahr mit 63,5 Jahren in Rente und damit so spät wie seit dem Beginn der gesamtdeutschen Statistik im Jahr 1993 nicht. Das geht aus am Mittwoch veröffentlichten Zahlen der Deutschen Rentenversicherung Bund hervor.

Deren Sprecher sagte, dass die Reformen der vergangenen Jahre Wirkung zeigten und das tatsächliche Renteneintrittsalter steige. Die Männer gingen den Zahlen zufolge im Schnitt mit 63,8 Jahren in den Ruhestand, die Frauen mit 63,3 Jahren. 2009 hatte das Renteneintrittsalter der Männer demnach noch bei 63,5 Jahren und der Frauen noch bei 62,9 Jahren gelegen.

Dem Bericht zufolge wird in Westdeutschland länger gearbeitet: Hier seien Männer im Schnitt bis zum Alter von 63,9 Jahren und Frauen bis zum Alter von 63,6

Archive

- [August 2011](#)
- [Juli 2011](#)
- [Juni 2011](#)
- [Mai 2011](#)
- [April 2011](#)
- [März 2011](#)
- [Februar 2011](#)
- [Januar 2011](#)
- [Dezember 2010](#)
- [November 2010](#)
- [Oktober 2010](#)
- [September 2010](#)
- [Mai 2010](#)
- [März 2010](#)

Links

- [Aktuelle News](#)
- [Autos und Wohnungen finden](#)
- [Blog-Lifedays](#)
- [Blog-Reisen & Länder](#)
- [Dein Love-Finder](#)
- [Einsam und Lüge](#)
- [Energie/DSL Vergleiche](#)
- [KFZ-Tarifvergleich](#)
- [Nahverkehr-Info](#)
- [Preisvergleiche](#)
- [Reisen Suchmaschine](#)
- [Single-Infos](#)
- [Urlaubsideen](#)
- [Video Auswahl Portal](#)
- [Webkatalog](#)

Letzte Kommentare

- maria werner bei [Immer wieder Geld](#)

[Impressum](#)

RSS



Jahren berufstätig. In Ostdeutschland gehen die Männer demnach mit 62,9 Jahren in den Ruhestand, die Frauen mit 61,6 Jahren. Die Rentenversicherung bestätigte damit einen Bericht der "Bild"-Zeitung.

Das gesetzliche Renteneintrittsalter liegt in Deutschland derzeit bei 65 Jahren. Die Altersgrenze, ab der die Rente ohne Abschläge gezahlt wird, soll vom kommenden Jahr an jedoch schrittweise auf 67 Jahre angehoben werden.

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) verwahrte sich gegen den Eindruck, dass ein späteres Rentenalter für eine längere Berufstätigkeit stehe. "Was die Menschen vor dem Rentenbeginn gemacht haben, spiegeln diese Zahlen nicht", erklärte IG BAU-Chef Klaus Wiese. "Höchstens", erklärte er.

Vielmehr steige die Zahl der älteren Arbeitslosen, die auf Hartz IV angewiesen seien. Vor allem körperlich schwer arbeitende Berufstätige wie Bauarbeiter seien die Verlierer der Rente mit 67. Viele müssen aus Gesundheitsgründen schon weit vor dem 65. Lebensjahr aus dem Erwerbsleben ausscheiden und hohe Abschläge ihrer Altersbezüge in Kauf nehmen.

Der Linksparteivorsitzende Klaus Ernst forderte, die Rahmenbedingungen für Ältere am Arbeitsmarkt zu verbessern. "Nur so kann verhindert werden, dass nachfolgende Generationen in die Altersarmut laufen", erklärte er in Berlin.

Quelle RP-Online

Die Abgeordneten Politiker, die diese Gesetze beschließen, bekommen bereits nach 8 Jahren MDB 1.700 EURO parlamentarische Mindestrente. Für diesen Rentenanspruch und ca. 12.000 EURO Monatsgehalt haben sie als Pflichtaufgabe parlamentarische Stimmen nach Vorgaben der Partei- und Fraktionschefs bei Bedarf abzugeben. Alle weiteren Tätigkeiten entsprechen der Persönlichkeit des einzelnen Abgeordneten, ob er die Selbstdarstellung bevorzugt oder lieber im Verborgenen außerhalb der Politik weitere gut dotierte Pöstchen in diversen Positionen ausübt. Äußerungen von Abgeordneten haben sowieso nur ein tragfähiges Gewicht, wenn diese mit Parteiführungen abgestimmt sind, ansonsten ist es nur ein Versuch von publikumswirksamen Sprechblasen. Das schwierigste für einen Politiker ist der Weg in den Bundes- oder Landtag, hierzu bedarf es viele hohle Worte und wohlgesonnene Ziehväter.

Veröffentlicht unter [Alles was ärgert, Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Sorgenkind EURO

Publiziert am [17. Juli 2011](#) von [admin](#)

Jetzt mahnt schon so mancher Politiker, dass der EURO nicht mehr zu halten ist. Einige EG-Staaten haben im total übertriebenen Sinn gewirtschaftet, immer mit dem Gedanken die anderen EG-Staaten helfen uns schon mit den nötigen Milliarden. Das europäische Prinzip sieht dieses so vor, dass die halbtoten Staaten die toten Staaten helfen. Der Bürger muss für jeden Politiker Unsinn mit zahlenden Steuern haften.

Als vor fast 10 Jahren die europäischen Politiker ihren Industrien, Banken und millionenschweren Aktionären den EURO schenkten, da jubelten alle Kapitalisten



100% Sicherheit Tagesgeld

Tagesgeld bietet hohe Zinsen bis zu 4% und 100% Sicherheit für's Geld

www.tagesgeld-news.de

Gutscheine und Gratisaktionen bei coupons4u.de

Sparen kann so einfach sein: Coupons, Gutscheine...

coupons4u.de

Immobilienanzeigen aufgeben bei Immonet

Über 1,7 Mio. Menschen suchen monatlich bei Immonet.d...

Immonet.de

2.000€ in 48 Stunden

Gratisreport zeigt, wie Sie 2.000 Euro in nur 48h verdienen!

www.blaupanther.de

Nebenjob mit Heimarbeit

Bis 3500 EUR p.M. mit solider und seriöser PC Heimarbeit. Gratis-Info

nebenjob-nebenjobs-trend

contaxe



(außer die mit zuviel Schwarzgeld). Freies Handeln ohne Barrieren und Geldschwankungen. Der Bürger hatte nicht viel von dem EURO, im Gegenteil, fast alles wurde teurer. So lange die Banken noch Gewinne mit kalkulierbaren Risiken witterten, verteilten sie immer noch Kredite an eigentlich schon nicht mehr kreditwürdigen Ländern. Die Banken wissen genau, bis zu welchen Punkt ihre vermeintlichen Risiken noch von dem Steuerzahler abgedeckt sind. Doch in der jetzigen Finanzkrise können die Risiken der Banken nicht mehr alleine durch den Steuerzahler abgedeckt werden und bei allen weiteren Krediten an finanziell tote Länder gehen die Risiken zum Teil an die Banken und deren Anteilseigner. Die Politiker würden gerne alle Risiken den Banken abnehmen und dem Steuerzahler alle Verluste aufbürden, doch dabei ist die Politikerangst das dieses sich zu negativ bei Wahlen auswirken könnte und ihre schönen Pöstchen verloren gehen. Dann gibt es auch noch den Unterschied zwischen staatlichen und privaten Banken. Für die Verluste staatlicher Banken haftet sowieso der Bürger mit Steuern und Abgaben, eingeschlossen den millionenschweren Abfindungen für evtl. fehlerhaft handelnden Vorständen. Private Banken werden den Ländern ohne Bonität nur Kredite mit staatlicher Absicherung, also von dem Steuerzahler, gewähren. Dazu sind die Vorstände ihren millionenschweren Aktionären gegenüber verpflichtet, dafür bekommen sie schließlich ihren mehrfachen Millionenbetrag als Jahresgehalt. Industrie und Banken, die an dem EURO am meisten verdienten, wollen jetzt am wenigsten für dessen Weiterbestand tun. Für das Kapital zählen nur Gewinne und für Verluste soll die große Allgemeinheit aufkommen.

Für den Normalbürger wäre es besser gewesen, wenn der politisch gewollte EURO nie eingeführt wäre. Doch wie wird es aussehen, wenn nach 10 Jahren EURO wieder Landeswährungen eingeführt werden? Das Kapital möchte auch hier wieder profitieren und Gewinne einfahren, dass ist außer Zweifel. Wird dann für den Bürger wieder eine ähnliche Preissteigerung wie beim EURO eintreten? Das sich die Preise klammheimlich verdoppeln? Ob mit oder ohne EURO, die Zeche der jetzigen Finanzkrisen zahlt sowieso der Bürger, dafür sorgen schon die Politiker in Absprache mit dem Kapital.

Was haben eigentlich die hochbezahlten, mit Vergünstigungen überschütteten Europapolitiker bei der Aufnahme der Länder zur Eurowährung gemacht? Haben sie alles blind geglaubt was ihre Länderpolitikerkollegen so erzählt haben? Kam mal kein Europapolitiker auf den Gedanken vor Ort die finanziellen Situationen zu prüfen? Sind Europapolitiker nicht dazu in der Lage wichtige Aufgaben zu bewältigen? Können Europapolitiker wirklich nur irrsinnige Richtlinien entwerfen und damit die Bürger in den Ländern gängeln? Anscheinend ist dieses so, denn die wirklichen Probleme wie eine geordnete europäische Finanzpolitik oder auch Atompolitik bekommt diese außerordentliche Politikerart nicht geregelt.

Bei den Ländern in Europa ist es wie im privaten Leben. Wenn sich befreundete Personen gegenseitig besuchen und die Besuchenden bei dem Gastgeber essen und trinken bis zum umfallen. Bei dem Gegenbesuch stellt der dann Gastgeber den Besuchenden kaum etwas zur Verfügung und die Besuchenden sind genügsam und mit allem zufrieden. Genau nach diesem Prinzip treiben es die Länder in Europa untereinander. Einige Länder leben ständig über ihre Verhältnisse, geben ihren Bürgern Wahlgeschenke die sie gar nicht finanzieren



können. Andere Länder unternehmen wenigstens den Versuch einer ordentlichen Haushaltspolitik, auch wenn es meistens nur bei dem Versuch bleibt, bürden ihren Bürgern hohe Abgabelasten auf und schränken soziale Leistungen ein. Die in Anführungszeichen „sparsamen Länder“ müssen auf Kosten ihrer Bürger die über ihre Verhältnisse lebenden Länder finanziell unterstützen. Wieder im Vergleich zu dem privaten Leben: Der nur nehmende Mensch sagt „was kann ich denn dazu, dass die anderen so wenig essen und trinken können“. Genau diesen Eindruck vermitteln die jetzt hoch verschuldeten Länder. Unter dem Euro Rettungsschirm lebten sie weit über ihre Verhältnisse, im genauen Wissen der Hilfe durch die etwas besser wirtschaftenden Länder.

Veröffentlicht unter [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

FDP und die Sozialversicherung

Publiziert am [7. Juli 2011](#) von [admin](#)

Die FDP möchte zusätzlich der Steuersenkungen noch die Sozialversicherungsbeiträge senken. Dieses hört sich alles gut an, doch was hat die FDP wirklich vor? In einem Staat, der das Haushalten sowieso verlernt hat ist eigentlich alles möglich. Die FDP möchte ihr Wählerklientel zurück und ihre Wähler sind vordergründig Inhaber mittelständischer Betriebe. Eigentlich möchte die FDP die Sozialversicherungsbeiträge nicht senken, sondern sie möchte diese nur anders verteilen. Der Anfang ist schon gemacht, der Arbeitgeberanteil für die Krankenversicherungsbeiträge ist schon eingefroren und wird nicht mehr erhöht. Alle demnächst anfallenden Erhöhungen der Krankenkassen wird alleinig über Zusatzabgaben von dem Arbeitnehmeranteil finanziert. Nach dem Willen der FDP soll hier eine grundlegende Reform erfolgen, die Arbeitgeberanteile sind stetig zu senken und der Arbeitnehmeranteil kontinuierlich im gleichen Maße zu erhöhen. Somit sinken die Lohnnebenkosten der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zahlt so nach und nach die Sozialversicherungsbeiträge alleinig. Dann braucht sich auch kein Politiker mehr aufzuregen das die Lohnnebenkosten zu hoch sind, denn das Kapital wird geschont. Es ist nur zu hoffen, dass der Arbeitnehmer die Vorhaben der FDP durchschaut und dieser Partei keine Wählerstimmen gibt.


Veröffentlicht unter [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Steuergerechtigkeit, Abgaben, Wahlwerbung


Publiziert am [4. Juli 2011](#) von [admin](#)

Die derzeitigen Regierungspolitiker möchten gerne im Wahljahr 2013 ihre Wähler beschenken. Doch wie die Geschenke aussehen weiß heute noch keiner. Für den Durchschnittsbürger können es bestenfalls ein paar Euro Steuerersparnis bedeuten. Die ständigen Abgabenerhöhungen durch verschuldete Kommunen, maroden Krankenkassen (wobei die Verluste zukünftig alleine der Arbeitnehmer zu tragen hat, denn von einer Parität hat sich diese Regierung schon verabschiedet), erhöhte Konsumsteuern, marode Rentenkassen und immer weiter steigende Energiekosten übersteigen bei weitem die Kosten, die eine geringe Steuerentlastung bei Gehältern in keiner Weise auffangen kann.

Die einzigste Möglichkeit Steuergerechtigkeit zu schaffen, ist eine grundlegende Steuerreform. Das deutsche Steuersystem ist so kompliziert, dass hier die Verfasser (Politiker), bis auf einige Experten, nicht mehr durchblicken. Das System



Veränderungen in der Firma - und was wird aus mir?
Jurij Ryschka
Beste Preis EUR 8,94
oder neu EUR 19,90
Kaufen bei amazon.de
Information



Alle
Tricks
zu
Scheidung
und
Unterhalt
Jetzt
Kaufen!

66web.de - Counter
Heute: 3
Gestern: 22
Gesamt: 1774
Online: 1

PR 0 pagerank 0
PAGERANK 0 PAGERANK 0
PAGERANK 0 PAGE RANK 0
BACKLINK pagerank 0
TOPLIST 20 www.krookle.eu
TOPLIST 2 BS-Pagerank 0
0 PAGERANK
Back Links PRO
PR? pagerank 0
x11.de
BACKLINK
0/10 PageRank 0
PRO Page

ist so aufgebaut, dass der Staat erst mal zu viel Steuern abnimmt und der Bürger seine zuviel gezahlten Steuern über diverse Abschreibungssysteme zurück erstattet bekommen kann. Hier bleiben gewieften Steuerexperten unendliche Möglichkeiten die Finanzbehörden auszutricksen oder Bilanzen schön zurechnen. Es muss endlich ein Steuersystem geschaffen werden, welches aus geringen Beiträgen besteht und keine Abschreibungen mehr zulässt. Dieses bedeutet im Umkehrschluss, dass auch staatliche Subventionen ausbleiben. Doch hier geht es den Politikern an die Substanz, sie verlieren ein Instrument des Lenkens. Gerne subventionieren Politiker mit Steuergeschenken potentielle Wähler, indem es bestimmte steuerliche Vergünstigungen für ausgewählte Personengruppen gibt. Auch können marode Industriezweige zur Wiederbelebung verholfen werden, z. B. durch die damalige staatliche Eigenheimzulage. Oder zukünftig steuerliche Abschreibungen für Solar- und Windanlagen. Auch wird Kunst und Kultur gerne mit steuerlichen Erleichterungen gefördert. Hier wären noch etliche Beispiele anzuführen, wofür der Staat gerne steuerliche Einnahmen verwendet.

Aus diesen Gründen wird die Politik nie ein einfaches Steuersystem einführen, eher wird es noch komplizierter damit der Bürger das System nie zu verstehen lernt. Dann hoffen die Politiker, dass immer mehr Bürger aufgrund der Kompliziertheit des Systems auf Rückforderungen verzichten, oder sich keinen teuren Steuerberater leisten können. Fast schon makaber ist, dass Rentner bis ins hohe Alter, praktisch noch auf dem Sterbebett eine Steuererklärung abgeben müssen.

Vielleicht sollten die Parteien aber auch mal damit anfangen auf teure Wahlwerbung, die sowieso nur aus hohlen Sprüchen besteht, zu verzichten. Die Kopfplakatierung entlang den Straßen stößt eher ab, als Lust auf Wahl zu erzeugen. Nach dem Fraktionsprinzip ist es sowieso egal welcher parteiabhängige Abgeordnete im Plenarsaal seine Stimme abgibt, er hat fraktionsgerecht zu stimmen. Theoretisch könnten auch Parteianhänger in Fraktionsstärke auf 400 Eurobasis zum abstimmen angeheuert werden, anstatt hochbezahlte Abgeordnete. Doch so etwas lässt die Verfassung nicht zu und außerdem möchte jede Partei möglichst viele hochbezahlte Pöstchen besitzen.

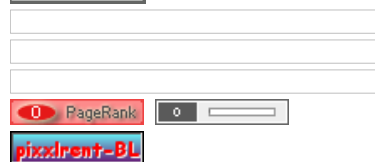
Verzicht auf vollkommen überflüssige Wahlwerbung der Parteien, dieses wäre mal ein kleines Zeichen zum sparen. Es ist auch nicht verständlich, welche Bevölkerungsschichten mit der Werbung angesprochen werden sollen? Nach der Aufmachung der Werbung können es nur die Schichten sein, die von der Politik ahnungslos sind. Wer versucht die Politik zu verstehen und selber keine Ambitionen auf politische Pöstchen hat, der verzichtet bei diesen Politikern auf den Gang zur Wahlurne. Obwohl ein Wahlverzicht nicht die richtige Lösung sein kann, doch genau so sehr fehlen auch die wirklichen Alternativen in der politischen Welt. Heutige Politiker sind das Abbild der Generation, sie denken nur an sich selber müssen aber beruflich vorgeben sich für das Volk einzusetzen.

Veröffentlicht unter [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Selbstbedienungsladen Bundestag

Publiziert am [28. Juni 2011](#) von [admin](#)

Jetzt genehmigen sich Deutschlands Abgeordnete mal wieder einen großen Schluck aus der Geldflasche. Denn sie möchten zuerst von den



Steuermehreinnahmen profitieren. In diesem Punkt herrscht immer große Einigkeit bei den Politikern aller Parteien. Dieses geht ohne langwierige, langweilige Debatten über die Bühne. Auch medienwirksame Schlammschlachten brauchen hier die Politiker nicht publizieren, sondern dürfen sich alle in die Arme nehmen. Ein einfacher Abgeordneter (MDB) bekommt ca. 8.000 Euro plus 4.000 Euro steuerfreier Aufwandsentschädigung. Die Frage ist nur, wofür? Damit er brav seine Stimme so abgibt, wie sein Fraktionschef es von ihm verlangt. Aufmüpfige Mitglieder einer Fraktion sind unerwünscht im demokratischen Parlament. Wenn bei einem MDB noch nicht die relativ hohe Rentenzahlung, erst nach zwei überstandenen Legislaturperioden, sichergestellt ist, macht er am besten seinen Mund überhaupt nicht auf. Denn nicht folgsame Querdenker werden von Parteien gerne aussortiert. Bei Landespolitikern ist die Verfahrensweise gleich.

Politiker schaffen meistens ihren Aufstieg zum Land- oder Bundestag über die kleinen Ortsgruppenvereine und Bezirksvertretungen der Kommunen. Hier werden wohlgesonnene „Ziehväter“ und auch eine gewisse Redegewandtheit des Politikzöglings erwartet. Es ist egal was erzählt wird, es können auch Lügen sein, nur es muss in die Zeit passen und den Bürger erreichen. Dazu kommen evtl. kleine vermeintliche Hilfen, die der Bürger subjektiv als gut empfindet. Auch der Gewerkschaftsapparat kann als Sprungbrett zur Politik genutzt werden. Auch hier ist Redegewandtheit gefragt und natürlich die „Sprungbretthelfer“. Siehe hierzu [„Wie wird man Politiker“](#).

Jedoch ist der Sprung in den Landes- oder Bundestag erst mal geschafft und bestehen keine Ambitionen zu höheren politischen Positionen, braucht der Abgeordnete dafür nur im Sinne der Fraktion sich an den parlamentarischen Abstimmungen beteiligen. Dafür bekommt er dann 12.000 Euro im Monat und wenn er nach acht Jahren keine Lust mehr hat fraktionsgerecht seine Stimme abzugeben, bekommt er die parlamentarische Mindestrente von ca. 1.700 Euro. Dieses ist mehr als die Politiker dem Normalbürger nach 50 Arbeitsjahren an Rente zugestehen. Wenn ein Abgeordneter immer das macht was seine Politikbosse erwarten, hat er einen spitzenentlohten Arbeitsplatz ohne eine Leistung dafür zu erbringen. Ja, dieses ist auch Demokratie.

[Dieses bekommen Abgeordnete für ihre Leistungen!](#)

[Dieses bekommen Europa-Abgeordnete für ihre Richtlinien-Ideen!](#)

[Hier sind Bürgermeister nach der Beamtenbesoldung in NRW eingruppiert](#)

[Dieses bekommen Kommunalpolitiker nach der Beamtenbesoldung!](#)

Veröffentlicht unter [Alles was ärgert, Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Steuergeschenke und weiter

Publiziert am [24. Juni 2011](#) von [admin](#)

Die Politiker, die zurzeit in Deutschland die Regierung stellen, sehen im Moment alles positiv, lassen über wohlgesonnene Medien nur positive Meldungen verbreiten. Der Staat ist finanziell überschuldet, aber das stört den Politikern nicht. Erst werden total kranke Staaten mit Milliarden geholfen und dann soll der kleine

Koalitionspartner wieder auf die Beine geholfen werden. Es sollen speziell für seine Klientel weitere Steuergeschenke geschaffen werden, damit er seine Wahllügen besser rechtfertigen kann. Erst kamen die Steuergeschenke an die Hotelinhaber und was soll jetzt kommen? Zu viel Steuern zahlen wir alle in Deutschland, doch dieses ist in erster Linie jahrelangen Fehlleistungen von Politikern zu verdanken. Diese Fehlleistungen kommen fast ausnahmslos aus Wahlgeschenken zustande, nur damit Parteien und Politiker an die Macht kommen können. Die jetzt geplanten Steuergeschenke werden sich nur wieder bei bestimmten Gesellschaftsschichten als positiv herausstellen, sie werden so gestaltet das mittlere Unternehmen und gut bezahlte Angestellte finanziell bessergestellt werden. Manche mittelständischen Firmen werden ihre geplanten Insolvenzen dann verzögern und erst mal die Steuergeschenke annehmen. Dann kann noch über einen etwas längeren Zeitraum Geld im Ausland gehortet werden um nach der Insolvenz an einem noch schöneren Ort glücklich zu leben. Ja, der kleine Koalitionspartner macht sich Sorgen um die Altersabsicherung seiner Klientel. Bei den besser bezahlten Angestellten in Unternehmen oder den beamteten Stadt-, Land- und Staatsdienern sollte mal angefangen werden zu unterscheiden wer hier wirklich etwas leistet und wer nur abkassiert. Im Laufe der Zeit ist hier die Gruppe der Abkassierer gewaltig gestiegen, denn der Mensch ist so veranlagt das nach dem Erreichen einer Position, egal unter welchen Umständen, Leistung oder aalglattes kriechen, nur noch delegiert und eine eigene Leistung in keiner Weise zu erkennen gibt.

Jedoch wird von der Politik suggeriert, dass die Steuergeschenke allen Einkommensschichten entsprechen und das besonders die unteren Einkommensgruppen profitieren. Doch wie sieht dieses aus? Es ist hier das gleiche Prinzip wie bei den prozentualen Gehaltserhöhungen, wer sowieso schon viel verdient bekommt immer mehr. Ebenso ist es bei Steuersenkungen, wer hier viel Einkommen besitzt bekommt einen höheren Nachlass als der sowieso schon mit einem kleinen Einkommen lebende Bürger. Der deutsche Bürger, der so eben über dem Sozialfall eingegliedert ist, ist dem deutschen Politiker das liebste Kind. Er bekommt von dem Staat keine Steuergeschenke und von den Gewerkschaften kaum Lohnzuwächse. Er wird von der Politik und den Gewerkschaften ignoriert, darf aber alle von dem Staat ihm aufgebürdeten Abgabenerhöhungen leisten und mit Beiträgen Gewerkschaftsbonzen hohe Gehälter sichern.

Die Politiker im Staat haben soviel ungereimtes verzapft, wo es angebracht wäre neu anzupassen. Da wäre die Rente mit 67 wobei das Renteneintrittsalter in Zukunft noch weiter nach oben gesetzt werden soll. Dieses ist nur eine versteckte Rentenkürzung, denn außer für vereinzelte Berufsgruppen ist ein so langes arbeiten nicht möglich. Durch die Umstellung von brutto auf nettobezogene Rentenzahlungen ist die Spanne von dem erhaltenen Nettolohn und beziehender Renteneinkünfte schon in das unerträgliche gefallen. Wenn dann eine vorgezogene Rente mit 63 eingegangen werden muss, dann liegt der Rentner knapp über dem Sozialhilfeniveau. Somit ist er wieder dem Politiker liebstes Kind, bekommt keine Sozialhilfe und darf alle ausgedachten politischen Abgaben bezahlen.

Nicht nur das in Deutschland ein aufgeblähter Politikapparat besteht, der vom Steuerzahler bezahlt werden muss, so leistet sich der Staat noch etliche Europapolitiker, die in der Regel nur unsinnige EG-Richtlinien erlassen. Die deutschen Politiker fühlen sich berufen, diese oft zweifelhaften Richtlinien in deutsches Recht umzusetzen. Hier wäre eine Anpassung dringend nötig, dass

nur noch EG-Richtlinien in deutsches Recht umzusetzen sind die wenigstens einen geringen Wert für Deutschland enthalten.

Die Oppositionsparteien möchten keine Steuergeschenke vergeben, aber sparen wollen die auch nicht. Diese möchten alles in die Bildung und Integration investieren. Es ist im Prinzip als richtig anzusehen, dass jeder die gleichen Chancen bekommen soll, nur die Menschen sind unterschiedlich und jeder denkt nur an sich selber. Dieses ist auch oder gerade bei jungen Menschen so. Schon Marx und Engels wollten die Gleichheit aller und sind daran kläglich gescheitert und der Kommunismus war ein todegeborenes Kind. Die Investition in die Bildung darf keines Falls so ausufern, dass Studiengänge bis zum 30ten Lebensjahr und länger dauern. Es muss schon früh abzusehen sein, ob Anwärter die Leistungen erbringen können die den späteren beruflichen Werdegang erfordern. Was soll ein nicht abgeschlossenes Studium und anschließende Ausbildung in einem Beruf bringen? Mit zu langen Ausbildungszeiten bricht das Rentensystem in dieser Form zusammen, denn es ist für mindestens 45 Beschäftigungsjahre ausgelegt. Oder die Politiker finanzieren die Renten aus Steuereinnahmen anstatt Steuereinnahmen sinnlos zu verschleudern, dass wäre mal ein positives Signal welches aber von Politikern nicht erwartet werden kann, denn sie selber besitzen eine fürstliche aus Steuergeldern finanzierte Altersabsicherung.

Die grünen Politiker machen sich Sorgen, was denn aus ihrer Partei werden soll nach dem Atomausstieg, ihre parteiliche Berechtigung geht verloren. Der derzeitige politische Höhenflug dieser Partei wird nicht Dauerhaft bleiben. Ihre eigentliche Klientel sind Lehrer, Professoren, Studenten, Umweltfreaks und ein paar Gleichstellungsvernatiker. Bei diesen Personengruppen ist eine sozialpolitische Einstellung nicht unbedingt erforderlich. Studenten benötigen Sozialpolitik nur während ihrer Ausbildungszeit, da möchten sie natürlich fast alles umsonst. Professoren und Lehrer gehören zu den Besserverdienenden, bei denen Sozialpolitik nicht unbedingt gefragt ist. Wo gehören die Grünen jetzt hin? Wollen sie die FDP ablösen? Ein großer Teil ihrer Wähler passt nach den Einkommensschichten in das FDP Klientel. In der Bildungspolitik schwimmen sie im Gleichklang mit der SPD. Auf der Suche nach Gemeinsamkeiten mit der CDU sind sie noch. Von einer Friedenspolitik im klassischen Sinn haben sich die Grünen schon vor Jahren verabschiedet. Sozial schwache und Rentner gehören nicht zu ihren Ideologien, ihre Ausrichtung ist eine gesamteuropäische Integration, wie immer diese auch aussehen soll. Zur Umsetzung ihrer Ideologien ist es der Partei ziemlich egal wer dieses bezahlt, Abgaben der Bürger stören ihr wenig, immer unter dem Motto: Unsere Ideen und unsere Umwelt, koste was es wolle.

Veröffentlicht unter [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

EURO und Politiker

Publiziert am 19. Juni 2011 von admin

Als 2002 der EURO eingeführt wurde, gab es viele Gegner. Denn wer gehörte in erster Linie zu den Gewinnern der Euroeinführung? Es war die Industrie und der Handel. Durch die Einheitswährung entfielen die Schwankungen auf dem europäischen Kapitalmarkt. Die Marktpreise waren somit über längere Zeiträume stabil und die Unternehmen konnten ihre Gewinne besser planen. Aktionäre konnten auf stabile Dividende hoffen und wer schon Millionär war konnte seine Millionen verzehnfachen. Auch das Gastronomiegewerbe schlug richtig zu, sie

verdoppelten einfach ihre Preise. Eine Mahlzeit die 10 DM kostete, wurde plötzlich für 10 EURO angeboten.

Die deutschen Politiker, fast alle europafreundlich und industriegerecht eingestellt, wollten mit ihren Kollegen aus den anderen Ländern Stabilitätskriterien festlegen, was sie auf den Papier auch taten. Doch die Politiker hielten sich mal wieder nicht an die von ihnen selber aufgestellten Kriterien. Das Volk straft Politiker nur kurzfristig bei Wahlen ab, denn nach kurzer Zeit ist alles wieder vergessen. Auch fehlen politische Alternativen, denn es ist völlig egal welche politische Partei die Macht hat. Das Kapital bestimmt die Ordnung der Welt und die Politiker sind nur ihre Ausführer. Das einzige was Politiker können, ist sich untereinander verbale Schuldzuweisungen vorhalten. Dabei machen die Politiker alle das Gleiche, nur der Weg dorthin ist unterschiedlich. Das Ziel ist immer den Normalbürger mit Abgaben höher zu belasten und Sozialleistungen abzubauen. Die Partei die gerade die politische Macht hat verschont dabei ihre vermeintliche Wählerklientel ein wenig, sodass diese geringfügig weniger mit zusätzlichen Abgaben belastet wird. Wechselt die Regierung, dann geht das mal wieder anders herum. Aber diese Unterschiede sind bei dem Normalbürger kaum merkbar und dafür braucht man keine Partei zu wählen. Der Großverdiener und Kapitalist wird von jeder Partei verschont, wenn er sein Kapital geschickt im Ausland versteckt dann bekommt er bedingt durch die politische Gesetzgebung sogar Sozialhilfe.

Jetzt bangt die Industrie um ihre Absätze und Milliardengewinne, weil die Politiker der südeuropäischen Staaten sich um ihre selbst aufgestellten Stabilitätskriterien einen Dreck scheren. Um von ihren Völkern gewählt zu werden und Macht zu bekommen, gaben sie Gelder aus die sie überhaupt nicht hatten. Das Banken und Kreditsystem ist schon erstaunlich, für vermeintliche Gewinne werden Kredite ohne ausreichende Sicherheiten gewährt. Doch die hoch verschuldeten Euroländer sollen nicht bankrott anmelden, weil die Industrie dieses so möchte. Sie fürchten Gewinnverluste, wollen aber selber nichts investieren um ihre milliardenschweren Aktionäre zu schonen. Ihre befreundeten Banken wollen ebenfalls keine Gelder bereitstellen, weil sie Verluste fürchten. Hier zeigt sich deutlich, dass die Industrie und Banken die damals den EURO unbedingt wollten, nur bei kalkulierten Gewinnen zu einer Sache stehen. Die Politiker die auf Wunsch der Industrie und Banken den EURO einführten, werden auch jetzt wieder das Kapital schonen, es bleibt ihnen auch gar nichts anderes übrig, denn das Kapital bestimmt das Handeln der Politiker. Die Politiker müssen die Abgaben beim Volk eintreiben, müssen nur gelogene Ausreden finden, aber dieses fällt keinem Politiker schwer, dass ist die Grundvoraussetzung eines jeden Politikers.

Es wird noch ein weiteres finanzielles Problem den deutschen Bürger treffen. Die Industrie wird gegen den Atomausstieg vor dem Verfassungsgericht klagen und wird wahrscheinlich Recht bekommen. Durch Fehlverhalten der Politiker beim Atomausstieg mit einhergehender katastrophaler Gesetzgebung wird dem Kapital dieses ermöglicht. Es wurden von der jetzigen Regierung Gesetze der Vorregierung kapitalgerecht rückgängig gemacht um dann aus Angst vor Wählerverlust die Gesetze in ähnlicher Form der Vorregierung wieder Gültigkeit zu verschaffen. Hier haben die Politiker das Kapital verärgert, denn als Ausführer der kapitalistischen Wünsche darf so etwas nicht geschehen. Wahrscheinlich wird sich so mancher Politiker freuen, wenn das Verfassungsgericht positiv der Industrie entscheidet. Dann werden die Aktionäre an dem Atomausstieg Milliarden verdienen, die der Normalbürger dann auch wieder bezahlen darf. Die Politiker haben sich dann wieder mit dem Kapital versöhnt und für das Volk werden

irgendwelche Geschichten, die gerade in die Zeit passen, erfunden.

Wenn Politiker persönlich für ihre Fehler haften müssten, dann würde noch die hunderste Generation des Politikers zahlen.

Veröffentlicht unter [Alles was ärgert, Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Provisionsverkäufer

Publiziert am 13. Juni 2011 von admin

Es gibt zwei Sorten von Verkäufern, den normalen- und den Provisionsverkäufer. Die normalen Verkäufer mühen sich oft für ein viel zu geringes Gehalt ab, müssen alle Gemeinheiten der Kunden schlucken und haben eigentlich gar kein Anreiz sich abzumühen. Der Provisionsverkäufer quatscht viel unnötiges Zeug, hofft auf alles glaubende Kunden und möchte nur prozentuale Anteile seiner angebotenen Waren oder Dienstleistungen erhalten.

Vordergründig für die Sparte der Provisionsverkäufer stehen der Automobil- und Versicherungsverkäufer. Der eine versucht eine Ware und der andere eine Dienstleistung für sich gewinnbringend an die Frau oder den Mann zu bringen.

Der Versicherungsverkäufer hat es in sofern etwas schwieriger, weil er nichts seh- und greifbares anbieten kann, er kann im Prinzip nur viel Gequatsche und viel Papier zum unterschreiben seinen Kunden anbieten. Weil es alleine nur über den Preis nicht allzu viel Unterschiede bei den Versicherungen gibt, muss er seine Versicherung mit viel Überzeugungsgerede, „dass diese doch die besten Leistungen erbringt“, verkaufen. Heute gibt es etliche Versicherungsangebote im Internet, wo Kunden die Verkäuferprovisionen einsparen können. Wer auf das Gerede von einem Versicherungsverkäufer verzichten kann, der sollte sich mal im Internet umsehen. [Hier ist eine Beispielseite mit unterschiedlichen Versicherungsangeboten von vielen Anbietern.](#)

Der Automobilverkäufer bietet eine beliebte Ware an und kann mit dem Vorführen blenden. Insofern hat es ein Produktverkäufer wesentlich einfacher als sein dienstleistungsanbietender Kollege. Trotzdem reden die meisten Automobilverkäufer gerne und hoffen auf unsichere, mit der Materie sich wenig auskennende Kunden die mit viel Gequatsche überzeugt werden können. Automobilverkäufer haben in der Regel einen Spielraum mit dem Nachlass auf den UVP-Preis. Doch je mehr Nachlass der Verkäufer eingesteht, so verringert sich um den gleichen prozentualen Anteil seine Vermittlungsprovision. Wenn ein sogenannter Ladenhüter zum Verkauf ansteht, so wird der Verkäufer bis an die Nullprozent Provisionsgrenze gehen, denn er steht auch seinem Arbeitgeber in der Pflicht die geordneten Fahrzeuge zu verkaufen. Bei einem gängigen Fahrzeugtyp, wo der Verkäufer der Überzeugung ist das dieses Auto sowieso verkauft wird, verzichtet er auf keine Prozente der Vermittlungsprovision und lässt den nicht zahlungswilligen Kunden ziehen. Wenn es um eine Inzahlungnahme eines Altwagen geht, ist dieser in den Augen des Verkäufers grundsätzlich nichts wert. Hier ist für Kunden die größte Vorsicht geboten, denn der Verkäufer ist bestrebt das Altfahrzeug mit der untersten Preisgrenze anzukaufen und bei dem Neufahrzeug dann keinen Nachlass zu gewähren. Funktioniert dieses Verkäufervorhaben, dann hat der Verkäufer seine

optimalste Provision geschafft. Auch hier gilt, wer auf das Verkäufergequatsche und eine überflüssige Fahrzeugerklärung verzichten kann, der sollte sich mal im Internet umsehen, dort gibt es etliche Anbieter. Das Altfahrzeug sollte, wenn möglich, privat verkauft oder bei einem Altfahrzeugaufkäufer abgegeben werden. So sind einige tausend Euros an Verkäuferprovisionen einzusparen. [Hier ist eine Beispielseite mit den bekanntesten Fahrzeuganbietern im Internet.](#)

Veröffentlicht unter [Alles was ärgert](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Weitere Kredite an Griechenland

Publiziert am [10. Juni 2011](#) von [admin](#)

Jetzt darf Deutschland zur Stützung des Euros wieder Milliarden in südeuropäische EG-Staaten investieren. Diese Staaten haben das Geld mit vollen Händen aus dem Fenster geschmissen. Leisten sich Rentenzahlungen mit 60 Jahren und der Deutsche soll bis 67 oder noch länger arbeiten. Bei den dortigen Fußballvereinen werden den Profis noch mehr die Millionen hinterher geworfen als in unseren Ländern. Alles Länder die über Jahre weit ihre möglichen Verhältnisse überschritten hatten.

Jetzt helfen die deutschen Politiker Griechenland mit weiteren Milliarden und eine Rückzahlung ist mehr als zweifelhaft. Was für Auswirkungen wird dieses auf die Bürger in diesem Land haben? Es wird Steuererhöhungen geben, denn wo soll hier denn noch eingespart werden. Deutschland ist selber hoch verschuldet, die deutschen Politiker können auch nicht wirtschaften. Sie verschwenden ebenfalls Milliarden nur für ihre jeweiligen Klientelen, die ihre Macht und eigenen Wohlstand aufrecht erhalten sollen, denn sonst können sie nicht ihre Wahlen gewinnen. Der Bürger muss alles bezahlen was Politiker verzapfen, auch dieses ist Demokratie. Die zu erwartenden Steuererhöhungen, die sich wahrscheinlich in Verbrauchssteuern niederschlagen werden (Mehrwert-, Treibstoff-, Energie-, Tabak-, Grunderwerb- oder sonstige noch verfügbare Steuerarten), sind dann natürlich entsprechend zu deklarieren. Es werden wahrscheinlich fadenscheinliche Begründungen gesucht, denn zurzeit bietet sich das neue Umweltbewusstsein bei den Bürgern an. Mit Umwelt lässt sich nach Fukushima alles erklären. Es liegt natürlich im Interesse der Politiker, dass die Milliardenhilfen für Griechenland nicht in Verbindung mit Steuererhöhungen zu sehen sind. Vor allem soll jedoch seitens der Politik dem Bürger suggeriert werden, dass die Einführung des Euros kein politischer Fehlschlag war. Die deutschen Politiker, die sich immer so freuen das sie jede irrsinnige EG-Richtlinie sofort in deutsches Recht umsetzen dürfen, müssen natürlich voll hinter einem globalen Europa stehen. Nur die Politiker bedenken nicht, oder wollen es nicht bedenken, dass innerhalb der EG-Länder enorme nationale Unterschiede bestehen. Aber das Deutschland Unsummen in die EG investieren wird, steht schon in dem Artikel vom 30.12.2010 – [Neujahr und weiter.....](#)

Weitere Artikel aus Politik [„Wie wird man Politiker“](#) [„Wie verlogen ist die Welt“](#) [„Verlogenheit“](#) [„Atomausstieg“](#) [„Politik und Kapital“](#) [„Wahlen, Krieg, Atom“](#) [„Atompolitik“](#) [„Zu Guttenberg, Politik, Medien, Firmen“](#) [„Die Neujahrsrede der Kanzlerin“](#) [„Der Bundespräsident und die Prüfung auf Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen“](#) [„Politiker, Bußgeld, Industrie, Sprüche“](#) [„Gesundheitsreform“](#) [„Rente“](#) [„Medien“](#) [„Parteien“](#) [„Rauchen und die Steuer“](#) [„Volksmeinung und Verordnungen“](#) [„Wieder war der 3. Oktober“](#) [„Neue Hartz 4 Diskussion“](#) [„Unser Staat ist schön?“](#)

Großraumbüro

Publiziert am [10. Juni 2011](#) von [admin](#)

In Firmen gibt es Räumlichkeiten, in Form eines Großraumbüros, wo Mitarbeiter mit unterschiedlichen oder auch keinen Tätigkeiten zusammengewürfelt werden. Einige verrichten gemeinsame Tätigkeiten und können in gewisser Weise miteinander auch beruflich kommunizieren. Andere haben mit den Tätigkeiten nichts zu tun und arbeiten eigenständig. Die Mitarbeiter, die gemeinsame Tätigkeiten verrichten, bekommen Besuch von Mitarbeitern aus umliegenden Kleinbüros. Diese Leute kommen um sich an einem Strategietisch, der natürlich neben den Mitarbeiter steht der mit diesen Angelegenheiten gar nichts zu tun hat, Gedanken ohne Ergebnis zu machen. Weil ja nur denken anstrengend ist, wird natürlich dabei über Gott und die Welt geredet. Weil die höher angesiedelten Angestellten der Firma sich nur Gedanken um Umstrukturierungen und ihren eigenen Beliebtheitsgrad bei deren Vorgesetzten machen, stört es auch nicht wenn nichts geleistet und geschafft wird. Weil es einigen Mitarbeitern in ihren Kleinbüros den ganzen Tag viel zu langweilig wird, kommen auch diese Personen abwechselnd dazu um Unterhaltung zu finden. Es ist im Grundsatz ja schön, wenn in einem Firmenteil auf Leistung kein Wert gelegt wird und ein ständiges kommunizieren über alles mögliche was es auf der Welt so gibt im Vordergrund stehen soll. Aber es sollte auch bedacht werden, dass ein ständiges unaufhörliches Gequatsche anstrengender ist als Arbeit zu verrichten. Wenn wirklich mal irgend eine Führungskraft eine Ausarbeitung verlangt, die eigentlich ein bisschen Nachdenken erfordert, bekommt er fehlerhaftes Material, weil in einem aufenthaltsraumähnliches Büro nun mal keine Leistung möglich ist. Nur die Führungskräfte merken es gar nicht wenn fehlerhafte Arbeit abgeliefert wird, oder wollen es nicht merken weil dieses Kommunikationsbüro nach Ansicht der Firmenleitung wohl einen modernen Stil aussagen soll. Nur wenn das Umfeld anstrengender ist als die eigentliche Arbeitsleistung, sollte dieses auch bei Führungskräften mal ein bisschen zum nachdenken anregen. Durch ständige Umstrukturierungen der Firma mit einhergehenden fehlerhaften Planungen ist dieser Raum mit Opfern der Umstrukturierungen belegt worden. Dazu kommen die Ungerechtigkeiten bei der Entlohnung und Besitzstandsrechten zwischen Gewinnern und Verlierern der Umstrukturierungen, die neben den unangenehmen Räumlichkeiten die Motivation total in den Keller fahren lässt. Sollte irgendwann tatsächlich mal wieder Leistung verlangt werden und Führungskräfte es wirklich mal merken sollten, dass unter diesen Umständen nur mit einem „Scheißegal Gedanken“ das Arbeiten möglich ist, dann braucht ein Mitarbeiter erst mal wieder 1 Jahr um sich zu regenerieren um wieder einigermaßen normal denken zu können. Aber mit einem „Scheißegal“ Gefühl in einem lustigen Büro und begrenzter Arbeitsleistung lässt sich auch gut Leben. Nur gut, dass die wirklich arbeitenden Mitarbeiter der Firma diese Zustände nicht kennen und auch wenig Interesse für Firmeneinblicke zeigen.

Weitere Artikel zu Firmen [„Das lustige Büro“](#) [„Mitarbeiterbefragung“](#) [„Auswertung einer Mitarbeiterbefragung“](#) [„Marketingstrategen“](#) [„Gerechtigkeit“](#) [„Stellenbesetzungen bei Firmen“](#) [„Führungskräfte“](#) [„Firmen, Ideen, Hierarchie“](#) [„Firmenwege“](#) [„Dummschwätzer“](#) [„Entlohnung und Arbeit“](#) [„Gewerkschaft“](#) [„Umstrukturierung“](#) [„Die Firma und ihre Führung“](#)

Veröffentlicht unter [Allgemein](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Prostitution in Deutschland

Publiziert am [9. Juni 2011](#) von [admin](#)

In Deutschland ist die Prostitution erlaubt und wird ähnlich liberal den Niederlanden gehandhabt. Die deutschen Politiker haben hier mal ausnahmsweise eine positive Gesetzesänderung vollbracht. Dieses ist in einem konservativen Staat längst nicht selbstverständlich, indem die Kirche reichlich politischen Einfluss besitzt. Doch das verlogene Kirchensystem ist in der jüngsten Vergangenheit aufgedeckt worden und es bleibt zu hoffen, dass sich Kirchenfürsten zukünftig politisch zurückhalten und Politiker sich nicht von Kirchenstrategien beeinflussen lassen. Eine ähnliche Liberalisierung verlangt auch das Gesetz zur [aktiven Sterbehilfe](#), doch von dieser wichtigen Entscheidung sind unsere Volksvertreter noch meilenweit entfernt, noch fehlt der Mut. Diese Entscheidung werden die Politiker erst dann positiv treffen, wenn der Staat bei der bevorstehenden Überalterung nicht mehr weiß, wie er die Alten noch bezahlen soll. Denn wie bei allem, entscheidet auch hier das Geld. Geld steht über allen Zweifeln und ethischen Vorstellungen.

Zwei wichtige Gründe begleiten die Freigabe der Prostitution:

1. durch erlaubten freiwilligen käuflichen Sex können Gewalttaten vermieden, oder zumindest eingedämmt werden.
2. die Frauen des horizontalen Gewerbes können überall arbeiten, sie brauchen keine „Beschützer“ (Zuhälter) mehr. Die Prostitution braucht nicht mehr in schäbigen Hinterhofkaschemmen heimlich und versteckt stattfinden.

Durch die Freigabe hat sich der Sexmarkt

grundlegend geändert, Frauen können in Clubs arbeiten oder sich Tageszimmer mieten (auf dem Wohnungsmarkt als gewerbliche Wohnung deklariert). In Clubs arbeiten die Frauen im Regelfall auf der Basis halb / halb was bedeutet, dass die Hälfte des erhaltenen Lohnes die Frau behalten kann und die andere Hälfte an die Clubinhaber übergeht. Oft werden auch gleichzeitig dort Wohngelegenheiten angeboten, denn die Frauen sind meistens nicht ortsansässig. Es ist aber auch zu bedenken, dass die Vermieter von Clubräumlichkeiten einen stattlichen Mietzins von den Clubinhabern verlangen. So kosten gewerbliche Wohnungen, je nach Größe und Lage, zwischen 1.000 und 10.000 Euro Pacht pro Monat. Bei der Anmietung eines Tageszimmers zahlt die Frau eine Tagesmiete im voraus, im Regelfall um die 100 EURO, kann dann jedoch ihre Einnahmen alleinig verwenden. Jedoch unterliegen die Frauen auch dem deutschen Steuergesetz, sie sind verpflichtet ihre Einnahmen der zuständigen Finanzbehörde zu melden. Allerdings geschieht in diesem Gewerbe noch keine lückenlose Buchführung, sodass bestenfalls eine Pauschalbesteuerung möglich ist.

Die Kosten für Besucher eines Clubs oder Tageszimmers liegen im Durchschnitt bei 50 EURO für die halbe Stunde und 100 EURO für die Stunde. Sonderwünsche oder längere Aufenthalte sind hier Verhandlungssache. Auch ist zu bedenken, dass der Service der Frauen unterschiedlich ist und deshalb schon im Vorfeld eine Abklärung empfehlenswert ist, damit unangenehme Überraschungen möglichst erst gar nicht aufkommen. Frauen die über einen längeren Zeitraum in dem selben Club arbeiten, sind bestrebt Stammgäste zu bekommen. Hier ist im Regelfall davon auszugehen, dass die Frau bestrebt ist den Gast wiederzusehen. Aber auch in diesem Gewerbe spielt Sympathie eine Rolle, zwischen Stammgast und Frau kann sich im Laufe der Zeit durchaus ein freundschaftliches Verhältnis entwickeln. Hierbei ist zu bedenken, dass die meisten in einem Club arbeitenden Frauen dringend Geld benötigen und wenn die Chemie stimmt, dann ist der Stammgast bereit auch mal finanziell auszuweichen. Von Clubinhabern wird jedoch nicht allzu gerne gesehen, wenn sich aus der Freundschaft heraus private Treffen entwickeln, denn hier wittert er Geldausfälle.

Durch die Erweiterung der EG-Grenzen ist der Konkurrenzkampf auf dem Sexmarkt riesengroß geworden. Viele osteuropäische Frauen drängen in den Markt. Somit ist hier ein Preiskampf entfacht und ziemlich sichergestellt, dass die ortsüblichen Preise stabil bleiben. Zu beobachten ist, dass sich die Angebote erweitern. Das AO Angebot wird in letzter Zeit wesentlich häufiger angeboten, obwohl Aids immer noch ein Thema ist, Tripper und Syphilis sind ebenfalls noch vorhanden. Die Frauen und Männer gehen hier ein hohes gesundheitliches Risiko ein, was aber ein jeder für sich selber entscheiden muss. Die regelmäßigen Gesundheitsprüfungen die vor der Liberalisierung vorgeschrieben waren, sind nicht mehr erforderlich. AO-Verkehr wurde früher im allgemeinen nur bei länger bekannten Stammgästen wo die Sympathie stimmte angeboten, oder wo sogar private Kontakte bestanden. Auch hier bestand noch ein Restrisiko, aber das gibt es fast überall im Leben.

Frauen aus EG-Ländern können ihren Arbeitsplatz frei wählen, dieses gilt auch in diesem Gewerbe. Hingegen Frauen aus nicht EG-Ländern hier mit großen Schwierigkeiten belastet sind. Haben die Frauen ein dreimonatiges Touristenvisa, dürfen sie nicht arbeiten und die Beschäftigung ist illegal. Bei einer Beschäftigung droht den Frauen die Abschiebung und dem Clubinhaber eine empfindliche Strafe, ggf. sogar die Schließung des Clubs. Um ein

dauerhaftes Aufenthaltsrecht in Deutschland zu erhalten, bleibt diesen Frauen nur eine Heirat übrig. Hierbei ist es erst mal egal, ob es sich um eine ordentliche Heirat oder eine gekaufte handelt. Die gekaufte verstößt zwar gegen die guten Sitten, aber wenn es nicht auffällt besitzt diese den gleichen rechtlichen Status wie eine ordentliche Heirat. Diese Ehen werden gerne in Dänemark geschlossen, dort ist es unkompliziert und in 2 Tagen erledigt. Innerhalb der EG-Staaten sind dort geschlossene Ehen anerkennungspflichtig. Für das Kaufen einer Ehe werden von den Frauen hohe Summen verlangt, die eine Spanne von 5.000 bis 20.000 EURO oder mehr erreichen können. Diese Summen können die Frauen natürlich in den seltensten Fällen aufbringen, also sind sie erst mal verpflichtet einen Großteil ihres Verdienstes abzuführen. Diese Ehen sind eine Art Zwangszusammenhalt, wehrt sich die Frau und deckt auf, dann wird sie abgeschoben. Zahlt die Frau nicht an dem Mann, kann er keine rechtlichen Ansprüche geltend machen und ihm droht noch eine zusätzliche Strafe.

Dieses war eine kleine Zusammenfassung über die Prostitution in Deutschland.

[Clubs in Deutschland](#)

Veröffentlicht unter [Prostitution](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Tier, Mensch, Politiker, Gewerkschaftler, Führungskraft

Publiziert am [8. Juni 2011](#) von [admin](#)

Der Mensch hat gegenüber dem Tier zwei Gehirne, wobei das zusätzliche Hirn die Unterscheidung auszeichnen soll. In der Natur möchte jedes Tier nur überleben und das stärkere schafft es. Der Mensch möchte immer mehr besitzen an Macht und Geld. Jeweils gemäß seines gesellschaftlichen Standes misst er sich an dem der weniger besitzt bzw. gesellschaftlich schlechter gestellt ist. Reichtum und Macht ist nur messbar an Personen die weniger davon besitzen.

Der Anspruch an ein Mehr zeichnet Politiker, Führungskräfte und Gewerkschaftler aus. Dieser Personenkreis kommt häufig durch schwingende Reden im Namen der Allgemeinheit zu Macht und zumindest erheblich höheren Einkommen als die Allgemeinheit. Unterschieden werden muss jedoch zwischen Führungskräften in Firmen und Politikern / Gewerkschaftlern. Führungskräfte, die irgendwann mal zu der "arbeitenden Bevölkerungsgruppe" gehörten, müssen umdenken. Hier wird Loyalität zu der Firmenführung erwartet und das "Ausbeuten" ihrer Mitarbeiter. Aber für ihre Führungsposition mit dem entsprechenden Gehalt bei geringerer Arbeitsleistung ist eine Führungskraft gerne bereit alles gewünschte der Firmenleitung auszuführen um den Leistungsdruck an seine zugeteilten Mitarbeitern zu übergeben. Politiker schwätzen immer "alles Gute für das Volk" sehen jedoch nur ihr Einkommen und ihre Macht. Dem Politiker ist es egal was er erzählt, er oder auch sie möchte nur selber für sich ein hohes Einkommen und eine genau so großzügige Altersversorgung vom Steuerzahler bekommen. Wenn viele Gesetze für den Normalbürger schlecht sind, für den Politiker sind diese immer gut, schließlich macht er auch die Gesetze für sich selber. Bei Gewerkschaftlern ist es ähnlich den Politikern, diese schwätzen noch viel mehr von Gerechtigkeit und Wohlstand der Arbeiterschaft, doch sehen immer nur sich selbst. Ein Gewerkschaftler möchte erheblich mehr Einkommen besitzen als die Klientel die er vertritt, sonst wird er kein Gewerkschaftler. Ideologien sind nur

Hirngespinnste, nur das Geld interessiert dem Gewerkschaftler. Würde er nicht ein relativ hohes Einkommen erhalten, würde dieser auch zur Gegenseite, dem Kapital, wechseln. Gewerkschaftler sind solidarische Kapitalisten. Warum werden schon jahrzehnte prozentuale Lohnerhöhungen und keine Sockelbeträge durchgeführt? Nur damit die besserverdienenden Führungskräfte in Firmen und die Gewerkschaftler ein immer höheres Einkommen genießen dürfen. Das arbeitende Volk ist nur zum streiken da, damit in erster Linie dieser elitäre Personenkreis immer höhere Gehälter kassiert. Noch besser haben es sich die Politiker eingerichtet, diese Personengruppe bestimmen ihre Gehälter und Altersruhebezüge selber, zusätzlich genießen sie auch noch die Immunität.

Veröffentlicht unter [Alles was ärgert](#), [Firma](#), [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Verrohung der Gesellschaft

Publiziert am [4. Juni 2011](#) von [admin](#)

Immer wieder geschehen unkontrollierte Angriffe an Personen, wobei der zuschlagende keine Selbstkontrolle besitzt. Es wird geprügelt bis der vermeintliche Gegner regungslos ist und der Tod eintrifft. Dieses geschieht nur um Macht und Stärke zu demonstrieren, es werden künstliche Feindbilder geschaffen. Die Politik steht hier machtlos gegenüber, sie streitet untereinander über mögliche Gesetzesänderungen und neue Gesetze, ist jedoch noch nicht einmal fähig die Umsetzbarkeit der bestehenden Gesetze zu überwachen oder klare Handlungsweisen für den Umgang der Gesetzte zu schaffen. Es ist alles so schwammig wie die gesamte Politik, immer nach dem Grundsatz „wir schaffen irgendwas“ und mit der Auslegung sollen sich doch andere befassen.

Doch was ist die Ursache der Verrohung Jugendlicher oder junger Erwachsener? Liegt es an einer mangelnden Erziehung? Oder an fehlenden Feindbildern? Es fängt schon bei Kindern an, die innerhalb einer Gruppe zu unkontrollierbaren Handlungen fähig sind und im alleinigen Zustand die liebsten Wesen sind. Viele Kinder wachsen heute im materiellen Überfluss auf, bekommen fast alles was sie sich wünschen. Wissen genau, dass sie in der Familie das „Goldschätzchen“ sind und häufig in vielen Angelegenheiten von der Familie die Unterstützung bekommen. Lehrer sind mit heranwachsenden Jugendlichen häufig überfordert, sie haben kaum gesetzliche Handhabungen im Konfliktfall einzugreifen, auch sehen sie sich oft unverständlichen Eltern ausgeliefert. Bei der Demonstrierung von Macht und Stärke fehlt das Einfühlungsvermögen die Schmerzen seines Gegenüber nachzuvollziehen, dieser wichtige Aspekt wird bei der Erziehung häufig ins Abseits gedrängt.

Der absurde Mangel an Feindbildern wird heute bei Liga- und Länderspielen beobachtet. Während auf dem Fußballrasen Profis um Millionen kicken und für sich selber nur das Geld sehen, fängt der Mob an Privatkriege auszulösen. Hier werden unterdrückte Wünsche von Machtdemonstration geweckt, die von Zerstörungswahnsinn bis Gewalttätigkeiten reichen.

Was für Grundsätze müsste die Politik schaffen, um eine Verrohung der zukünftigen Generationen zu unterbinden? Zuerst müsste die Hilfe für die Opfer gefördert werden und nicht die Frage wie der Täter zu helfen ist. Der Umgang mit Tätern ist schwierig, denn der Staat weiß nicht wie er mit diesen umgehen soll. Das Justizsystem ist so ausgelegt, dass jeder Straftäter dem Steuerzahler viel Geld

kostet. In einem Bürokraten- und Beamtenstaat krankt das Inhaftierungssystem genau so wie das Gesundheitssystem. Verwaltung, wo sich jeder zunächst selbst verwaltet und wo jeder die Zuständigkeiten auf andere abschieben kann, hat nun mal seinen Preis. Es müsste eine nachhaltige Strafform sein, die sowohl die Aggressionen und Machtwünsche bekämpft, aber dennoch Zukunftschancen offen lässt.

Was für eine Alternative fehlender Feindbilder für einige unbelehrbare Personen gäbe es? Die Franzosen hatten die Fremdenlegion, wo sich Bedürftige austoben konnten. Hier gibt es für diese Minderheit keine geeignete Institution und die Zeiten der Feindbilder zwischen Ost und West gehören der Vergangenheit. Im übrigen wurden diese Feindbilder von Politikern geschaffen.

Veröffentlicht unter [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Wie wird man Politiker?

Publiert am 29. Mai 2011 von admin

Warum wählen Menschen den Beruf eines Politikers? In erster Linie um sich selbst darzustellen, um in der Öffentlichkeit bekannt zu werden und natürlich alle bekannten Vorzüge eines Abgeordneten zu genießen. Der Werdegang eines Politikers fängt häufig in den Ortsgruppenvereinen, der kleinsten politischen Organisation an. Wer dort publikumswirksam reden kann, egal ob die Vorstellungen umsetzbar sind oder nicht, sowie entsprechende Beziehungen zu altgedienten Ortspolitikern besitzt, der kann auch mit einer begrenzten Intelligenz seinen Aufstieg schaffen. Für den weiteren Werdegang muss die Kunst vorliegen, systemabhängig seine Reden gestalten zu können. Hier fließen allgemeine Volksstimmungen sowie gewisse parteiabhängige Vorstellungen ein. Dieses muss im Mischungsverhältnis so angepasst sein, dass der Normalbürger denken soll die publizierten Äußerungen des Politikers sind der richtige Weg. Hierbei ist es zweitrangig ob der Politiker die Worte seiner Reden selber glaubt, oder nur schwätzt, nur das Volk muss überzeugt werden. Wenn es dann dem Politiker gelingt, einflussreiche Medien hinter sich zu bekommen ist sein Weg nach oben nur noch durch sich selbst aufzuhalten. Denn auch die Medien sind Meinungsabhängig und bei einer menschlichen Verfehlung bekommt die Medienberichterstattung eine 180 Grad Kehrtwende. Die Neugierde und Sensationsbegierde einiger Bevölkerungsschichten ist grenzenlos und grausam. Gelingt dem Politiker die Kunst, seine Verfehlungen unbemerkt zu halten hat jeder die Chance unter der unzähligen Masse von Politikern sich hervorzuheben. Denn die Demokratie setzt bei Politikern auf Quantität anstatt auf Qualität und somit herrschen im politischen Raum ungeahnte Aufstiegsmöglichkeiten für Menschen mit wirklichen Qualitäten. Jedoch bilden Parteienhierarchien für einige unüberwindbare Hürden, denn auch heute geht nichts ohne fürsprechende Ziehväter.

Das größte Problem eines Politikers ist allerdings, dass er ein Mensch ist. Beruflich ist er nach dem Grundgesetz verpflichtet sich nach bestem Gewissen, innerhalb seiner Tätigkeit, für das Volk einzusetzen. Doch ist so etwas meistens schwer mit den natürlichen Charaktereigenschaften eines Menschen in Einklang zu bringen. Der Politiker ist bestrebt vor seiner Machtergreifung alles mögliche dem Volk zu erzählen, wohlwissend das dieses später nicht haltbar ist. Hat er sein Ziel erreicht, verfällt fast jeder in den üblichen politischen Trott. Er fällt selten angenehm auf, er

denkt an seine „viel zu niedrigen Abgeordnetenbezüge und schlechte Altersabsicherung“, kommt sich für seine Tätigkeit unterbezahlt vor und ist bestrebt „lukrative Nebenbeschäftigungen“ zu finden. Hierbei wird natürlich auch versucht als Seiteneinsteiger entsprechende Führungspositionen in etablierten Wirtschaftsunternehmen einzunehmen. Gelingt es dem Politiker über den politischen Weg hier Fuß zu fassen, dann erklärt er seine politische Laufbahn für beendet und reiht sich bei den Großverdienern der deutschen Managerklasse ein. Denn Politikposten ganz oben sind nur wenigen Menschen vergönnt. Aber auch hier entscheiden menschliche Charaktereigenschaften, es ist abzuwägen ob viel Macht im Staat wünschenswert ist, oder noch mehr Millionen scheffeln.

Es sollte jedoch jedem Bürger klar sein, dass die wirkliche Macht im Staat das Kapital hat. Zieht das Kapital seine Konzerne und Geldeinlagen aus dem Staat heraus, dann können alle Politiker ihren Offenbarungseid leisten. So ist das kapitalistische System.

Veröffentlicht unter [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Wie verlogen ist die Welt?

Publiziert am 21. Mai 2011 von admin

Wie verlogen ist die Welt? Strauss Kahn, ein Multimillionär soll ein Zimmermädchen vergewaltigt haben? Hat so ein Mann dieses nötig? Ein Mann der sich 1.000 Frauen kaufen kann, wenn er möchte. Können hier nicht evtl. andere Faktoren eine Rolle spielen? Kann hier vielleicht die Beliebtheit beim französischen Volk ein Faktor gewesen sein? Eventuell der nächste französische Staatspräsident zu werden? In einer verlogenen Welt, wo das Geld bestimmt, gibt es viele Möglichkeiten. Das Kapital ist untereinander ebenfalls verfeindet und für Menschen die alles haben, zählt nur noch die Macht. Fast jeder Mensch auf dieser Welt ist käuflich, es muss nur die Summe stimmen.

Und wieder politische Debatten um die Abschaltung der AKW in Deutschland. Hier wird deutlich die Angst der Politiker vor Machtverlust aufgezeigt. Jede Partei mit ihren Politikern möchte sich selber übertreffen, wer das beste Konzept für eine schnelle Abschaltung hat. Nach Fukushima hat jeder Politiker nur noch Angst vor Wählerstimmen- und seinen persönlichen Machtverlust. Den Energiekonzernen stört die ganze aufgeblähte politische „Laberei“ am wenigsten, denn die entstehenden Kosten für die AKW-Abschaltung zahlt sowieso der Verbraucher. Dieses lässt die Gesetzeslage zu, denn so etwas haben Politiker ebenfalls geschaffen. Schließlich wünschen sich viele Politiker nach der Abtretung einen hochdotierten Posten innerhalb der Industriekonzerne. Nur warum reden die Politiker nicht ehrlich? Warum sagt keiner, dass die AKW-Abschaltung nur gesamteuropäisch zu lösen ist. Frankreich hat 58 aktive Kernreaktoren, 9 stillgelegte, 33 im Bau und 27 in der Planung. Frankreich ist hinter den USA der zweitgrößte Atomstromproduzent der Welt. Bei den vorherrschenden Westwinden bilden die französischen AKW für die deutsche Bevölkerung die gleiche Gefahr wie die AKWs im eigenen Land. Noch verlogener wird die deutsche Politik, wenn im eigenen Land die AKWs abgeschaltet werden und bei den Franzosen für teures Geld Atomstrom eingekauft wird. Dann zahlt der von der Politik für dumm gehaltene deutsche Bürger viel Geld für die gleiche Gefahr.

Die Europäer leisten sich von dem Steuerzahler hochbezahlte und mit

Vergünstigungen übergossene „Europapolitiker“, die im allgemeinen nur sinnlose EG-Richtlinien entwerfen. Wann fängt diese Politikerart endlich mal damit an, sich über eine gesamteuropäische Atomlösung Gedanken zu machen um vielleicht in 100 Jahren ein Ergebnis zu finden? Nur der Anfang muss mal gemacht werden. Um den EURO zu stützen und nicht als Fehlgeburt abhandeln zu müssen, helfen halbtote Länder den toten Ländern. Hier wird mit allen Mitteln versucht ein Europa aufrecht zu halten, warum funktioniert dieses nicht bei der Atomenergie?

Berufsgruppen wie z. B. Politiker, Pastore, Gewerkschaftler, Betriebsräte, die beruflich vorgeben sich für andere Personen einzusetzen und sich vielleicht manchmal sogar zuständig fühlen, sind ebenfalls nur normale Menschen. Auch diese denken immer zuerst an sich selbst, an ihrem Wohlergehen, an ihrem Einkommen mit möglichst wenig Arbeitsleistung, an beruflichen Aufstieg und manchmal vielleicht auch ein wenig an Macht. Es darf nicht alles so ernst genommen werden, was diese Personengruppen so von sich geben. Es sind in erster Linie Selbstdarsteller, die den publikumswirksamen Erfolg benötigen und ihre Reden den allgemeinen Stimmungen anpassen. Wer zu dem richtigen Zeitpunkt die richtigen Worte findet, kann bei manchen Personen dann sein Ansehen steigern.

Veröffentlicht unter [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Sicherheit, Marketing, Politik

Publiziert am [29. April 2011](#) von [admin](#)

Es geschehen Gewalttaten von Jugendlichen in U-Bahnhöfen und Sicherheitspersonal fehlt, sodass dieses verhindert werden kann. Zunächst wird der Sauberkeitsgedanke der Verkehrsunternehmen höher eingeschätzt als die Sicherheit von Personen in Verkehrsanlagen. Reinigungskräfte sind fast rund um die Uhr tätig, jedoch geeignetes Sicherheitspersonal fehlt. Marketingexperten der Verkehrsunternehmen bestimmen in den heutigen Unternehmensphilosophien das Handeln der Betriebe. Diese Philosophien fundieren häufig auf Meinungsumfragen und die Strategien sind auf Werbewirksamkeit ausgelegt. Nach den jüngsten Berliner Vorfällen wären jetzt eigentlich neue Marketingstrategien zu entwickeln, die in ihrer Werbewirksamkeit den Sicherheitsgedanken wieder aufleben lässt. Oder es werden erst mal weitere Meinungsumfragen abgewartet, ob die Bevölkerung Sicherheit oder Sauberkeit im Vordergrund sieht. Wahrscheinlich sind Reinigungskräfte jedoch auch kostengünstiger zu bekommen als ausgebildete Sicherheitsfachleute.

Der Faktor Geld ist bei der Sicherheit relevant, auch wenn dieses niemand zugeben möchte, weder Firmenvorstände noch Politiker. Es ist eben für die Staatsfinanzen wesentlich besser, Polizeibeamte mit einträglichen Geschwindigkeitskontrollen zu binden als diese zusätzlich mit allgemeine Sicherheitsaufgaben zu belasten. Politiker begründen alles mit dem Sicherheitsgedanken, auch Geschwindigkeitskontrollen, obwohl hier die von Politikern nie genannte Refinanzierung der Polizei im Vordergrund steht.

Politisches Umdenken müsste auch bei den Sicherheitsmaßnahmen für Großveranstaltungen eintreten. Die Veranstalter, die Massen zu ihren Veranstaltungen ziehen, müssten für alle Sicherheitsmaßnahmen auch die kostenmäßige Verantwortung tragen. Es kann nicht angehen, dass z. B. Vereine

für die Bezahlung ihrer Fußballprofis Millionenbeträge ausgeben und die Kosten der Sicherheit von dem Steuerzahler aufzubringen sind. Die für dem Staat hier entfallenden Kosten könnten gezielt für Sicherheitsmaßnahmen an besonders gefährdenden Orten zur allgemeinen Erhöhung der Sicherheit eingesetzt werden.

Ein weiterer finanzieller Knackpunkt sind die Staatskosten für Häftlinge. Bei einer erhöhten Sicherheitspräsenz kann auch ein erhöhtes Häftlingsaufkommen entstehen und vielleicht ist auch dieses ein politischer Grund von zusätzlichen Polizeistreifen abzusehen. Doch hier sollten sich Politiker für ihre Abgeordnetengehälter mal ein paar Gedanken machen, wie mit Häftlingen kostenneutral verfahren werden könnte, auch hier gäbe es bestimmte Möglichkeiten die sogar mit der Verfassung in Einklang zu bringen sind.

Nur Politiker sollen nicht immer nur Publikumswirksam schwätzen, sondern auch mal effektiv handeln, falls Politiker dazu überhaupt in der Lage sind.

Veröffentlicht unter [Alles was ärgert](#), [Firma](#), [Nahverkehr](#), [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Verlogenheit

Publiziert am [17. April 2011](#) von [admin](#)

Unsere sogenannten Volksvertreter, oder auch Politiker genannt, warum erstellen diese keine ehrlichen Gesetze?

Zum Thema alt, krank und sterben

Es ist richtig, dass kein anderer Mensch über Leben und Tod eines anderen entscheiden darf, aber warum müssen lange schmerzhaft Qualen sein? Ein jeder Mensch sollte für sich selber entscheiden dürfen, ob er Qualen bis zum Tod erleiden möchte oder eine Sterbehilfe in Anspruch nehmen will. Dieses könnte auch schon im Vorfeld in einem notariellen Testament festgeschrieben werden, falls der Mensch später nicht mehr dazu in der Lage ist. Die Politiker beklagen, dass es zu viele alte Menschen gibt und die letzten 2 Jahre des Ablebens den Krankenkassen immense Summen kosten, aber eine gesetzliche Regelung möchten sie hier nicht treffen. Hingegen stellen die Politiker Sterbehilfe unter Strafe. Es ist besonders zu betonen, dass Sterbehilfe nur auf eigenen Wunsch des unheilbar Kranken geschehen darf, so wie es in liberaleren Ländern schon möglich ist.

In Deutschland besitzen die Kirchen noch einiges an politischen Einfluss und die Kirche hat wahrscheinlich in ihrer Glaubensphilosophie die Vorstellung, dass Jesus unter großen Schmerzen gestorben ist und deshalb die Menschheit dieses ebenso erleiden soll.

Die andere Verlogenheit im Umgang mit dem Sterben

In Krisengebieten, sei es Kriegseinsätze von Soldaten oder Katastropheneinsätze von Helfern, hier wird das Sterben von Menschen politisch einkalkuliert und von den Kirchen geduldet. Es sind oft junge und gesunde Menschen die für Todeskommandos bewusst zur Verwendung gelangen und Politiker sich teilweise damit noch rühmen. Wo ist hier das moralische und ethische Verständnis? Unheilbare kranke Menschen müssen sich bis zum erlösenden Tod quälen, dürfen

keine Abhilfe bekommen und gesunde Menschen werden in den Tod geschickt. Die politische und kirchliche Welt ist so verlogen, dass hier die gesamte Nachvollziehbarkeit abhanden gekommen ist. Es wäre dringend erforderlich das Sterbehilfegesetz zu liberalisieren, ähnlich der Schweiz oder Belgien. Alles andere ist ein Ausdruck falscher Moral und Ethik.

Wenn die Kirchen so sehr eine Sterbehilfe ablehnen, warum setzen sich diese dann nicht viel vehementer gegen Atomkraft oder Krieg ein? Warum waren die Kommentare zu der Fukushima Katastrophe und Libyen Krise so leise? Ist es denn dann nicht die Pflicht der Kirchen, Leben schon im Vorfeld zu erhalten? Oder sind die Kirchen auch dem Kapital hörig?

Veröffentlicht unter [Kirche, Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Auswertung einer Mitarbeiterbefragung

Publiziert am 17. April 2011 von admin

Nach der Auswertung einer Mitarbeiterbefragung ist für die Firma und dem ganzen Führungskräftenmob immer alles gut gelaufen. Hier stellt sich die Frage, warum meckern Mitarbeiter oft wenn sie doch mit allem zufrieden sind? Zum einen ist es die große Masse, denen alles wenig interessiert und die Mitarbeiter die Angst um ihren Arbeitsplatz haben. Dann ist es die Meute der durch Umstrukturierungen abgesetzten Führungskräfte, die alle ihre eigentlich nicht mehr zustehende Gehaltsklasse behalten haben, irgendwelche Abschiebetätigkeiten ausüben und sich selber dabei unheimlich wichtig vorkommen. Kein Wunder ist es bei den Mitarbeitern, die zu der neuen Führungsgeneration gehören oder besonders gut bezahlte Positionen bekommen haben. Diese Leute meinen in ihrer totalen Selbstüberschätzung wirklich, sie hätten diese Posten durch überdurchschnittliche Leistungen bekommen. Doch die Wirklichkeit sieht auch hier anders aus, denn besser bezahlte Positionen oder Führungstätigkeiten werden im Regelfall durch schleimen innerhalb von Seilschaften der einzelnen Bereiche vergeben. Dazu kommt natürlich die Wohlgesonnenheit der Vorgesetzten und vielleicht noch ein persönlich gutes Verhältnis zu Betriebsräten oder evtl. außenstehenden Institutionen. Es ist die verlogene Gesellschaft, die so etwas fördert und möglich macht. Verlogenheit ist das größte straffreie Übel, was unsere Gesamtgesellschaft zu bieten hat. Dieses zieht sich durch alle Bevölkerungsschichten und Hierarchien.

Also welche Ergebnisse sind von Mitarbeiterbefragungen zu erwarten? Mit ein wenig Gesamtkennen der Firmensituation, können die Ergebnisse schon vor der Befragung genannt werden. Es sind doch im Regelfall keine Wunder zu erwarten, denn dazu geht es den Menschen zurzeit noch viel zu gut.

Ein weiterer Faktor für Mitarbeiterbefragungen in Firmen ist die Beschäftigung einiger interner Mitarbeiter sicherzustellen und steuerliche Absetzungsmöglichkeiten für die Kosten der beauftragten externen Unternehmensberater zu nutzen. Somit zahlt auch die Allgemeinheit für diese Art der Befragungen.

Veröffentlicht unter [Firma](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Atomausstieg?

Publiziert am [2. April 2011](#) von [admin](#)

Jetzt möchte unsere Bundesregierung den schnellen Atomausstieg, nur weil sie in der Wählerwelt keine Mehrheiten mehr sieht. Bis zu dem Atomunfall in Japan, hatte diese Regierung alles für die deutsche Atomindustrie getan um diese die größtmöglichen Gewinne zu ermöglichen. Jetzt sucht die Regierung nach Möglichkeiten eines Ausstiegs, wobei die Energiekapitalisten möglichst auch noch dicke Gewinne einfahren können. Die Regierung erzählt dem Volk wie einsichtig sie doch geworden sei und das Volk wird wieder der Regierung vertrauen. Zu tief sitzt bei einigen Bevölkerungsschichten die Verwurzelung zur CDU. Die Regierung wird immense Ausgleichszahlungen an die Multimillionäre der Atomindustrie aus Steuergeldern zahlen und einige Politiker werden dieses sogar gerne tun, schließlich leben diese von dem Kapital. Die zukünftigen versteckten Steuererhöhungen werden so abgestimmt, dass der normale Kleinbürger diese durch enorme Nebenkostensteigerungen spüren wird, die dann mit erhöhten Ausgaben für alternative Energien begründet werden. Die Ausgleichszahlungen an die millionenschweren Aktionären sind möglichst zu vertuschen, damit ein Großteil der Bevölkerung dieses gar nicht erst mit bekommt. Hier wird die Regierung wieder auf wohlgesonnene Medien angewiesen sein, die auf eine regierungs- und industriefeindliche Berichterstattung verzichten. Die industriefreundlichen Gesetze greifen jetzt und so mancher Politiker macht sich heute schon Gedanken, wie die Gesetze für die neuen Industriegenerationen aktionärfreundlich zu gestalten sind, damit auch sie oder er einen gutdotierten Posten in der neuen Energiebranche einnehmen kann.

Veröffentlicht unter [Alles was ärgert](#), [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Politik und Kapital

Publiziert am [1. April 2011](#) von [admin](#)

Erst muss eine große Katastrophe geschehen, damit Politiker mal aus ihrem Traum erwachen, aber auch nur dann, wenn sich das Volk massiv wehrt. Politiker, sind die Marionetten des Kapitals, dieses wird immer mehr aufgezeigt. Nicht nur in Japan ist die Verwurzelung zwischen Politik und Industrie vorhanden, auch in deutschen Ländern. Zwar ist dieses in Japan noch weitaus mehr ausgeprägt, doch deutsche Politiker liebäugeln genauso nach dem Kapital. Der Wunschtraum vieler Politiker ist, nach ihrer mehr oder weniger erfolgreichen Politiklaufbahn einen gutdotierten Posten in der Industrie zu bekommen. Weil nach ihrer Meinung die Politikerbezahlung aus dem Selbstbedienungsladen der Steuerzahler ja so schlecht ist und die üppigen Ruhebezüge in Politiker Augen wahrscheinlich ein Almosen sind, wird schon während der Politikkarriere kräftig bei der Großindustrie eingeschleimt. Im Gegenzug werden dem Volk 5 Euro Jobs und eine Rentenzahlung auf Sozialhilfeniveau als ausreichend erklärt.

Jetzt, wo die Politik aus der Kernkraft aussteigen möchte, müssen sie mit Klagen der Industrie rechnen. Hier zeigen die kapitalfreundlichen Gesetze ihre Wirkung, aber dieses macht der Politik auch nicht viel, dann werden eben aus Steuergeldern die dicken Abfindungen an den millionenschweren Aktionären gezahlt. Um Millionären und Milliardären noch zusätzliche Gelder zu schenken, dafür dürfen dann ruhig die Steuern erhöht werden. Ebenso sieht die Gesetzeslage vor, dass alle Schäden nach einem Atomunfall nur innerhalb der vorgeschriebenen Versicherungssumme von dem AKW-Betreiber aufzubringen sind und alles was

darüber hinaus geht der Steuerzahler zahlen muss. Warum verabschieden Politiker solche Gesetze? Dieses kann nur aus einer tiefen Verflechtung zwischen Politik und Kapital stammen.

Es gibt ein Sprichwort das heißt: Geld verdirbt den Charakter. Welchen Charakter müssen Politiker und das Kapital besitzen?

Veröffentlicht unter [Alles was ärgert](#), [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Marketingstrategen

Publiziert am [1. April 2011](#) von [admin](#)

Marketing ist das Schlagwort, dass heute überall benutzt wird. Es ist egal ob eine schlechte oder gute Ware oder Dienstleistung vermarktet werden muss, Hauptsache es wird medienwirksam angeboten. Jetzt werden von den Marketingstrategen wieder menschliche Reklameschilder durch die Straßen geschickt. Früher waren es schwere Holzumhänge, heute auf den Rücken geschnallte leichte Papptafeln. Doch diesmal ist es nichts neues von den hochbezahlten Marketingstrategen, sondern nur eine Abkupferung früherer Jahre. Auch wird es von den Marketingstrategen der Firmen immer beliebter ihre Mitarbeiter in Firmen-Uniformen zu stecken, dieses soll dann so eine Art Corporate Identity darstellen. Vielleicht wird dieses auch als eine Nachahmungsempfehlung Japans angesehen. Aus Sicht der Firmen bedarf es auch keiner Umkleidekabinen, denn die Mitarbeiter sollen sich auch in der Freizeit mit dem Unternehmen identifizieren. Dieses ist dann als so eine Art kostenlose Werbung für das Unternehmen zu sehen und von den Firmen gewollt. Doch die hochbezahlten Marketingstrategen, die diese tollen Ideen entwickeln, verstecken sich in ihre Dienstlimousinen im feinen Zwirn oder auch legerer Kleidung, so wie es ihnen gerade passt, und verspüren nicht die geringste Lust sich mit ihrem Unternehmen zu identifizieren.

Veröffentlicht unter [Alles was ärgert](#), [Firma](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Gerechtigkeit?

Publiziert am [27. März 2011](#) von [admin](#)

Wenn es auf der Welt Gerechtigkeit geben würde, dann gäbe es keine Kirchen, keine Religionen, keine Götter, keinen Gott, keine Armut und keine Lügen. Alles entstand in der Frühzeit durch Menschen die von anderen Menschen unterdrückt wurden. Aus auswegloser Hilflosigkeit wurde der Glaube an irgendetwas Höheres geboren. An einem Strohalm, an die sich die Hilflosen gegen ihre Unterdrücker festhalten konnten. Der Glaube an etwas besseren nach dem Tod. Der Buddhismus lehrt, dass die Kette der ewigen Wiedergeburt nur durch ein tadellos geführtes Leben unterbrochen werden kann.

Aber Gerechtigkeit bleibt der Traum vieler Menschen, außer denen die durch andere Menschen reich werden oder ein Führungstrauma besitzen. Das Kapital und die Politik führt Ungerechtigkeit im großen Stil vor, doch wie sieht es in einigen Firmen aus, bei den sogenannten kleinen Leuten? Wie steht es dort mit der Gerechtigkeit? Als Beispiel können hier mal die Umstände von etwas größeren Unternehmen aufgeführt werden. In Zeiten wo Unternehmensberater ihr großes Geld wittern und in Firmen Einzug halten. Große Unternehmen brüsten sich immer

gerne mit dem Schlagwort der Sozialverträglichkeit, doch wie sieht diese aus? Erst einmal wird kräftig umstrukturiert, am besten mit Wiederholung in einem 3 bis 5 Jahresrhythmus. Hierbei werden Stellen verschoben, hochbezahlte Angestellte werden auf Abschiebepositionen mit gleichbleibenden Gehalt gestellt. Neue Leute werden auf deren Posten gesetzt, mit einem reichlichen Gehaltsaufschlag. Bei der nächsten Umstrukturierung wird wieder gleich verfahren. Aber dieses ist noch nicht genug verschwendetes Geld, es werden bei jeder Umstrukturierung immer mehr neue hochbezahlte Stellen geschaffen, so das sich diese schon gegenseitig auf die Füße treten. Zusätzlich werden immer mehr hochbezahlte ehemalige Führungskräfte mit dem gleichen Gehaltsgefüge auf immer mehr Abschiebeposten gesetzt. Die neuen Führungskräfte dürfen sich natürlich auch wieder den ihnen wohlgesonnenen Mitarbeitern als neue Handlanger aussuchen. Dabei brauchen noch nicht einmal die firmeneigenen Gehaltsgrundsätze der Personalabteilungen eingehalten werden, diese Personen dürfen selber ihre Gehaltsstufe mit dem Wohlwollen ihrer Führungskräfte bestimmen. Dann gibt es noch langjährige Mitarbeiter, die vielleicht noch von der Firma benötigt werden, aber einen geringen Stellenwert innerhalb des neuen Firmengefüges besitzen. Mit denen wird dann so verfahren wie in der Satire „[Das lustige Büro](#)“ beschrieben ist. Bis hierhin haben der Firma die Umstrukturierungen nur viel Geld gekostet, um nicht zu sagen „aus dem Fenster geschmissen“ und dieses soll dann auch wahrscheinlich die Sozialverträglichkeit bei Firmen sein. Doch Umstrukturierung soll doch eigentlich eine Kostensenkung bedeuten und die Gehaltsstruktur ist ja schon grenzenlos für bestimmte Leute nach oben verschoben worden. Hier kommt die Aufklärung: Die Kostensenkung wird bei der wirklich arbeitenden Belegschaft erzeugt, die Säulen einer jeden Firma. Der Leistungsdruck wird immer mehr nach oben geschraubt und Sondervergünstigungen werden gestrichen. Das ganz große Einsparungspotential wird jedoch bei den Neueinstellungen der unteren Gehaltsstufen erreicht, indem hier einfach die Gehaltsstufe noch mal nach unten gesetzt wird. Dieses ist dann die andere Seite der Sozialverträglichkeit. Doch das Schlimmste ist, dass Betriebsräte so etwas mittragen und Gewerkschaften solche Tarifverträge zulassen. Gewerkschaften entwickeln sich immer mehr zu Mitstreiter der hochbezahlten Angestellten und benötigen die kleinen Arbeiter nur noch zum streiken und die Masse merkt dieses nicht. Wahrscheinlich haben Gewerkschaften noch nicht einmal gemerkt, dass die meisten hochbezahlten Angestellten gar keine Mitglieder sind und ihr Finanzbudget von den kleinen Arbeitern aufgestockt wird.

Ja, wo ist die Gerechtigkeit auf dieser Welt? Diese gab es noch nie und wird es nie geben. Nur regt zum Nachdenken an, auf welcher verlogenen Art und Weise gutbezahlte Positionen in Firmen und Politik vergeben werden.

Veröffentlicht unter [Firma](#), [Menschen](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Wahlen, Krieg, Atom

Publiziert am [26. März 2011](#) von [admin](#)

Wieder ein Wahlwochenende steht bevor, diesmal ist der Landtag in Baden-Württemberg zu wählen. Es ist ein traditionell schwarzes Land, die Wähler dort waren immer konservativ eingestellt. Dieses ist hauptsächlich darin begründet, dass dort renommierte Fahrzeughersteller und high-tech Firmen ansässig sind. Auch nimmt das Gehaltsgefüge in diesem Land einen Spitzenwert in Deutschland ein und die Arbeitslosenquote ist vergleichsweise als gering einzustufen. Das

Vertrauen der Bevölkerung zu dem Kapital war hier hoch eingegliedert. Doch die Ereignisse in Japan, die deutlich aufzeigen das die kapitalistische Profitmaschine ihre Tücken haben kann, bringen auch einige Menschen im Ländle zum nachdenken. So ist diese CDU Hochburg gewaltig am wanken. Politiker sind alle keine Engel, sind Machtmenschen und denken wie fast jeder Mensch immer zuerst an sich selbst. Dieses Verhalten geht quer durch alle Parteien, egal wie ein Politiker redend auftritt, es sind fast immer Lügen und vor Wahlen eigentlich ausschließlich. Jedoch haben sich in letzter Zeit einige Politiker der Koalitionsparteien zu viel in Lügen verstrickt, sodass dieses einer größeren Bevölkerungszahl aufgefallen ist, welches im Regelfall sonst nur wenige merken weil sich im allgemeinen zu wenig mit der Parteienlandschaft und dessen Politikern beschäftigt wird. Auch waren die Medien diesmal den Regierungsparteien nicht immer so wohl gesonnen und haben der Bevölkerung etliches an Unangenehmen von Politikern berichtet.

Wie machtlos deutsche Politiker im Weltgefüge sind zeigt die Libyen Krise. Über Krieg oder Frieden entscheiden die Weltmächte, in dieser die USA immer noch die Spitzenposition einnimmt. Es kann immer nur als richtig angesehen werden, wenn Deutschland sich nicht in einen Krieg hineinziehen lässt, der immer nur Verlierer haben kann und das Elend noch größer erscheinen lässt. Krieg bedeutet immer mehr Opfer, auch bei der Zivilbevölkerung. Ein sauberer chirurgischer Krieg existiert nur in den Köpfen der Generäle und manchen Politikern. Wie verlogen die Politik und das Kapital ist, zeigt doch die jahrelange Waffenlieferung an Gaddafi mit denen er jetzt gegen sein eigenes Volk vorgeht. So ist das bei jedem Konflikt mit diktatorischen Ländern, erst werden von den Industriestaaten an Diktatoren Waffen geliefert und das Kapital fährt Millionen an Gewinnen ein, um dann mit eigenen Waffen den Diktator niederzuringen. Hauptsache die Rüstungsindustrie verdient Milliarden. Wie naiv müssen denn Politiker sein, um dieses Spiel nicht zu durchschauen. Aber die Politiker kassieren dabei ja auch selber ab.

Die Weltbevölkerung wächst stetig und früher war durch Kriege und Seuchen eine gewisse Selbstbereinigung gegeben. Heute leben die Menschen länger und Wissenschaftler warnen vor einer Überbevölkerung der Erde. Doch wenn der Mensch so weiter macht, wird er diese Welt irgendwann selbst zerstören. Auf der ganzen Welt sind etliche Atomkraftwerke vorhanden und über die Sicherheit gibt es nur Aussagen derer Betreiber. Was diese Aussagen Wert sind, sagt jetzt Fukushima aus. Zerstörungen können nicht nur durch Naturkatastrophen ausgerufen werden, es gibt noch etliche andere Möglichkeiten. Jedes AKW ist eine stehende Atombombe und kann auch so zweckentfremdet werden. Viel zu wenig wird von verantwortlichen Politikern darüber nachgedacht, oder zumindest geredet, dass Aggressionen in arabischen Ländern zu allem entschlossenen Terroristen formen kann. So wie das World Trade Center mit gekaperten Flugzeugen angegriffen wurde, können auch Atomkraftwerke in der Welt terroristische Ziele werden. Was dabei an Radioaktivität freigesetzt wird, wenn auf der Welt verteilt mehrere AKWs gleichzeitig das Ziel sind, kann zu einer weltweiten Verseuchung führen, dass das Leben auf diesen Planeten für immer auslöscht.

Veröffentlicht unter [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Das lustige Büro

Publiziert am [25. März 2011](#) von [admin](#)

Ein Territorium weit außerhalb der Stadt, mit hohen Mauern und Wassergräben

umgeben, von Wachleuten ständig bewacht und mit elektronisch öffnenden Türen ausgestattet. Am Ende dieser Idylle wurde ein Büro als gleichzeitigen Aufenthaltsraum und inoffizielle Kommunikationszentrale aus der Erde gestampft, umzingelt von kleinen Bürozellen. Die dauerhaft Ansässigen der inoffiziellen Kommunikationszentrale haben unterschiedliche, oder auch gar keine Aufgaben zu bewerkstelligen. Von den Führungskräften werden die dauerhaft einsitzenden der Kommunikationszentrale als Team bezeichnet. Zum austauschen der Kommunikation wird dieser Raum abwechselnd von den Ansässigen der umliegenden Kleinbürozellen aufgesucht. In unregelmäßigen Abständen findet in dieser Zentrale eine Comedy Veranstaltung statt, denn die dauerhaft Ansässigen der Kommunikationszentrale besitzen teilweise ungeahnte komödiale Fähigkeiten die leider nur noch nie entdeckt wurden. Neben dem inoffiziell kommunizierenden Aufenthaltsraum ist eine hochoffizielle Kommunikationszentrale eingerichtet und wenn es den dort Kommunizierenden zu langweilig wird oder die Müdigkeit überfällt, dann öffnet sich die Tür um auch hier etwas Comedy miterleben zu dürfen. Sollte ein Aufenthaltsraummitarbeiter keine Lust zum kommunizieren oder Comedy haben oder mal wirklich dringend arbeiten muss, dann setzt er sich in ein Auto (wenn vorhanden), verlässt das Territorium und fährt in ländliche Gefilde um seine Arbeit in Ruhe zu erledigen, oder sich von dem Kommunizierungsstress zu erholen. Und draußen vor dem Gebäude tobt die Wildnis, wilde Tiere suchen Fressbares. Die großen Tiere fressen die kleinen und nur der Starke überlebt.

Eine Satire, die bitte nicht zu ernst zu nehmen ist.

Veröffentlicht unter [Firma](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Stellenbesetzungen bei Firmen

Publiziert am [20. März 2011](#) von [admin](#)

Wie wird in Firmen mit Stellenbesetzungen verfahren? Hier gibt es zwei Möglichkeiten:

1. Stellen werden von den Firmenleitungen besetzt.

Bei diesem Verfahren gibt es keine Ausschreibung und die Positionen bekommen

die Auserwählten der Firmenleitung. Hier liegt der Schwerpunkt auf Loyalität, Ansehen und Willkommenheit. Also unter dem Motto, die oder den möchte ich haben. Bei Positionen die nicht unmittelbar der Firmenleitung unterstehen und das zweite oder dritte Glied innerhalb der Hierarchie bilden kommt es darauf an, in welchem Status die erste Hierarchie zu der Firmenleitung steht. Ist das Ansinnen hier positiv gewertet, können aus „Gnaden“ der Firmenleitung auch hier die Stellen nach der Wohlgesonnenheit der Führungskräfte besetzt werden. Jedoch wenn die erste Hierarchie bei der Firmenleitung in „Ungnade“ gefallen ist, dann müssen diese zur Stellenbesetzung ihres untergeordneten Stellenbedarfs entsprechende Ausschreibungen bei den Personalabteilungen beantragen. Hier kommt es dann auch schon mal vor, dass sich Stelleninhaber auf ihre eigene Stelle neu bewerben müssen, z. B. bei [Umstrukturierungen](#).

2. [Stellen](#) werden durch innerbetriebliche oder öffentliche Ausschreibungen besetzt.

Hier kommt es zu einem Auswahlverfahren über Einstellungsgesprächen und Prüfungen. Doch auch hier kann es zu bestimmten Beeinflussungen kommen, die in etwa so aussehen können: Inhalte der Prüfungsfragen werden durch bestimmte Firmenmitarbeiter an bekannte Personen geleitet, oder es sind gar „firmenangesehene Fürsprecher“ des Bewerbers vorhanden. Natürlich liegt es dann auch an der persönlichen Intelligenz des Bewerbers, was er mit dem erhaltenen „Insiderwissen“ anfangen kann um dieses dann bei den Prüfungen entsprechend einzusetzen. Es sollte keiner so naiv sein und glauben, dass betriebliche „Geheimnisse“ auch wirklich geheim sind. Des Weiteren ist bei gleicher Eignung auch noch die gesetzliche Quotenregelung nach dem Gleichstellungsgesetz zu beachten. Ein weiterer „Knackpunkt“ sind die Menschen innerhalb der betrieblichen Prüfungskommissionen. Weil es nun mal alles Menschen sind und keine ferngesteuerten Computer, wird es immer zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Es gab schon genug Fälle, wobei gleiche Leistungen von verschiedenen Kommissionen unterschiedlich bewertet wurden. Hier spielt mit Sicherheit das Alter die Hauptrolle, denn erfahrene ältere Menschen haben eine ganz andere Sichtweite als Personen die selber gerade ihre Ausbildung abgeschlossen haben und deren Beurteilung über andere als äußerst zweifelhaft anzusehen ist. Die einzige Ausnahme bilden programmierte Prüfungsfragen, hier kann der zu beurteilende Mensch nicht viel falsch machen. Jedoch sind programmierte Prüfungsfragen eher untauglich um eine Qualifizierung wirklich festzustellen.

Das hier geschriebene können Firmen natürlich nicht zugeben und müssen ihre Positionen so vertreten wie sie es auch vorgeben. Es gibt jedoch in den Firmen jüngere [Führungskräfte](#), die wirklich an den Werten und Ehrlichkeit der Firmenleitung glauben und dieser Glaube erst mit jahrelanger Erfahrung abnimmt. Ältere Führungskräfte glauben oft selber nicht an den Werten und die Ehrlichkeit einer Firma, verkaufen aber für ihre hohen monatlichen Geldbezüge ihre Seele. Die Menschen in gehobenen Positionen der Firmen sind genau so „[vertrauungswürdig](#)“ einzustufen wie Politiker. Mit dem Ansehen und der Würde wächst die Verlogenheit, leider ist dieses so zu bezeichnen.

Veröffentlicht unter [Firma](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Die Atomkatastrophe in Japan zieht jetzt auch in Deutschland seine Kreise. Die „Atom-freundlichen“ Parteien CDU und FDP wandern zurück, plötzlich sind alle „Industrie-freundlichen“ Argumente Schnee von gestern. Politiker wandeln sich wie die Fahne im Wind. Kurz vor den anstehenden Landtagswahlen fürchten die beiden dem Kapital nahestehenden Parteien Wahlen zu verlieren, nur aus diesem Grund erfolgte eine 3monatige Aussetzung der AKW-Laufzeiten. Sollte dieses Ansinnen für genug Wählerstimmen reichen, dann kann sich erst mal wieder nach den Wünschen der Industrie gerichtet werden. Es bleibt nur zu hoffen, dass die Wähler das Spiel der konservativen Politiker durchschauen.

Den Menschen in Japan hat die große Naturkatastrophe soviel Leid gebracht und jetzt kommt noch die atomare Verseuchung durch die übermächtige Industrie. Auch in Japan bestimmt die Industrie und das Kapital die Politik.

Es ist unverständlich, dass Länder wie Frankreich fest an der Atompolitik festhalten und weitere AKW errichten wollen. Ebenso baut Russland die Kernenergie weiter aus, ganz zu Schweigen von dem Chinesen der voll auf die atomare Energie setzt. Wann begreifen Politiker und „Staatsfürsten“ endlich, dass atomare Strahlung vor keiner Landesgrenze halt macht. Alle Anrainerstaaten sind von möglichen Verseuchungen ihrer stromerzeugenden „Atombomben“ betroffen. Aber hier zeigt sich deutlich, dass jeder Mensch nur an sich selber denkt. Nur wenn er selbst betroffen ist, dann ist das Jammern und die Angst grenzenlos.

[Älterer Artikel AKW](#) | [Die Linkezeitung](#)

Veröffentlicht unter [Menschen](#), [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Führungskräfte

Publiziert am [14. März 2011](#) von [admin](#)

Menschen die es, aus welchen Gründen auch immer, in Führungspositionen der Politik oder Firmen geschafft haben, gestehen keine Fehler ein. Es wird immer versucht sich rhetorisch zu rechtfertigen, egal was vorfällt. Dabei haben Personen in solchen Positionen nie etwas zu befürchten, sie genießen die besten finanziellen Absicherungen. Aber diese Menschenart ist so sehr von sich selbst überzeugt, dass der Verlust von Positionen an ihrer vermeintlichen Persönlichkeit schaden nimmt. Diese Personen sollten zuerst darüber nachdenken, wie sie selber an Führungspositionen gekommen sind. Die meisten Führungspositionen werden durch Fürsprache sogenannter „Ziehväter“ vergeben, nur unter deren Einfluss gelingt der Aufstieg. Erst in der Position zeigt sich dann die Eignung, ob nur gutwilliger Zuspruch ausschlaggebend war oder ob wirkliche Qualitäten vorhanden sind. Wenn in Firmen Führungspositionen durch Prüfungen vergeben werden, dann wird Führungsverhalten mit Fragen abgehandelt, die bei mittlerer Intelligenz auswendig zu lernen sind. Richtiges Führungsverhalten kann von Prüfungskommissionen nicht abgefragt werden, entweder besitzt es der Mensch oder er besitzt es nicht. Dieses ist auch nicht erlernbar, da helfen auch keine unzähligen Seminare die der Firma nur unnötiges Geld kosten. Des Weiteren besitzen Prüfer meistens nicht die Fähigkeiten richtiges Führungsverhalten bei Prüflingen zu erkennen. Auch sind „Auswendigler“ mit Vorsicht zu genießen,

sie leisten gute Prüfungsergebnisse aber scheitern meistens als Stelleninhaber. Sie kosten dem Arbeitgeber viel Geld und bieten keine leistungsgerechte Arbeit, die zu ihrem Gehalt in keinem Verhältnis steht.

Veröffentlicht unter [Firma, Menschen](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

GDL, Gewerkschaften und Firmen

Publiziert am [6. März 2011](#) von [admin](#)

Die drohenden intensiven Streiks der Eisenbahnergewerkschaft GDL werden für viele Menschen enorme Unannehmlichkeiten bedeuten. Die GDL hat noch prallgefüllte Streikkassen, denn sie kann auch auf die Gelder der GDBA zurückgreifen, beide Gewerkschaften gehören dem Deutschen Beamtenbund an und die GDBA hatte zu Zeiten der beamteten Bahnbediensteten nie einen Streik ausrufen können. Des Weiteren bestreikt die GDL die Deutsche Bahn und diese kann das Arbeitgebermittel der Aussperrung nicht anwenden, denn wen soll die DB aussperren? Die DB steht der GDL ziemlich schutzlos gegenüber und die DB und Politik sollten sich vielleicht mal selber fragen, ob die Ausgründungen wirklich vorteilhaft waren. Denn gerade die Politik, die jahrelang quasselt das die Bürger mobil sein müssen und auch weit vom Wohnungsort entfernte Arbeitsstellen annehmen müssen. Also ist hier die Politik in der Pflicht, auch die Voraussetzungen zu schaffen.

Über die Art und Weise des Vorgehens der GDL kann man geteilter Meinung sein, denn mit ihren Aktionen schadet sie in erster Linie die Arbeitnehmerschaft außerhalb der DB und Gewerkschaften sind eigentlich die Vertreter der Arbeitnehmer. Doch es ist der GDL auch zu Gute zu halten, dass sie noch eine Gewerkschaft der eigenständigen Taten ist. Bei vielen anderen Gewerkschaften kommt das Gefühl auf, dass sie ihre Forderungen in Absprache mit der Arbeitgeberschaft treffen und ihr lautes Geschreie nur medienwirksames Verhalten ist. Es werden wahrscheinlich bei einigen Gewerkschaften Streiktage nur aus dem Grund ausgerufen, dass der Arbeitgeber lohnzahlungsfreie Tage bekommt, damit er dann die ausgehandelten Gehaltserhöhungen fast zum Nulltarif haben kann.

Es ist eigentlich allen Fahrbediensteten in kommunalen Verkehrsbetrieben zu raten, sich eigenständig zu organisieren. Nur hier ist es schwer eine geeignete Gewerkschaft zu finden, denn kaum eine Arbeitnehmerorganisation ist so finanzstark wie die GDL. Alle Mitarbeiter von Verkehrsbetrieben, die unmittelbar an der Beförderung von Personen beteiligt sind, sind die Säulen der Betriebe und geben dem Unternehmen seine Berechtigung. Doch ihre Bezahlung und Behandlung sowie ihr Stellenwert ist unakzeptabel. Die Lohnschiene zwischen Verwaltungsangestellten und Fahrdienst ist hier in ein umgekehrtes Verhältnis abgewandert. Die Verwaltungen blähen sich mit immer mehr hochbezahlten Führungskräften auf, die zusätzlich noch ständig ausgetauscht werden und wobei die abgesetzten ihre hohen Gehaltsstufen ohne besonderer Leistung behalten können. Jede Führungskraft und fast jeder Verwaltungsmitarbeiter kommt sich natürlich sehr wichtig vor, wobei es in Wirklichkeit kaum auffällt ob diese da sind oder nicht. Um die Wichtigkeit seiner Person als Führungskraft herauszustellen, braucht diese Person natürlich viele Mitarbeiter die sich ähnlich wichtig vorkommen. Dafür müssen dann Vorgesetzte und Mitarbeiter unzählige Stunden im Jahr damit verbringen um nur ihre Wichtigkeit zu rechtfertigen. Natürlich

wünscht sich jeder einen gut bezahlten Job mit möglichst wenig effektiver Arbeit, es ist eben angenehmer viel „dummes Zeug zu quatschen“ als zu arbeiten. Dieses ist menschlich und die Politiker leben dieses ja so vor. Die Rolle der Betriebsräte in diesem Firmentheater ist einfach, sie machen alles mit. Reden so wie es gerade gebraucht wird und möchten doch auch nur ein ruhiges Leben. Ein Betriebsrat der ständig aneckt, passt doch nicht mehr in die heutige Gesellschaft. Er muss Firmen- und Gewerkschaftstreu sein, darf es sich nicht mit dem Firmenvorstand und den örtlichen Gewerkschaftsführungen verderben, sonst ist er nach der abgelaufenen Legislaturperiode kein Betriebsrat mehr und muss evtl. richtig arbeiten oder wird gar gekündigt. Denn auch hier zeigt sich die enge Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Gewerkschaften.

Vielleicht schaffen es mal die Fahrbediensteten der kommunalen Verkehrsbetriebe irgendwann ihre eigene Spartengewerkschaft zu bekommen, es ist ihnen zu gönnen, damit ihr Gehalt und Stellenwert wieder in das richtige Verhältnis gesetzt wird.

Veröffentlicht unter [Firma](#), [Nahverkehr](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Zu Guttenberg, Politiker, Medien, Firmen

Publiziert am 27. Februar 2011 von admin

Die Plagiatsaffäre um Verteidigungsminister zu Guttenberg zeigt nur wie das Leben in Deutschland ist. Wenn dieses keine öffentliche Person wäre, dann wäre es keinem aufgefallen und es hätte keinem interessiert. Menschen die sich die Politik als Beruf aussuchen sind von sich überzeugt, karrieresüchtig und möchten Einfluss über andere ausüben. Um dieses Ziel zu erreichen, ist für einige jedes Mittel recht. In der gesamten Politiklandschaft werden sich noch viele tummeln, die ihre Positionen mit mehr oder weniger zweifelhaften Mitteln bekommen haben. Deutschland hat sich zu einer Marketinggesellschaft entwickelt in dieser keiner was leisten muss um nach oben zu kommen, es sind lediglich Eigenschaften einer positiven, publikumswirksamen Selbstdarstellung gefragt. Wenn dann noch wohlgesonnene „Ziehväter“ vorhanden sind, ist der Weg nach oben unaufhaltsam. Nur durch eine vollkommen überzogene Selbsteinschätzung der eigenen Person stolpern diese Kometenaufsteiger und es ist gut, dass es noch Menschen gibt die Fehler aufdecken woran Personen mit überzogenen Selbsteinschätzungen nie denken würden.

Herr zu Guttenberg hat in seiner Politiklaufbahn nur publikumswirksame Selbstdarstellungen gezeigt, was von seiner Partei nahestehenden Medien entsprechend publiziert wurde. Seine Berater und die Medien wollten hier einen neuen Politikstar nach amerikanischen Vorbild erzeugen, der Massen durch Artikulierungen und Eigendarstellung binden kann. Herr zu Guttenberg kommt aus einer adeligen und gutsituierten Familie, er hat keine finanziellen Probleme und ist auch nicht auf Ministergehälter und spätere üppige Ruhestandszahlungen angewiesen, er wählte die Politiklaufbahn alleine für die Karriere in der Öffentlichkeit ganz oben zu stehen und Einfluss über ein ganzes Volk zu besitzen. Um so schwerer trifft ihm jetzt der mögliche Absturz, wenn seine Politikfreunde und die Medien evtl. keine Stützenhilfe mehr leisten können.

Bedenklich sind die Meinungen des deutschen Volkes, wenn als Politiker nur noch Selbstdarsteller gefragt sind. Wenn die Leistung nicht mehr zählt und Politiker

nach aussehen und medienwirksamen Verhalten beurteilt werden. Hier stellt sich doch die Frage, warum von den Parteien nicht ausgebildete, gut aussehende redegewandte Schauspieler für Spitzenpositionen vorgesehen werden? Politiker sind doch sowieso nur Marionetten und Erfüllungsgehilfen der Wirtschaft und des Kapitals. Also wenn das Volk es so möchte, dann sollen doch die Parteien so handeln.

Die gleichen Verhaltensweisen wie in der Politik sind auch in Firmen zu beobachten. Dort wird für die Besetzung von Führungspositionen ebenfalls immer weniger die Leistung beurteilt, auch hier sind von sich überzeugte Selbstdarsteller gefragt. Die überzeugend den Firmenweg ohne eigene Meinung „verkaufen“, oder zumindest diese nicht öffentlich vertreten. Dazu kommt noch das „Kriechen“ nach oben und das „Treten“ nach unten. In der „Ellenbogengesellschaft“ denkt jeder nur an sich selber, Hauptsache mir geht es gut und der andere interessiert mich nicht. Schwerwiegend in diesem System ist, dass die meisten Führungskräfte selber noch nie dazu in der Lage waren das umzusetzen, was von ihren Mitarbeitern verlangt wird. Es sind eben gedankenlose „Schwätzer“.

Das eigene „Ich“ zieht sich durch alle Gesellschaftsgruppierungen, selbst Berufssparten wie Pastore denken zunächst mal an sich selber und dann an ihre „Schäflein“. Die „Reden“ sind immer nur „Geschwätze“ weil manche Bevölkerungsteile so etwas hören möchten.

Veröffentlicht unter [Firma](#), [Menschen](#), [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Streik bei der Deutschen Bahn

Publiziert am [23. Februar 2011](#) von [admin](#)

Die Gewerkschaften TRANS-NET und GDBA, haben die Ausgründung von Bahnstrecken der Deutschen Bahn mal mitgetragen. Die GDL als Spartengewerkschaft möchte jetzt einen flächendeckenden Tarifvertrag für alle Beschäftigten in Eisenbahnbetrieben, egal in welche Eigentumsverhältnisse diese stehen. Um die Ziele zu erreichen, bestreikt die GDL nicht nur die Unternehmen die einen schlechteren Tarifvertrag gegenüber der DB aufrecht halten, sondern auch die DB selber, obwohl hier im Prinzip keine Verbesserungen gefordert werden. Wenn diese Praxis bei anderen Gewerkschaften Schule macht, dann

werden zukünftig Betriebe bestreikt wo selber keine Verbesserungen einzufordern sind. Allerdings besitzt die GDL eine Sonderstellung unter den Gewerkschaften. Diese Spartengewerkschaft gehört, genau wie die GDBA, dem Deutschen Beamtenbund und deren Tarifunion an und erhält somit die solidarische Unterstützung. Weil in der Vergangenheit Gewerkschaften des DBB keine Streiks finanzieren mussten, sind die Streikkassen dieser Gewerkschaften prall gefüllt. Die DB muss sich allerdings den Vorwurf gefallen lassen, nach Abschaffung ihres beamtenden Personals, nicht genügend Vorkehrungen getroffen zu haben um sich vor einer „streikwütenden“ Spartengewerkschaft zu schützen. Sie hatte nur ihr Augenmerk auf die Bahngewerkschaften TRANS-NET und GDBA gelenkt.

Die Privatisierung von Teilstrecken sollte die Deutsche Bahn aus den roten Zahlen bringen. Es wurden Tarifverträge zwischen Gewerkschaften und den privaten Anbietern abgeschlossen, die weit unter den Tarifen der Deutschen Bahn lagen. Hier stellt sich jedoch die Frage: Warum haben die Gewerkschaften TRANS-NET und GDBA solchen Tarifverträgen zugestimmt? Es kann doch nicht angehen, dass Gewerkschaftsführer erst niedrige Tarifabschlüsse billigen und dann eine solidarisierte Gewerkschaft mit viel Aufsehen und großer Streikbereitschaft die Gleichstellung der Gehälter fordert. Natürlich ist es richtig, dass gleiche Arbeit mit gleichen Lohn beglichen werden muss, aber doch nicht mit so einer verlogenen Art der Gewerkschaften. Hier stinkt es doch nach Profilierung von Gewerkschaftsführern. Hier wäre es von den Gewerkschaften angebracht gewesen bei der damaligen Vergabe von Bahnstrecken darauf zu achten, dass die Angestellten der Privatbahnen die gleichen Bezüge erhalten wie die DB-Angestellten. Hier hätten im Vorfeld entsprechende Tarifverträge mit den Privatanbietern abgeschlossen werden müssen. Aber es möchten sich ja jährlich Gewerkschaftsführer profilieren können, damit vorhandene Mitglieder nicht weglaufen und neue gewonnen werden können. Diese Strategie passt genau in das heutige Gesamtumfeld Deutschlands.

Aber warum suchen sich denn die Gewerkschaften ihre Opfer bei den Beschäftigten anderer Betriebe? Diese sind genau so Arbeitnehmer, wie die Beschäftigten für die sich die GDL einsetzt. Hier werden im Berufsverkehr Bahnen bestreikt, damit Arbeiter, die ebenfalls Mitglieder von Gewerkschaftsorganisationen sind, ihre Arbeitsstellen nicht erreichen können. Es sollten Gewerkschaften eigentlich mit allen Arbeitnehmern solidarisch verfahren, schließlich existieren alle Gewerkschaften nur von der Arbeitnehmerschaft. Für die GDL würde es sich anbieten den Güterverkehr zu bestreiken, denn hier würde die eigentliche Gegenseite der Gewerkschaften empfindlich getroffen. Dieses würde der Bahn und anderen gewerbetreibenden Unternehmen empfindlich am Nerv treffen und schwere finanzielle Verluste der Arbeitgeberseite zuführen.

Veröffentlicht unter [Alles was ärgert](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Firmen, Ideen, Hierarchie

Publiziert am [8. Februar 2011](#) von [admin](#)

In diesem Blog ist schon viel über Firmen und Politik geschrieben und es gibt dort immer wieder Wundersames. Führungskräfte in Firmen oder Politiker sind heute fast ausnahmslos nur noch Marketingstrategen. Sie entwickeln Ideen und fragen nichts nach der Umsetzbarkeit. Sie versuchen sich gegenseitig, mit immer merkwürdigeren Ideen, zu übertreffen. Das hat darin seinen Grund, dass die

meisten Personen in Führungspositionen sowie Politiker noch nie eigenständig etwas umsetzen mussten. Ihre Hauptaufgaben bestehen und bestanden nur aus „Geschichten erzählen“, große Reden mit möglichst wenig Inhalt. Politiker müssen „Publikumswirksam“ schwätzen damit sie nicht in der Versenkung verschwinden, währenddessen Führungskräfte nur das Geschwätze von deren Vorgesetzten, meistens die Firmenleitung, weiter verbreiten müssen. Schaffen die zugeteilten Mitarbeiter der Führungskraft nicht die Umsetzung der Ideenwünsche werden diese von der Firmenleitung als „schlechte Arbeitskräfte“ bezeichnet und müssen mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen, die eine Versetzung mit Gehaltseinbußen oder im schlimmsten Fall die Kündigung bedeuten. Die Führungskraft wird als untauglich bezeichnet Menschen zu „führen“ und bekommt, natürlich bei gleichen Gehalt, einen Abschiebeposten wo diese Person dann weiter schwätzen darf, aber keiner mehr zuhören muss.

Politiker, die nicht parteigetreu die Vorstellungen und Ideen der Parteispitzen redend und gestikulierend unter dem Volk verbreiten, können innerhalb der Parteienhierarchie keine Karriere erwarten. Sie werden in der Versenkung verschwinden und müssen um ihre schönen Ruhegeldzahlungen zittern, wenn sie keine zwei Legislaturperioden im Bundes- oder Landtag schaffen. Also werden junge Politiker die Parteiideologien verbreiten, ob überzeugt oder auch nicht, um in den Genuss der Ruhegeldzahlungen zu gelangen.

Es sollte kein privater Rat von einem Marketingstrategen angenommen werden. Die Person die sich den Rat holt, wird an der Umsetzung seines privaten Anliegens scheitern. Denn Marketingstrategen können nicht mehr umsetzungsorientiert denken.

Vielleicht sollte an den Universitäten ein höherer Wert auf mehr „umsetzungsorientiertes Denken“ gelegt werden. Das ein Student die Vorstellungen erlernt, wie seine Ideen in der Praxis umzusetzen sind und dabei gleichzeitig die soziale Kompetenz steigert.

Ein bildliches Beispiel einer möglichen Firmen-Hierarchie!

Veröffentlicht unter [Firma](#), [Menschen](#), [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Zugunfall in Sachsen-Anhalt

Publiziert am [5. Februar 2011](#) von [admin](#)

Das schwere Zugunglück in Sachsen-Anhalt ist eine Tragödie, mit vielen Toten und Verletzten. Es wirft viele Fragen auf, doch wer hat dieses Zugunglück wirklich zu verantworten? Hier kann man sich das natürlich einfach machen, indem der Lokführer des Güterzuges wegen fahrlässiger Tötung angeklagt wird und schon ist der Schuldige gefunden. Er hat ein Vorsignal ignoriert und ein Halt zeigendes Hauptsignal überfahren. Die Gründe warum 2 Signale überfahren wurden, sind allerdings noch zu untersuchen.

Doch die eigentlich Verantwortlichen für dieses Drama sitzen in den Führungsgremien der Bahn und der Politik. Es sind jahrelang Sicherheitssysteme bekannt, die einen Zug bei überfahrenden Haltsignal notbremsen. Warum sind

diese Systeme noch nicht flächendeckend eingebaut? Es sollen bei der Bahn Vorschriften existieren die besagen, dass solche Sicherheitssysteme erst bei Strecken für Geschwindigkeiten von über 100 km/h zwingend vorzusehen sind, bei Strecken mit zulässigen Höchstgeschwindigkeiten bis 100 km/h sei dieses nicht zwingend erforderlich? Wer erlässt solche Vorschriften? Ist es bei der Bahn nicht bekannt, welche Kräfte bei einem Frontalzusammenstoß zweier Züge mit je 100 km/h wirken? Wo sind denn hier die Sicherheitsexperten, die sonst behaupten das schon 10 km/h Geschwindigkeitsüberschreitung in verkehrsberuhigten Zonen eine lebensgefährliche Bedrohung ist. Es werden im Straßenverkehr so viele Verordnungen von Politikern erlassen, die Sicherheitsexperten denen vorgeben, dass hier schon der Überblick verloren geht und aufgrund der Masse der teilweise sinnlosen und nicht überwachbaren Verordnungen nur eine reine „Staatskassen Auffüllung“ erkennbar ist. Nur warum werden bei der DB die Sicherheitsvorschriften so großzügig ausgelegt? Hat dieses etwa den Grund, dass die Bahn an die Börse gehen wollte? Geht hier Profit vor Sicherheit? Haben die Politiker, die sich ja so gerne redend in der Öffentlichkeit präsentieren, nichts davon gewusst?

Hier trägt eigentlich die Führung der Bahn und die zuständigen Politiker die Verantwortung, denn das Gleisnetz und die sicherheitstechnischen Anlagen sind immer noch im Besitz des Bundes. Doch wie sieht es denn mit der Verantwortung von Managern und Politikern aus? Erst mal wird versucht mit allen zur Verfügung stehenden rhetorischen Mitteln die Verantwortung von sich zu weisen. Wird der Druck von außen zu groß, dann wird zurückgetreten und das war es dann. Manche Manager und Politiker fühlen sich an ihrem Ego etwas angeknackst aber mit ihren fürstlichen Abfindungen und Renten kommen sie dann gut damit zurecht. Wenn sie dann noch etwas Lust für eine Tätigkeit verspüren, bekommen diese Leute hochdotierte Positionen in lukrativen und renommierten Unternehmen. Genau hier geht das demokratische Verständnis verloren, dem Normalbürger trifft die ganze Härte der Gesetze (von Politikern erschaffen) und den Verantwortlichen in den Führungsetagen der Firmen, sowie den Politikern passiert im Grunde nichts. Es müsste dringend eine Verantwortungshaftung für Manager und Politiker eingeführt werden, die diese Leute finanziell wirklich merken. Manager dürften keine Abfindungen erhalten und Berufsverbot bekommen, Politikern müssten ausnahmslos die Ruhegeldzahlungen gestrichen werden. Doch wer soll solche Verordnungen erlassen? Politiker wollen sich doch nicht selber bestrafen und Manager kommen nicht selten aus der politischen Szene.

Veröffentlicht unter [Firma](#), [Menschen](#), [Nahverkehr](#), [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Firmenwege

Publiziert am 15. Januar 2011 von admin

Firmen gehen manchmal Wege, die nicht wirklich nachzuvollziehen sind. Es werden Mitarbeiter von ihren Positionen enthoben und zu niedrigeren Tätigkeiten innerhalb des gleichen Gehaltsgefüges eingesetzt. Es werden andere Mitarbeiter in Positionen gehoben, die nur einen Nennwert besitzen um ein höheres Gehaltsgefüge zu rechtfertigen. Die Tätigkeiten bleiben die gleichen oder sind sogar von abnehmender Struktur. Für die frei gewordenen Stellen der „hochgelobten“ Mitarbeiter werden neue Mitarbeiter eingestellt. Somit werden gleich gebliebene Tätigkeiten von 2 Mitarbeitern mit einem relativ hohen Gehaltsniveau ausgeführt. Hier entstehen Mehrkosten, die das

„Einsparungsgeschwätze“ der Firmenführung in das Lächerliche zieht. Aber dieses ist noch nicht das Ende des „Wundersamen“, es werden Stellen mit zusätzlichen Mitarbeitern besetzt für denen die Arbeit fehlt. Es sind Positionen, wobei die derzeitigen Mitarbeiter bei weitem nicht ausgelastet sind. Hier bleibt die berechtigte Frage, was sollen die neuen Mitarbeiter denn machen? Die derzeitigen Mitarbeiter beim „Nichtstun“ helfen? Auch dieses geschieht bei Stellen in einem relativ hohen Gehaltsgefüge.

Eine Begründung für dieses Verhalten könnte sein, dass die Firma eine soziale Einstellung besitzt und zusätzliche Mitarbeiter in gut bezahlte Positionen bringen möchte. Doch dieses passt wiederum nicht mit der Firmenphilosophie zusammen, denn Einsparungen und Restrukturierungsziele stehen an. Vielmehr geschehen solche Vorgehensweisen durch Artikulierungen und Ansehen der Führungskräfte bestimmter Abteilungen bei der Firmenführung. Hier soll die Wichtigkeit der Abteilung und dessen Führung besonders herausgestellt werden. Ebenfalls sind bei einem guten Ansehen der Abteilungsführung bei der Firmenleitung entsprechende Vorhaben wesentlich leichter durchsetzbar, als bei Abteilungsführungen mit weniger guten Ansehen und geringen Einfluss bei der Firmenleitung.

Stellenbesetzungen unterliegen der Mitbestimmung und somit ist der Betriebsrat zustimmungspflichtig. Jedoch die Mitglieder des Betriebsrates möchten auch ein relativ ruhiges Arbeitsleben genießen und ein gutes Verhältnis zu Abteilungsführungen und Firmenleitung beibehalten, denn sollte ein Mitglied mal den Betriebsrat verlassen müssen, dann möchte er ebenfalls eine gutdotierte Tätigkeit mit wenig Arbeitsleistung. Des Weiteren kann sich ein Betriebsrat nur schwer gegen Stellenbesetzungen stellen.

Wie sieht die eigentlich arbeitende Belegschaft, die Säulen des Betriebes mit geringen Lohnniveau, diese Vorgehensweisen? Die wenigstens wissen dieses und der großen Masse interessiert es überhaupt nicht. Sie machen ihren Job mehr oder weniger zufrieden, interessiert ihre Freizeit oder die Überstunden und denken nicht viel über die Firma nach. Deshalb braucht der Betriebsrat hier keine Aufklärungsarbeit zu leisten und ist darüber auch sehr glücklich.

Im Endeffekt muss die Firma wissen was sie macht und dieses den Anteilseignern erklären können. Es ist fast jede Bilanz „Schönzuwaschen“, nur dieses müssen dann wirklich intelligente Menschen ausüben, denn sonst merkt es vielleicht mal ein intelligentes Aufsichtsratsmitglied der Arbeitgeberseite.

Veröffentlicht unter [Firma](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Die Neujahrsrede der Kanzlerin

Publiziert am 1. Januar 2011 von [admin](#)

Die Neujahrsrede der Kanzlerin? Was wollte sie denn eigentlich sagen? Das Deutschland unter einer CDU/FDP Regierung den Sonnenschein im tiefsten Winter entgegen geht? Wie können sich Politiker und ihre Parteien nur immer so loben? Politiker machen ihren Job für Geld und nichts anderes, dabei werden Fehler unter den Tisch gekehrt und ein bisschen positives in Reden groß herausgestellt. Dieses macht aber nicht nur die Kanzlerin, sondern alle Politiker.

Wie stellt sich denn die Kanzlerin ein starkes Europa vor? Indem die Europapolitiker massenweise Richtlinien erlassen und Deutschland sich freut, diese als erstes Land Europas in geltendes Recht umzusetzen? Egal ob diese schwachsinnig oder gut sind, Hauptsache Deutschland ist Europakonform und darf wieder Vorreiter sein? Oder das Deutschland wieder Millionen von Steuergeldern in die EG reinpumpen darf?

Ja, die Deutschen sind ein fleißiges Volk und arbeiten wahrscheinlich von allen Bürgern in den EG-Staaten am meisten, da hat Frau Merkel vollkommen recht. Aber das ist nicht erst seitdem Frau Merkel Kanzlerin ist, dass war schon immer so. Als Dankeschön dafür haben die Politiker dem Deutschen Volk das [Rentenalter auf 67](#) Jahre hochgesetzt. Auch hier nimmt Deutschland mal wieder eine Vorreiterrolle innerhalb der europäischen Gemeinschaft ein und dieses sogar ohne eine EG-Richtlinie als Vorlage.

Mit dem Politikerlob, dass die Arbeitslosenzahl auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren ist, ist in erster Linie mal wieder Polemik. Hier werden alle Arbeitsstellen gewertet und es sind massenhaft Stellen die nur knapp über den Hartz 4 Sätzen angesiedelt sind, also zum Leben zu wenig und zum Sterben zuviel. Auch sind Zeitarbeitsplätze eingerechnet, wo die Beschäftigten nicht wissen ob der Arbeitsplatz noch morgen existent ist. Des Weiteren besitzen einige Leute drei 400 Euro Jobs, so können hier auch drei Arbeitsplätze gezählt werden.

Wie soll denn der weitere Schuldenabbau finanziert werden? Das Kapital muss von Abgaben verschont bleiben, sonst wandern noch mehr Industriezweige nach Billiglohnländern ab. Dem Firmenmittelstand und das Handwerk dürfen ebenfalls keine neuen Abgaben aufgebürdet werden, sonst melden die GmbH's wieder Insolvenzen an mit dem GmbH freundlichen Insolvenzrecht. Die Beschäftigten sind arbeitslos und die „Geschäftsführer“ zahlen gerne ihre Geschäftseinlagen zurück und führen von ihren erwirtschafteten Gewinnen ein schönes Leben. Also ist die gesamte Last des staatlichen Schuldenabbaus von der arbeitenden Bevölkerung und den Rentnern zu übernehmen. Mit der [„Gesundheitsreform“](#) wurde bereits der Anfang gemacht und in 2011 werden die Politiker mit noch mehr solchen „Überraschungen“ aufwarten. Der Sozialabbau mit eingehenden Abgabenerhöhungen wird weiter fortschreiten. Hingegen Industrie, mittelständische Betriebe und Großverdiener mit Steuererleichterungen rechnen können. Die neu entstehenden Arbeitsplätze werden zumeist Zeitarbeiten sein, die an der unteren Gehaltsgrenze angesiedelt sind und schon in eine Art „moderner Sklaverei“ ausarten können.

Wie stellt sich die Kanzlerin die Bildungspolitik vor? CDU und FDP haben Studiengebühren eingeführt, SPD und Grüne Länderregierungen schaffen diese wieder ab. Aber vielleicht hat hier die Kanzlerin jetzt die richtigen Ideen? Studienplätze sollten nach Eignung für die Sparte vergeben werden und nicht nach dem Einfluss und Reichtum der Eltern.

Wenn die Politiker in Deutschland der Meinung sind, dass deutsche Soldaten in Auslandseinsätze der Nato beteiligt werden müssen, dann ist eine Wehrpflicht fehl am Platz. Die Wehrpflicht wurde in Zeiten des „kalten Krieges“ zum Schutz des eigenen Landes eingeführt, jedoch dieses haben einige der heutigen Politiker schon vergessen. Somit ist die Abschaffung der Wehrpflicht dringend erforderlich, denn zu Auslandseinsätzen der Nato bedarf es der Freiwilligkeit, in der heutigen

Zeit ist Soldat nur als Beruf zu sehen. Aber wenn der Staat nicht in so großen finanziellen Schwierigkeiten gewesen wäre, hätte er sich von der heiligen Kuh „Wehrpflicht“ nie getrennt.

Die deutsche Fußballnationalmannschaft hat in Südafrika ein gutes Turnier gespielt. Jedoch sollte hier nicht außer acht gelassen bleiben, dass die Spieler alle Profis sind und in erster Linie für Geld Fußball spielen. Sie zeigen Einsatz um ihren persönlichen Marktwert zu steigern, um verbesserte Verträge in ihren Vereinen zu bekommen oder einen Verein im Ausland zu finden um das ganz „große Geld“ zu verdienen. Allerdings ist hier für die Spieler die fürstliche Turnierprämie des DFB nur Nebensache, das Entscheidende ist die Steigerung des internationalen Marktwertes. Mit Sicherheit ist bei einigen Spielern auch eine Portion Nationalstolz vorhanden, doch dieses ist nicht vergleichbar mit der 54er Weltmeisterschaftsmannschaft. Damals stand der Nationalstolz im Vordergrund und nicht die vergleichsweise geringe Bezahlung. Die Spieler waren keine Multimillionäre, so wie sie es heute alle sind.

Die Kanzlerin kommt aus einem kommunistischen Staat und hat den Kapitalismus nach der Wende richtig kennen gelernt. Der Kapitalismus ist eine Ellenbogengesellschaft, indem jeder nur sich selber sieht. In kommunistischen Ländern ist der Zusammenhalt der Bürger ausgeprägter. Dieses ist aber nur darin begründet, weil jeder gleich wenig hat. In sofern ist dieses auch nur ein „Zwangszusammenhalt“ der Gemeinschaft. Nur die Politiker heben sich in einer kommunistischen Diktatur von dem Volk ab, dieses ist noch wesentlich ausgeprägter als in einer kapitalistischen Demokratie. Politbüro-Mitglieder hatten immer alles im Überfluss. Nach der reinen Lehre von Marx und Engels ist der Kommunismus als gut zu bezeichnen, er stellt alle Menschen gleich. Doch die Menschen sind nicht so, denn jeder möchte mehr als der andere sein und noch mehr Besitz an sich nehmen.

Veröffentlicht unter [Menschen](#), [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Neujahr und weiter.....

Publiziert am [30. Dezember 2010](#) von [admin](#)

Das Jahr neigt sich dem Ende und man schaut auf das zurückliegende des Jahres, so ist es jedes Jahr. Fernsehsender erinnern noch mal an Geschehnisse des Jahres. Die Industrie zählt ihre Gewinne und die Politiker klopfen sich gegenseitig auf die Schulter wie viel Gutes sie mal wieder vollbracht hatten. Der Bundespräsident hält seine Neujahrsansprache und die Kirchen ihre Neujahrspredigen.

Doch es gab in dem zurückliegenden Jahr auch wieder viele Einzelschicksale, die von der Politik und den Kirchen unberührt blieben. Menschen die mit ihren Problemen nicht zurechtkamen und den Suizid suchten. Oder Menschen die ihre Arbeit verloren und zum Sozialfall wurden. Wieder andere erlitten schwere Krankheiten und das Leben, wie sie es bis dahin geführt hatten, geht nicht mehr so weiter. Auch waren viele Menschen von der Einsamkeit befallen und bekamen schwere Depressionen. Hier könnten noch etliche Beispiele aufgeführt werden, denn nicht jedem Menschen geht es hier im Staat gut. Auch wenn keiner mehr verhungern muss, so gibt es doch in diesem Land noch jede Menge Ungerechtigkeit aufzuarbeiten. Die Schiene zwischen Reichtum und Armut wird

immer größer und die Politiker bekommen dieses nicht in den Griff, weil das Kapital daran auch kein Interesse hat. Die verantwortlichen Politiker müssten hier eigentlich mal ausnahmsweise ein bisschen Wachsam sein, damit hier keine brasilianischen Verhältnisse entstehen, wo es nur ganz oben oder ganz unten gibt und dazwischen nur Leere besteht.

Wie wird das neue Jahr aussehen? Eine Prognose ist für so etwas schwer abzugeben, aber wahrscheinlich wird das Neue nicht viel anders als das abgelaufene. Es ist auch immer damit zu rechnen, dass außerpolitische Probleme das Land treffen und diese sind nie kalkulierbar. Deutschland wird wieder Unsummen an die EG abführen, als extrem Europafreundlich gelten wollen und in allem gerne die Vorreiterrolle spielen. Innerpolitisch sagen die Wirtschaftsprognosen ein Wachstum voraus, was aber des öfteren dann mal korrigiert werden kann. Doch von einem Wachstum profitiert in erster Linie das Kapital, nicht der kleine Bürger. Die Gewinne der Konzerne steigen, die Anteilseigner schleppen noch mehr Millionen ins Ausland und wenn in dem Konzern investiert wird, dann mit Standorte im Ausland, in den sogenannten Billiglohnländern. Es geht bei einem Wirtschaftswachstum natürlich auch die Arbeitslosenzahl zurück, womit sich dann die Politiker profilieren können, obwohl diese das wenigste dazu beigetragen haben. Doch was für Arbeitsplätze sind das denn, die dann neu geschaffen werden? Es sind in erster Linie Jobs auf Leiharbeiterbasis, die mit geringen Löhnen abgegolten werden und keinen Kündigungsschutz besitzen. Diese Menschen können mit ihrem Einkommen kein schönes Leben führen, nur sie fallen dem Staat nicht mehr zur Last und bescheren den Konzernen nochmals höhere Gewinne. Die Politiker können mit diesem System ihre Bilanzen schön reden und natürlich immer wieder auf ihre Leistung verweisen. Den Betroffenen geht es oft nicht besser als vorher, nur sie müssen jetzt arbeiten.

Es ist in diesem System kaum möglich eine gute und dauerhafte Arbeitsstelle zu bekommen, mit einigermaßen gerechter Entlohnung, einen guten Betriebsklima und Festanstellung ohne Zeitvertrag. Selbst Absolventen einer FH haben es hier schwer, es geht fast nur über Fürsprache Dritter. Auch fehlen den Beurteilern bei der Einstellung oft die psychologischen Fähigkeiten die betreffende Person richtig zu beurteilen, sodass es hier zu Fehleinschätzungen und Fehlbelegungen der Stellen kommt. Denn einen guten Mitarbeiter zeichnet nicht das „Auswendiggelernte“ aus, sondern in erster Linie persönliche Fähigkeiten der Integration, Motivationsbereitschaft, Entscheidungsbereitschaft, Selbstständigkeit und Zielstrebigkeit. „Auswendiglerner“ sind später nicht in der Lage die einfachsten Entscheidungen zu treffen.

Ein weiterer Punkt wird die Bürger im neuen Jahr ebenfalls treffen, es sind die enormen Abgabeerhöhungen. Es ist damit zu rechnen, dass die Mieten, Energie, Krankenkassen und vor allem auch die Abgaben an die maroden Kommunen stark steigen werden. Energiekonzerne, Vermieter und Kommunen wollen doch endlich auch ihren Anteil an dem „Wirtschaftsaufschwung“. Der Staat, die Länder und Kommunen sind derart verschuldet (was aber alles deren Politiker selber zu verantworten haben, denn diese haben die Schulden gemacht und nicht der Bürger), dass hier zukünftig mit Gebührenerhöhungen (man könnte es auch Steuern nennen, doch die Politiker möchten ja ihre „Steuerlügen“ nicht aufzeigen) auf breiter Front gerechnet werden muss. So können Politiker im nächsten Jahr wieder global reden, was sich folgendermaßen anhören könnte: „Wir haben die Arbeitslosigkeit gesenkt, es gibt wieder mehr Beschäftigung und Wohlstand und

gehen einer positiven Zukunft entgegen“. Das einzigste was dann hier stimmt, ist die positive Zukunft der Politiker und dem Kapital. Der einzelne Normalbürger wird unterm Strich weniger haben als im vergangenen Jahr. Denn evtl. Zugewinne durch Lohnerhöhungen, stehen die Abgabenerhöhungen gegenüber und diese werden keine Gehaltserhöhungen auffangen können.

Als Fazit bleibt jedoch, dass auch im neuen Jahr hier keiner verhungern muss und das es uns, verglichen an der Weltlage, noch relativ gut gehen wird. Es wäre nur sehr wünschenswert, dass Politiker nicht immer so viel dummes Zeug quatschen, welches nur auf Profilierung von einzelnen Personen und Parteien ausgerichtet ist. Es wäre auch mal schön, wenn Politiker Fehler eingestehen könnten. Dieses ist für Politiker noch nicht mal risikohaft, sie haben doch schon die beste Absicherung und fallen immer weich.

Veröffentlicht unter [Menschen, Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Weihnachten

Publiziert am [24. Dezember 2010](#) von [admin](#)

Wieder war Weihnachten und die meisten Familien saßen friedlich zusammen. Aber ist das mit dem Frieden wirklich so? In einigen Fällen sind Familien arg zerstritten, bei anderen geht sonst jeder seinen Weg. Weihnachten das Fest der Liebe und Symbol einer Familienzusammengehörigkeit. Die Kinder freuen sich nur auf Weihnachten, weil sie im Regelfall reichlich beschenkt werden. Die Eltern spielen eine heile Welt vor, die in Wirklichkeit oft gar nicht besteht. Das heutige Weihnachten besteht in erster Linie aus konsumieren, wer kann sich das meiste leisten.

Bestimmt und gewollt wird dieses von der Kapitalgesellschaft, ganze Industriezweige und der Handel verdienen enorme Summen an dem Weihnachtsgeschäft. Manche Firmen können dadurch eine negative Jahresbilanz in eine positive kehren. Als Erfüllungshilfen für ihre Gewinne nutzt das Kapital, neben der Werbung, gerne Politik und Kirche. Insbesondere sind Politiker daran interessiert, dass das Volk konsumiert. Ein gutes Weihnachtsgeschäft lässt das Bruttosozialprodukt eines Staates aufwerten und die Politiker können positiver ihre Reden gestalten.

Für viele Politiker wäre es allerdings besser sie würden erheblich weniger quatschen, aber dafür Qualitatives wenn sie ihren Mund aufmachen. Politiker fühlen sich oft bewogen zu jedem sich bietenden Thema ihre Kommentare abzugeben und sind gleich dabei, dass an bestehenden Gesetzen und Verordnungen irgendetwas geändert werden muss. Dieses ist nur Polemik, womit sich betreffende Politiker einen höheren Bekanntheitsgrad verschaffen wollen. Diese sollen lieber ehrlich arbeiten und schauen, ob ihre Vorstellungen überhaupt parlamentarisch umsetzbar sind. Umsetzbar ist grundsätzlich nur, was dem Bürger etwas kostet und dem Kapital Gewinne beschert. Noch besitzen wir in Deutschland eine Demokratie, die jedoch unter einem Fraktionszwang leidet und somit kann ein Politiker nicht frei nach seinem Gewissen entscheiden, es sei denn ihm ist die Politikkarriere egal und ein Parteiausschluss stört ihm nicht. Aber dafür sind die Menschen, Politiker sind ja auch nur Menschen, zu egoistisch, machtbessessen und materiellorientiert. Es ist das politische System dieses Staates, welches eine echte Demokratie nicht zulässt. Das System sieht weder eine Volksabstimmung noch anonyme Abstimmungen innerhalb der Parteifraktionen vor. Anonyme Abstimmungen innerhalb ihrer Fraktionen lassen Parteien nur bei persönlich heiklen Themen, oder Punkten die keinem besonderen Parteieninteresse unterliegen zu. Also ist die ganze Kopfplakatwerbung, die viel Geld verschlingt, nur eine Farce. Es ist im Prinzip egal, wer die Abgeordnetenposten besetzt. Aber auch hier achten die Parteien auf Parteitreue. Mit der Demokratie ist uns die Schweiz um Längen voraus.

Was ist denn mit der globalen Erderwärmung? Dieses ist auch ein beliebtes Quatschthema der Politiker. Auf jedem Fall ist in Deutschland hiervon nichts zu bemerken. Bei dem diesjährigen Winter entsteht eher der Eindruck, dass sich Deutschland dem Nordpool mehr annähert als dem Äquator. Dieses Thema ist jedoch global zu sehen und damit die Welttemperatur gemeint und die Wissenschaftler (sind ja auch keine Politiker) haben hier nicht ganz unrecht, dieses belegt auch die Zunahme der schweren Stürme weltweit. Es könnte aber doch auch mal ein Politiker die These aufstellen, dass es im nächsten Jahr am Äquator schneit. Bei dem ganzen Politikergequatsche könnte er sich doch hier mal als was Besonderes herausstellen.

Was haben manche Menschen in der Vergangenheit schon dämliches Zeug behauptet und die Menschen haben daran geglaubt. So hatte mal ein katholischer Papst von sich behauptet, er lebt ewig. Jahre später behauptete ein neuapostolischer Stamma Apostel von sich das Gleiche. Eine Behauptung, die genetisch nie funktionieren konnte. Diktatoren führten mit ihren verlogenen Reden ganze Völker in das Verderben. Von diesen „Schwätzern“ ist zumindest in der westlichen Welt heute das Volk verschont. In anderen Teilen der Welt sind die Zustände allerdings noch nicht so. Dort wird unter der Bezugnahme der entsprechenden Religion weiter von machtbessessenen Schwätzern, oder besser Hetzern, ihr Unwesen getrieben.

Aber trotzdem, schöne Weihnachten für alle.

Veröffentlicht unter [Menschen](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Dummschwätzer

Publiziert am 16. Dezember 2010 von [admin](#)

Von Mitarbeitern, die in Firmen mit Kundenkontakt arbeiten, werden enorme Anstrengungen verlangt, sie müssen immer und überall zu allen Kunden freundlich und zuvorkommend sein, egal wie ihr eigener Gemütszustand und wie widerlich der Kunde ist. Diese Mitarbeiter sind die Säulen der Firmen und bekommen das geringste Gehalt. Sie müssen sich fast alles gefallen lassen und besitzen kaum Rechte gegenüber Kunden. Für jede Unfreundlichkeit werden sie abgestraft. Aber was sind das für Menschen, die eine Abstrafung vornehmen? Es sind Vorgesetzte die selber wahrscheinlich noch nie gearbeitet hatten, sondern durch aalglattes Verhalten, kriechen und ihnen gut gesonnene „Ziehväter“ die Positionen bekamen. Diese Leute kassieren für „dummes Geschwätze“ viel zu große Gehälter und sind vergleichbar mit Politikern. Ja, es sind im Prinzip „Politikerposten in Firmen“.

Aber auch die Gewerkschaften, die eigentlich für die arbeitende Bevölkerung zuständig sein soll, ist schuld daran das die „Schwätzerposten“ so überbezahlt sind. Durch jahrelange prozentuale Lohnerhöhungen wurde die Schere zwischen der arbeitenden Bevölkerung und den sowieso immer schon besser bezahlten „Dummschwätzern“ immer größer. Warum sträuben sich denn die Gewerkschaften gegen Lohnerhöhungen mit festen Beträgen? Weil die „Gewerkschaftssekretäre“ ebenfalls zu den Großverdienern gehören und selber viel dummes Zeug quatschen. Sie wollen sich doch nicht selber die Gehälter abschneiden, sie möchten doch auch immer ein „fettes Stück“ von dem großen Kuchen.

Menschen sind so, sie denken nicht viel darüber nach was sie überhaupt machen. Sie sehen sich selber und wenn sie Glück hatten einen gut bezahlten Posten zu besitzen, dann strafen sie auch andere Menschen ab ohne sich die geringsten Gedanken zu machen welche Folgen es für die betreffende Person geben könnte, oder Bemühungen zu zeigen es zu ergründen warum der Mitarbeiter so gehandelt haben könnte.

Es passiert jedoch manchmal, dass „Dummschwätzer“ ihre Posten bei [Umstrukturierungen](#) verlieren, oder ihren Vorgesetzten nicht mehr wohl gesonnen sind. Doch zum Unterschied zu der arbeitenden Bevölkerung bekommen „Schwätzer“ einen Abschiebeposten mit gleichen Gehalt. Es ist wie bei den Politikern, es passiert im Grunde nichts.

Vielleicht ist es auch das System, dass „Dummschwätzerposten“ so beliebt und erstrebenswert erscheinen lässt. Vielleicht merkt irgendwann das System, dass eigentlich die arbeitende Bevölkerung benötigt wird und „Dummschwätzen“ nur eine widerliche Nebenerscheinung ist.

Veröffentlicht unter [Firma](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Der Bundespräsident und die Prüfung auf Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen

Publiziert am [10. Dezember 2010](#) von [admin](#)

Der Bundespräsident wird von der Bundesversammlung gewählt, die sich aus Bundestag und Bundesrat zusammensetzt, es sind alles Politiker. Vorgeschlagen werden die Präsidentenanwärter von den Parteien. Hier liegt nah, dass jede Partei

einen Politiker aus den eigenen Reihen oder zumindest eine der Partei nahestehenden Person für das Amt auswählt. Im Regelfall gewinnt der Kandidat die Wahl, der von den Parteien mit der Bundesversammlungsmehrheit vorgeschlagen wurde. Auch hier sind es im Regelfall die Parteien die zurzeit in Regierungsverantwortung stehen. Jede Partei in Regierungsverantwortung wünscht sich einen Präsidenten aus den eigenen Reihen, denn dieser Bundespräsident vertritt meistens die Ansichten seiner Partei. Das Präsidentenamt ist überparteilich, doch prägen jahrelange Parteiarbeit einen Menschen, sodass „überparteiliches Denken“ eine große Herausforderung bedeutet. Gesetze der eigenen Partei auf Verfassungsmäßigkeit prüfen und dann eventuell eine nicht verfassungskonforme Passage zu finden bedeutet ein schwieriges Unterfangen. Es würde bedeuten, dass die eigene Partei Gesetzesvorlagen nicht ordentlich vorbereitet, dass sachverständige Spezialisten die Politiker nicht richtig beraten.

Dieses wäre alles zu vermeiden, wenn sich die Politiker darauf verständigen könnten nur parteilose Präsidentschaftskandidaten aufzustellen. Persönlichkeiten die wirklich überparteilich sind und unvoreingenommen die reine Sachlage betrachten können. Es wäre für das gesamte Volk von Vorteil, eine Person an der Spitze des Staates zu wissen die über den ganzen politischen „Grabenkämpfen“ steht.

Wenn der Bundespräsident die Gesetze passieren lässt, dann reichen die Oppositionsparteien Klage bei dem Bundesverfassungsgericht ein. Hier sollten die Richter parteilich paritätisch besetzt, oder im Idealfall ebenfalls parteilos sein, um vollkommen unbefangenen Anträge von politischen Parteien prüfen zu können.

Doch bei allen Prüfungen auf Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen, haben die Prüfenden in Deutschland darauf zu achten, dass die Wirtschaft und das Kapital nicht zu sehr belastet wird um eventuelle volkswirtschaftliche Schäden abzuwenden. Ein kapitalistisches System innerhalb der globalen Weltwirtschaft kann nur funktionieren, indem dieses nicht ökologisch abgeschnitten wird. Leider ist dieses so.

Veröffentlicht unter [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Entlohnung und Arbeit

Publiziert am [9. Dezember 2010](#) von [admin](#)

Wie wird in manchen Firmen die Gehaltsstruktur festgelegt? Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, den Wahlspruch der Gewerkschaften, welches die Gewerkschaften noch nicht einmal schaffen in Tarifverträgen festzuschreiben? Oder nach Willkür, ob jemand bei bestimmten Leuten gut angesehen ist? Oder auch, ob bestimmte Personen irgendeinen Titel besitzen? Oder ganz einfach, wer am lautesten schreien- und in bestimmten Situationen am lautesten jammern kann? Es gibt viele Möglichkeiten Gehälter zu bestimmen. Den einen wird erzählt, nach der Stellenbeschreibung steht ihm eine höhere Eingruppierung zu, jedoch der Titel fehlt. Dem anderen wird es zugestanden, weil er besser artikulierende „Ziehväter“ besitzt. Wieder ein anderer besitzt ein Titel, ist jedoch nicht in der Lage selbstständig zu arbeiten. Weiter gibt es ehemalige Führungskräfte, die bedingt durch [Umstrukturierungen](#) nicht mehr „führen“ dürfen, aber sonst nie etwas anderes gemacht hatten und dafür höhere Gehaltsstufen besaßen. Für

diese Gruppe werden zusätzliche Stellen erschaffen, evtl. mit Sonderbezeichnungen, wobei dann einige hoffnungslos überfordert sind weil praktische Erfahrungen nie gesammelt werden konnten.

Was kann daraus für eine Arbeitsmoral entstehen? Dieses kann oft nur ein Firmengeheimnis bleiben. Die gut bezahlten, die in „Stellen“ gehoben wurden, zeigen oft eine gute Arbeitsmoral, auch wenn sie teilweise überfordert sind. Die ebenfalls gut bezahlten „Titelbesitzer“ die aber auch mit ihren Aufgaben überfordert sind, versuchen mit Hilfe anderer ihre Unentschlossenheit und Entscheidungsangst zu verbergen und hoffen auf „Glück“, weil sie dieses fast immer hatten. Schwerer haben es „abgesetzte“ ehemalige Vorgesetzte, die dann auch noch mit ihren neuen Aufgaben teilweise überfordert sind und die Hilfe anderer benötigen. Neben evtl. unbefriedigenden Aufgaben, können sie auch noch Spot und Häme ernten. Aber ihre oft fürstliche Entlohnung lässt sie weiter stark erscheinen und zumindest nach außen einen zufriedenen Eindruck vermitteln. Aber wie sieht es mit den Mitarbeitern aus, die keine „Sonderstellungen“ besitzen aber ihre Arbeiten selbständig erledigen, ohne die Hilfe anderer, ruhig ohne aufsehen und klimpern. Sie bekommen ihre Bezahlung nach Tarifvertrag, ohne „Aufputschmittel“ durch irgendwelcher, wohlgesonnener Leute. Diese Mitarbeiter bekommen zwar weniger Geld als die anderen, können dafür aber ohne rot zu werden in den Spiegel schauen, brauchen bei keinen Vorgesetzten zu „kriechen“, brauchen nicht „Danke“ zu sagen und brauchen an keinen außerbetrieblichen „Veranstaltungen“ teilzunehmen, nur weil dieses von einigen Leuten gerne gesehen wird.

Als Fazit bleibt nur zu sagen, es gibt im „Arbeitsleben“ sowie in allen anderen Lebensbereichen keine „Gerechtigkeit“. Dieses scheitert schon daran, dass jeder Mensch ein Individuum ist und nur an sich selber denkt. Das ganze Leben ist eine „Glückssache“, der eine hat es und der andere nicht. Einer wird als Millionär geboren, der andere in der Gosse, schon hier fängt das „Glück“ an. Doch sollte jeder Mensch daran denken, dass die „Gesundheit“ das höchste Gut im Leben ist, denn sonst ist alles weitere uninteressant.

Veröffentlicht unter [Firma](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Politiker, Bußgeld, Industrie, Sprüche

Publiert am 4. Dezember 2010 von [admin](#)

Warum wundern sich eigentlich Politiker, zumindest öffentlich, dass die Meinungen von einigen Diplomaten, die im Internet veröffentlicht wurden, so negativ ausfielen? Sind denn die deutschen Politiker total weltfremd? Meinen Politiker allen Ernstes, dass Wahlergebnisse und zeitabhängige Meinungsumfragen immer die Wahrheit sind? Was Politiker in den vergangenen Jahren so alles erzählt haben und was diese dann in Gesetzen und Verordnungen verzapft haben, spricht doch Bände. Das Politikerbild kann in der Öffentlichkeit nicht zu sehr positiv gesehen werden, dazu fehlt die Ehrlichkeit. Die Zwänge der Wirtschaftsmacht im Hintergrund bestimmen das ganze Handeln unserer Politiker und die einzigsten erkennbaren Politikerhandlungen sind die Vorstellungen der Industrie „Schön zu reden“. Hierfür gibt es Beispiele in Massen, der jüngste „Wirtschaftswunsch“ war die Einführung der Winterreifenpflicht. Hier erhoffen sich Industrie und Handwerk enorme Gewinne, weil fast jeder Bürger jetzt doppelte Bereifung nutzt und diese jährlich zwei mal in Werkstätten wechseln

lässt. Es können hier leicht politische Sicherheitsgründe angeführt werden, denn die Politiker sind ja so besorgt um die Gesundheit ihrer Bürger ([siehe Gesundheitsreform](#)), doch der wahre Grund ist die Förderung der Industrie und zusätzliche Steuereinnahmen über Bußgeld. Vielleicht ist es auch den Politikern entgangen, dass die meisten Unfälle durch nicht angepasste Verhaltensweisen der Autofahrer geschehen und davor schützen auch keine Winterreifen. Dieses ist eine Frage der psychologischen Eignung und ist nur individuell zu betrachten. Es wäre bei dieser Gesetzesfindung eine Bußgeldzahlung bei verursachter Verkehrsbehinderung völlig ausreichend gewesen, denn kaum ein PKW-Besitzer fährt mit Sommerreifen in die Berge und gegen Glatteis schützt bekanntlich auch keine Winterbereifung. Wenn es Politiker wirklich ernst mit der Sicherheit nehmen würden, dann müssten Spikes reglementiert werden, doch hier finden die Politiker keinen der die dadurch bedingten „kaputten Straßen“ finanziert, diesen nicht unerheblichen zusätzlichen „Wirtschaftsgewinn“ müsste der Bürger über höhere Steuern finanzieren was wählerschädlich ist, oder das Baugewerbe hat noch nicht die richtige politische Lobby. Also wurde doch wieder ein halbherziges Gesetz erlassen, welches zudem den vielen nicht kontrollierbaren Verordnungen und Gesetzen anzuschließen ist. Erst kürzlich gab es einen Richter der Autofahrer die in „Radarfallen“ fahren von den Bußgeldern freisprach, weil er diese zusätzliche „Staatsfinanzierung der Politiker“ nicht mittragen wollte.

Hier ein anderes Beispiel von Politiker-Meinungen im Wandel der Zeit. In den Zeiten wo sich die Firmen über Steuergelder ihrer Belegschaft entledigten und die staatlich subventionierte Frühverrentung Einzug hielt, redeten Politiker von dem wohlverdienten vorzeitigen Ruhestand ihrer Bürger mit einem schönen arbeitsfreien Leben. Heute reden die gleichen Politiker das ältere Arbeitnehmer viel Erfahrung besitzen, unverzichtbar sind und lange an dem beruflichen Leben teilnehmen sollen. Um soviel Unsinn von sich zu geben, muss man allerdings Politiker sein. Hier ist der Grund ebenfalls ganz einfach: In früheren Zeiten waren die Sozialversicherungskassen noch prall gefüllt und Politiker denken nur in einer (parteilich) oder zwei (persönlich) Legislaturperioden. Der damals auch schon bekannte demografische Wandel brauchte die Politiker nicht zu interessieren, also wofür Rückstände bilden. Der Industrie konnte damals soviel „Wohlfühlen“ der Politiker jedoch immer noch nicht genug sein, denn sie errichteten trotzdem Auslandsstandorte um der „Dankeszahlung“ in Form von Steuergeldern an die Politiker zu entfliehen.

Es gab in früheren Zeiten auch noch andere Äußerungen von Politikern, z. B. die Deutschen sind eine Freizeitgemeinde, arbeiten zu wenig, verdienen zu viel, fahren zu oft in Urlaub. Diese Politiker verwechselten hier wohl ihr eigenes- und das Leben ihrer befreundeten „Industriegesellschaft“ mit dem Leben der normalen Bürger.

Veröffentlicht unter [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Webhoster

Publiziert am [28. November 2010](#) von [admin](#)

Webmaster, die vielleicht bisher nur bei Freehostern ihre Webseiten eingerichtet hatten und jetzt einen kostenpflichtigen Hoster suchen sollten folgendes bedenken: Nicht nur alleine die zu zahlenden Bereitstellungsgebühren sind hier ausschlaggebend, neben der Verfügbarkeit,

Datenbanken oder weiteres Grundsätzliches sind die Einstellungen des Servers von großer Bedeutung. Wenn nur HTML- oder einfache PHP Skripte zur Anwendung gelangen sollen, benötigen die Einstellungen erst mal wenig Interesse. Jedoch sollten etwas aufwändigere PHP-Skripte angewandt werden, sind die PHP Einstellungen eines Apache-Servers schon zu beachten. Bei günstigen Webpace Angeboten fehlen häufig wichtige Einstellungen, so ist zumeist das Modul Rewrite (mod_rewrite) nicht zugeschaltet. Doch zu einer suchmaschinenfreundlichen Linkverwaltung oder Spam Minimierung ist dieses notwendig und viele Skripte sind entsprechend programmiert. Des Weiteren ist register_globals meistens auf off geschaltet, welches aber auch Sicherheitsgründe hat. Bei schlecht programmierten Skripten mit nicht initialisierten Variablen, kann ein Angreifer den Programmablauf von außen beeinflussen. Jedoch wird es gebraucht, steht es dann nicht zur Verfügung. Auch allow_url_fopen ist häufig auf off geschaltet, weil sich externe Dateien auf den eigenen Server nachladen. Doch auch hier benötigen einige Skripte diese Funktion.

Diese PHP Servereinstellungen, werden sie gewünscht, sind dann von dem Webhoster gegen Gebühr freizuschalten. Doch Webhoster weigern sich häufig aus Sicherheitsgründen allow_url_fopen und register_globals auf on zu stellen.

Wer diese Einstellungen benötigt, oder kostenfrei im Webpacepaket enthalten haben möchte, der sollte einen Anbieter suchen der es ermöglicht diese Einstellungen im Adminbereich einzustellen. Nicht immer ist der billigste Webpaceanbieter auch der preiswerteste, denn Einstellungen an der PHP-INI am Server im nachhinein tätigen zu lassen sind häufig teurer.

Veröffentlicht unter [Internet](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Religion, Kirche, Sterben

Publiziert am [23. November 2010](#) von [admin](#)

Es ist ein unbeliebtes Thema, aber sollte trotzdem mal geschrieben werden.

Warum gibt es die Kirche? Weil manche Menschen an etwas glauben müssen. Warum müssen manche Menschen an etwas glauben? Weil sie Angst vor dem Tod haben und das Ungewisse. Jedoch der Tod ist nicht das schlimmste, viel schlimmer ist der oft lange Weg voller Schmerzen bis zum Tod. Doch gerade hier sträubt sich die Kirche zu helfen, der Mensch soll sich quälen bis zum Tod. Viele Politiker sind in dieser Frage gespalten, Kirchenfürsten jedoch nicht. Doch sollte hier dringend die Entscheidung des einzelnen akzeptiert werden, ob er sich ohne Hoffnung quälen möchte oder eine Sterbehilfe in Anspruch nimmt. In europäischen Nachbarländern ist man in dieser Frage schon wesentlich weiter, hier darf die Erlösung der Qualen erfolgen. Sterbehilfe und der Wunsch nach einer Beendigung von Qualen muss straffrei bleiben, Politiker und Kirche dürfen die Menschen nicht länger unnötig quälen, dieses kommt einer Folter aus dem Mittelalter gleich. In der Frage Tod oder qualvolles Leben muss es ein Selbstentscheidungsrecht für jeden einzelnen geben, Politiker und Kirchenfürsten dürfen hier nicht der Entscheidungsträger über Tod und Leben sein.

Die Menschen haben sich ihre Gesetze alle selber erschaffen, dabei hat kein „Gott“ mitgewirkt und grotesk ist, dass von der Vergangenheit bis Heute das Töten im

Kriegszustand von den Politikern erlaubt, bzw. sogar gefordert und von der Kirche geduldet wird. Aber wenn es darum geht ein qualvolles, unheilbares Leben beenden zu lassen spielen sich die gleichen Leute als die großen Moralisten auf. Dieser Zustand im deutschen Land ist zum kotzen.

Wieso behauptet eigentlich die christliche Kirche, dass ihr „Gott“ der richtige ist und es keinen anderen Gott gibt? Anscheinend ist der christliche Glaube so kompliziert, dass angehende Pastore etliche Semester studieren müssen um die Kirche zu verstehen. Ein von der Sache überzeugter, redegewandter Frei-Prediger kann teilweise viel besser Religion verbreiten als ein studierter Pastor. In der Welt gibt es so viele Glaubensrichtungen und alle mit einem anderen „Gott“, die in der Zeit gewachsen sind und jede Religion behauptet von sich, sie sei die richtige. Doch alle Religionsarten können nur bestehen aus der Angst der Menschen vor dem Tod und das folgende Ungewisse.

Wie und warum entstand Religion? In der Vergangenheit gab es „adelige Herren“ und das gemeine Volk. Das Volk wurde ständig von den „Herren“ unterdrückt, gequält und ausgebeutet, Gerechtigkeit kannte die Frühzeit nicht. In dieser ausweglosen Situation entstand der Glaube an einem bzw. mehr „höhere Wesen“ die als Götter und später als ein Gott bezeichnet wurden, es war der Klammergriff nach Gerechtigkeit. Keiner weiß so genau wer „Jesus“ eigentlich war, es konnte aber nur eine Geschichtsperson sein die sich gegen die Unterdrückung des Volkes gegenüber den damaligen „Herrschaften, Landbesitzern, Adligen und Stadthaltern“ zur Wehr setzte und dem gemeinen Volk sehr nahe stand. In der Folgezeit gab es viele „heilige Kriege“ und Millionen Menschen starben im Namen einer falsch verstandenen Religion.

Veröffentlicht unter [Kirche](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Gesundheitsreform

Publiziert am [22. November 2010](#) von [admin](#)

Deutschland gerät durch den entstandenen Schuldenberg immer mehr in innerpolitischen Schwierigkeiten. Die Regierungsparteien versuchen jetzt kräftig die Politikfehler der Vergangenheit auszubügeln und versuchen krampfhaft irgendwie zusätzliche Staatseinnahmen zu erzielen. Die Vorschläge einiger profilierungssüchtiger Politiker die in der letzten Zeit zu hören waren, grenzen schon an Grotesk. Doch was jetzt von der Regierung alles verabschiedet wird, ist nur Sozialabbau, denn was soll denn schon von einer dem Kapital nahe stehenden Regierung erwartet werden? Die Gesundheitsreform spiegelt alles unsoziale wieder, hier sollen die Arbeitgeber besonders stark verschont bleiben. Wenn später die Krankenkassen mit ihren Beitragseinnahmen nicht mehr auskommen, werden einfach die Beiträge über Zusatzabgaben angehoben, die nur der Arbeitnehmer zahlt. Es wird sich dann kein Politiker, zumindest von diesen Regierungsparteien, aufregen wenn die Beiträge erhöht werden, ihre Klientel bleibt ja verschont. Diese Art Politik ist ein Freibrief der Krankenkassen ihre Beiträge zu erhöhen. Dann bleibt noch eine wichtige Frage: Warum werden Besserverdienende von dem maroden Gesundheitssystem ausgeschlossen, warum brauchen die sich nicht an das staatliche Gesundheitssystem beteiligen? Hier ist von der Politik eine Zweiklassengesellschaft geschaffen worden, die schon als verantwortungslos bezeichnet werden kann. Gut verdienende haben es nicht nötig für die Politikfehler

zu büßen, sie werden von der Politik verschont sich an der Gemeinschaft zu beteiligen, sie dürfen nur für sich selber sorgen. Aber natürlich, die Politiker selber gehören ja auch zu den Spitzenverdienern und warum sollen die denn für die Fehler ihrer „Vorgängerkollegen“ die Zeche bezahlen? Dieses ist nun wirklich nicht einzusehen.

Auch stellt sich die Frage, wer die Gesundheitspolitik überhaupt bestimmt, sind es die Politiker oder die in Deutschland übermächtige Pharmaindustrie? Die Pharmaindustrie beeinflusst stark das Handeln der Politiker, die Preispolitik für Medikamente ist für den Bürger und selbst für manchen nicht fachbezogenen Politiker nicht mehr nachvollziehbar. Warum kosten gleichwertige Medikamente im benachbarten Ausland nur die Hälfte? Oder im fernen Ausland nur 20% des hier verlangten Preises? Wie können hier Politiker, die sich gerne als „Europafreundlich“ bezeichnen, diese Strategie der Pharmakonzerne zustimmen? Oder die Politiker sind mal wieder gegenüber der Industrie machtlos und suchen wieder ihre Staatseinnahmen bei der Allgemeinheit, die sich ja immer noch nicht wehrt.

Ein weiterer Grund für das marode Gesundheitssystem ist der deutsche Beamtenstaat, hier wird alles verwaltet was nur verwaltet werden kann. Für jede Verwaltung gibt es wieder eine Verwaltung die eine andere Verwaltung überwacht. Dieses ergibt sich schon aus dem deutschen Staatssystem mit 16 Bundesländern, die dann noch in etlichen Regierungsbezirken aufgeteilt sind. Dazu noch untergeordnete Kreise, Bezirksverwaltungen und was es sonst noch alles in Deutschland zum verwalten gibt. Hier sind unzählige Politiker und Beamte mit „verwalten“ beschäftigt und alle sind „wichtig“ und möchten gut bezahlt werden. Nur so ein aufwändiges Verwaltungssystem ist natürlich zu finanzieren und dieses geht nur über Steuern oder Sozialversicherungseinnahmen. Doch bevor in Deutschland mal an dem System etwas geändert wird, versuchen Politiker lieber über immer mehr Abgaben die Staatsfinanzen und ihr persönliches Einkommen zu sichern.

Veröffentlicht unter [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Gewerkschaft

Publiziert am [20. November 2010](#) von [admin](#)

Gewerkschaften wurden einst gegründet um Arbeitnehmerinteressen in einer Gemeinschaft gegenüber den Arbeitgebern durchzusetzen. Gewerkschaften hatten in der Vergangenheit vieles erreicht, ohne Gewerkschaften würde heute noch in vielen Betrieben die „Ausbeuterei“ in großem Umfang bestehen. Gewerkschaften haben durchaus auch noch in der heutigen Zeit ihre Berechtigung, nur durchsetzen lassen sich die gesetzten Ziele kaum noch, dieses gibt die Zeit nicht mehr her. Die globale Wirtschaft mit den Möglichkeiten im Ausland, in sogenannte Billiglohnländern, Standorte zu errichten, lässt sich kaum noch drohen. Es geht in Deutschland alleine nur noch um den Erhalt der Arbeitsplätze in ausgegründeten Firmenteilen mit weit herabgesetzten Tarifverträgen. Um diese Arbeitsplätze nicht auch noch zu gefährden stimmen die Gewerkschaften auch „Billiglöhne“ zu, die sie selber in früheren Jahren heftig bekämpft haben.

Aber auch die Gewerkschaftsführer und Gewerkschaftssekretäre haben sich

geändert, hier ist es ähnlich den Politikern, sie stehen nicht mehr für den Idealismus ihrer Vorgänger. Es sind Menschen wie jeder andere auch, die in erster Linie an ihrem persönlichen Einkommen und Altersabsicherung denken. Auch spielt Machtbesessenheit eine nicht unerhebliche Rolle. Es ist natürlich schwierig von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen Solidarität zu reden und selber dicke Gehälter kassieren. Hier wird schon an einer gewissen Glaubwürdigkeit gezweifelt. Es ist ebenfalls besser ruhig im Hinterrund zu arbeiten und gute Ergebnisse erzielen, als große Reden zu schwingen die nur der eigenen Profilierung und dem Medieninteresse dienen aber ansonsten ins Wirkungslose verpuffen.

Nebenbei sind Gewerkschaften auch Arbeitgeber und die dortigen „kleinen Angestellten“ stehen mit kleinen Gehältern unter den gleichen Arbeitsdruck wie ihre „Kollegen“ in anderen Firmen. Wenn den Gewerkschaften die Mitglieder weglaufen und die Beitragseinnahmen rückläufig sind, dann haben auch Gewerkschaften keine Skrupel Mitarbeiter zu entlassen.

Gewerkschaften bieten ihren Mitgliedern kostenlose Aufbaukurse an, damit in den Firmen Betriebsratsnachwuchs entstehen kann. Doch die meisten Arbeitnehmer nutzen die Kurse nur für die Inanspruchnahme des tariflichen Bildungsurlaubs. Schon hier zeigt sich, wie schwer geeigneter Nachwuchs zu bekommen ist, denn die Quantität übersteigt hier die Qualität. Betriebsrat und Gewerkschaft sollten eigentlich unabhängig von einander sein, doch die Wirklichkeit sieht auch hier anders aus. Mit der Postenbesetzung eines Gewerkschaftssekretärs und evtl. weiteren Aufstieg in der Gewerkschaftshierarchie ist es ähnlich der Politik, denn auch hier ist in den meisten Fällen ein „Ziehvater“ notwendig der die entsprechende Fürsprache leistet. Dadurch kann dann allerdings, genau wie in der Politik, eine falsche Person auf den richtigen (natürlich fürstlich entlohnt) Posten rücken.

Veröffentlicht unter [Firma](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Rente

Publiziert am 19. November 2010 von admin

Warum haben wir eigentlich so eine Rentendiskussion?

Das in Deutschland ein Generationenproblem besteht, ist schon mehr als 30 Jahre bekannt und das die Basis des generationsbezogenen Rentenvertrages einmal wie ein Kartenhaus zusammenbricht haben die Intelligenten unter den Politikern ebenfalls schon immer gewusst. Nur es bleibt die Frage, warum wurde in der Vergangenheit so verantwortungslos mit den staatlichen Sozialversicherungseinnahmen umgegangen? Parteien und Politiker leiden unter Profilierungssucht und denken zumeist nur in einer Legislaturperiode, weitreichende unangenehme Entscheidungen werden gerne weit herausgeschoben, in der Hoffnung das in der nächsten Legislaturperiode eine andere Regierung die „wählerfeindliche Drecksarbeit“ übernimmt. Des Weiteren wurden in den 70er, 80er und 90er Jahren eine unternehmensfreundliche Rentenpolitik betrieben. Es wurden massenhaft Frühverrentungen durchgeführt um auf Sozialversicherungskosten Firmen zu sanieren. Für die damaligen Unternehmen und Beschäftigten war es ein Glücksfall, die Firmen wurden ihre überschüssigen Arbeitnehmer los und die Frührentner bekamen zwischen 90 und 100 Prozent ihrer Bezüge weitergezahlt. Trotz den enormen Belastungen der Rentenversicherungsträger durch die Wiedervereinigung wurde in den 90er

Jahren mit den Frühverrentungen weitergemacht. Auch waren die Renten zu damaliger Zeit noch bruttobezogen und somit die Rentenzahlungen oft über den letzten Gehalt liegend. Solche Firmen- und Wählergeschenke gehen natürlich zu Lasten der nachfolgenden Generationen, genau wie die derzeitige hohe Staatsverschuldung. Mit dem „Wahnsinn“ der Rente ab 67 stellen die Politiker hier den Beweis da. Wenn ein Politiker mal nicht „dummschwätzt“ sondern mal ein bisschen denkt, dann weiß auch dieser das nur die Wenigsten es durchhalten solange zu arbeiten. Es ist nichts weiter, als eine versteckte Rentenkürzung die nicht offen gesagt werden muss. Nur warum haben gerade Politiker schon bereits nach 8 Jahren (2 Legislaturperioden) eine fürstliche Ruhegeldzahlung erreicht? So eine selbstgeschaffene Sonderstellung kann doch nur bei dem Volk abstoßen.

Was haben denn die Politiker in den letzten Jahren schon alles an der „Rentenschraube“ gedreht, die Rente wurde von bruttobezogen auf nettobezogen umgestellt, Krankenversicherungsbeiträge wurden eingeführt und jetzt auch noch die Besteuerung. Die Schere zwischen der letzten Gehaltszahlung und der folgenden Rentenzahlung ist schon in das Unverhältnismäßige gefallen und das bei 50 sozialabgabenpflichtigen Beschäftigungsjahren. Wenn dann noch ein gesetzlicher Versorgungsausgleich dazukommt, rückt die monatliche Rente in die Nähe von Sozialhilfeszahlungen.

Die schönen Reden der Politiker, dass zusätzlich zu den staatlichen Sozialabgaben privat vorgesorgt werden soll, grenzt in vielen Fällen an Ironie. Es gibt in Deutschland noch etliche Familienhaushalte, die mit 1.500 Euro oder weniger auskommen müssen, wie sollen diese bei den hohen Lebenshaltungskosten denn noch privat vorsorgen? Dieses bleibt ein Geheimnis des „Superverdieners Politiker“. Nach Politikerwunsch sollen diese Bürger auch noch konsumieren damit die Wirtschaft angekurbelt wird, Kinder in die Welt setzen ohne Perspektive und den Staat zujubeln.

Es gibt eigentlich nur noch eine Möglichkeit die Renten zu sichern und dauerhaft zu erhalten, über eine ungeliebte Steuerfinanzierung. Warum scheuen sich denn die Politiker in dieser wichtigen Steuererhöhungsfrage so? Sonst ist auch kein Politiker (außer die Arbeitgeberpolitiker der FDP) Steuererhöhungen abgeneigt. Es ist doch üblich in Deutschland die Politikfehler der Vorzeit mit Steuererhöhungen auszugleichen. Warum denn nicht bei den Renten? Vielleicht weil Politiker keine Rentenprobleme und Altersarmut fürchten müssen. Ja, so sind unsere Volksvertreter, es sind eben auch nur Menschen und jeder denkt zuerst an sich.

Als Fazit bleibt hier nur zu sagen, dass in Zukunft nur derjenige Rentner Glück hat der den „schönen kalten deutschen Beamten- und Politiker Staat“ verlassen kann. Der z. B. in Thailand seinen Lebensabend verbringen kann, bei angenehm warmen Temperaturen in einem Land wo das Durchschnittseinkommen 400 Euro beträgt und die Rente evtl. noch für ein einigermaßen „menschenwürdiges Dasein“ ausreicht.

Veröffentlicht unter [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Medien

Publiziert am 19. November 2010 von [admin](#)

Medien benötigen Parteien und Politiker wie die Luft zum

atmen. Nur wer eine wohlgesonnene Presse hat kann ein erfolgreiches Politikerleben führen. Jede Partei und jeder Politiker ist bestrebt die Medien auf seine Seite zu ziehen. Aus diesem Grund wird auch an das staatliche Fernseh- und Rundfunkprogramm festgehalten. Hier können Parteien ihre Vorstellungen unter dem Volk verbreiten. Die Positionen in den führenden Gremien der staatlichen Fernsehsender werden häufig mit ehemaligen Politikern oder zumindest den Parteien nahestehende Personen besetzt, damit bleibt die Verbreitung einer parteiennaher Politik sichergestellt. Menschen müssen nur oft genug lesen, sehen und hören was Politiker sagen, dann glauben sie irgendwann daran.

Natürlich ist die Zwangsabgabe für das staatliche Radio- und Fernsehprogramm eine willkommene zusätzliche Staatseinnahme, dieses bleibt natürlich der schönste Nebeneffekt für den Staat. Die zahlreichen privaten Radio- und Fernsehsender, die gebührenfrei sind, reichen mittlerweile vollkommen zur Information und Unterhaltung aus, sodass sehr gut auf das staatliche Fernsehen verzichtet werden könnte. Aber unsere Politiker möchten Einflussnahme, Macht und Geld, deshalb werden uns diese staatlichen Medien für immer und alle Zeit erhalten bleiben.

Veröffentlicht unter [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Parteien

Publiziert am [14. November 2010](#) von [admin](#)

Am 13. November 2010 fanden große Demonstrationen gegen die ungerechte Sozialpolitik der Regierungsparteien statt. Aufgerufen dazu hatten die Gewerkschaften mit Beteiligung der Oppositionsparteien. Es ist vollkommen richtig gegen die geplanten arbeitgeberfreundlichen Gesetze etwas zu unternehmen, denn diese schaden der arbeitenden Bevölkerung mit immer noch mehr Sozialabgaben, währenddessen die Unternehmen immer noch höhere Gewinne einfahren können. Ja, wir haben mal wieder eine arbeitgeberfreundliche Regierung in Deutschland, arbeiten bis 67 oder irgendwann noch länger, Sozialversicherungsbeiträge die in Zukunft nur noch von den Beschäftigten alleine getragen werden sollen damit die „armen“ Unternehmen nicht mehr so schnell Insolvenz anmelden können. Doch bei unserer unternehmensfreundlichen Gesetzesbildung ist doch im Regelfall eine Insolvenz einer GmbH ein Glücksfall für Firmen. Die sogenannten „Geschäftsführer“ haften doch nur mit ihrer geringen Geschäftseinlage und können doch anschließend als Multimillionäre (die haben doch die Insolvenz sauber vorbereitet und ihr Geld im Ausland versteckt) ein super Leben führen. Oder wenn sie noch keinen Ruhestand möchten, bauen sie unter Bezugnahme eines „Strohmannes“ aus Steuergelder (die den Bürgern zusätzlich „abgeschröpft“ werden) wieder eine neue Firma auf. Diese Menschen muss natürlich unsere Super-Regierung schützen, denn auch Parteien und Politiker leben von diesen Menschen.

Aber was haben wir in Deutschland denn für Parteien:

CDU/CSU – diese Partei nennt sich Volkspartei, aber weiß nie so richtig wo sie hingehört. Als erstes ist sie als Unternehmerfreundlich anzusehen, denn die Wirtschaftsmacht im Hintergrund bestimmt eigentlich ihr handeln. Dann besteht die Partei noch aus Floskeln, sie steht der katholischen Kirche immer noch nah, um aus der Kirchenkielentel Wählerstimmen zu bekommen.

Der Arbeitnehmerflügel besitzt in dieser Partei kaum Durchschlagskraft, dazu sind die Konzerne zu stark an der CDU-Politik beteiligt. Bei der Außen- und Sicherheitspolitik sind heute kaum noch Unterschiede bei den Parteien zu beobachten, hier ist mittlerweile ein Gleichschritt erfolgt.

SPD – diese Partei nennt sich ebenfalls Volkspartei, sie benennt sich selber als Partei der „arbeitenden Bevölkerung“. Dieses konnte in früheren Jahren als durchaus zutreffend bezeichnet werden. Doch spätestens seit der „Ära Schröder“ ist keine arbeitnehmerfreundliche Politik erkennbar und man fragt sich, wo ist das „S“ (steht für sozial) geblieben. Schröder hatte während seiner Kanzlerschaft die Grundlagen für „antisoziale“ Politik mit seiner Agenda 2010 geschaffen, wo sich kein CDU-Politiker herangetraut hatte. Für alles unsoziale was die heutige CDU/FDP Regierung so treibt, hatte Schröder den Grundstein gelegt. Heute, nach der Ära Schröder, versucht die SPD mit viel Polemik in der Opposition die erlittenen Parteischäden zu kitten, doch bis jetzt sind keine Konzepte erkennbar, außer Profilierungssucht einiger Politiker.

FDP – diese Partei ist eine reine Arbeitgeberpartei, Arbeitnehmer die diese Partei wählen sollten sofort vom Blitz getroffen werden. Die FDP wünscht sich das Mittelalter, wo Arbeitnehmer von dem „Herrn“ noch straffrei als Sklaven gehalten wurden. Bei Großkonzernen fehlt ihr der politische Einfluss, sodass die Mittelständischen- und Kleinbetriebe ihr Klientel sind. Hier schwebt der Partei ein durchschnittliches Lohnniveau von 5 bis 10 Euro Stundenlohn vor, dass nur knapp über den Hartz 4 Sätzen angesiedelt ist. Ihre Klientelfirmen sollen dann keine Steuern mehr zahlen, damit ein Auslandskonto mit Millionen Euros für die Insolvenz angehäuft werden kann, denn ihre Wähler sollen im Ruhestand ebenfalls gut leben.

Die Grünen – wer ist das Wählerklientel dieser Partei? Studenten, Lehrer, Wissenschaftler, Professoren, Umweltfreaks? Das Wählerklientel ist mittlerweile vielschichtig und unter jeder Bevölkerungsgruppe zu finden. Aber es sollte keiner meinen, dass diese Partei sozial eingestellt ist, dieser Partei interessiert das Pfand für Plastikflaschen mehr als das Einkommen von Beschäftigten und Rentnern. Alles unsoziale der Regentschaft Schröders hat diese Partei ohne murren mitgetragen und würde dieses auch als Koalitionspartner der CDU tun. In früheren Jahren war die Partei zur Erhaltung der Umwelt wichtig, doch mittlerweile betreiben auch die großen Parteien Umweltpolitik und somit fehlt dieser Partei eigentlich der Sinn.

Die Linke – was ist das denn für eine Partei? Diese Partei ging ursprünglich aus der ehemaligen SED Einheitspartei hervor, die sich nach der Wende PDS nannte. Im Zusammenschluss der PDS mit der westdeutschen WASG entstand die Gesamtdeutsche Partei Die Linke. Auch wirkte Schröders unsoziale SPD-Politik kräftig an der Entstehung mit. Nur nach dem Parteiprogramm und der Polemik der Linken-Politikern zu urteilen, ist diese Partei von allen in Deutschland vertretenen Parteien am sozialsten eingestellt. Doch war diese Partei noch nie in „richtiger Regierungsverantwortung“, sodass ihre „Reden“ zurzeit nur als Floskeln abgehandelt werden können. Lernen die Politiker erst mal „den politischen Platz an der Sonne“ kennen, werden auch ihre Reden ruhiger und sie denken erst mal an sich und ihre üppigen Ruhebezüge.

Ja, welche Partei soll denn gewählt werden? Am Ende steht immer nur „Lüge“, so verlogen wie die ganze Gesellschaft ist. Die Parteien in Regierungsverantwortung

müssen etwas machen, die Opposition muss dagegen sprechen. In der nächsten Legislaturperiode kann das dann parteilich umgedreht sein. Doch Parteien und Politiker sind nur Marionetten, bestimmt wird alles durch die Wirtschaftsmacht, nur wer das „große Geld hat“ bestimmt die Richtlinien der Politik. So ist das in einer „kapitalistischen Demokratie“.

Früher waren noch Politiker die für ihre Ideologien einstanden, diese waren quer durch alle Parteienlandschaften zu finden. Heute spiegelt die Politik nur noch das Abbild unserer Gesellschaft wieder, Politiker sind Macht- und Geldbesessen und streben in erster Linie ein für sich schönes und sorgenfreies Leben an. Eine Politikkarriere ist für heutige Anwärter nur erstrebenswert, wenn ein Aufstieg innerhalb der Parteihierarchie möglich und evtl. verbunden mit einer späteren Option als Seiteneinsteiger in Führungspositionen der freien Wirtschaft ist. Oder es besteht aus Mangel entsprechender Qualifikation keine Möglichkeit ohne politischer Fürsprache Positionen in Wirtschaftsunternehmen einzunehmen.

Veröffentlicht unter [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Mitarbeiterbefragung

Publiziert am [10. November 2010](#) von [admin](#)

Meinungsumfragen sind immer anzweifelbar, denn was spiegeln diese wieder? Nur den momentan vorliegenden Meinungsstand, der nur ein Monat später schon ganz anders ausfallen könnte. Das gleiche ist in Betrieben bei Mitarbeiterbefragungen zu erwarten, hier wird auch nur die momentane Arbeitszufriedenheit gespiegelt. Im allgemeinen verhalten sich Vorgesetzte im Vorfeld einer anstehenden Befragung besonders positiv, damit von der Unternehmensspitze keine negativen Folgen entstehen und deren Führungsverhalten angezweifelt wird. In der heutigen Zeit ist keine eingenommene Position sicher, denn jeder Mensch ist austauschbar. Unternehmensabteilungen versuchen besonders gut miteinander umzugehen, damit auch hier nur positives in dem Papier zu finden ist. Nach der Befragung kann dann getrost in den alten Trott zurückgekehrt werden, denn eine gute Zusammenarbeit ist dann im Allgemeinen nicht mehr unbedingt gefragt.

Eigentlich könnten jedoch die Vorgesetzten eine Mitarbeiterbeurteilung in Ruhe entgegensehen, denn auch wenn eine Absetzung erfolgt bleibt ihr Gehalt sicher bestehen, das ist im Prinzip gleich den Politikern. Nur wird bei einigen das EGO stark angekratzt, denn sie hatten die Vorstellung eine wichtige Position besetzt zu haben und über andere Menschen bestimmen zu dürfen. Die Verluste die das Unternehmen durch neu zu besetzende Führungspositionen bei gleichzeitiger Weiterzahlung der abgesetzten Führungskräfte einfährt, wird bei den unteren Gehaltsgruppen, den eigentlich arbeitenden in unternehmensgewinnbringenden Bereichen, eingespart indem eine immer größere Arbeitsverdichtung erfolgt. Dieses ist das in Deutschland übliche Verfahren.

Ja, viele Menschen kommen sich selber sehr wichtig vor, nur kein Mensch ist wichtig, denn jeder ist austauschbar. Das gilt von dem kleinsten Arbeiter bis zur ranghöchsten Position im Staat, den Bundespräsidenten. Aber dieses ist wohl das EGO der Menschen.

Ein weiterer Faktor für Mitarbeiterbefragungen in Firmen ist die Beschäftigung

einiger interner Mitarbeiter sicherzustellen und steuerliche Absetzungsmöglichkeiten für die Kosten der beauftragten externen Unternehmensberater zu nutzen. Somit zahlt auch die Allgemeinheit für diese Art der Befragungen.

Veröffentlicht unter [Firma](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

AKW

Publiert am [8. November 2010](#) von [admin](#)

Zurzeit erregt der Atommülltransport von Frankreich nach Deutschland zum Atommülllager Gorleben wieder viel Aufsehen. Demonstrationen und die Angst der Menschen vor atomarer Verstrahlung sind hier durchaus berechtigt. Aber es wird mal wieder sehr verdeutlicht, dass Atomkraftwerke ein europäisches Problem darstellen und kein deutsches alleine. Um die Gefahr einer atomaren Verseuchung abzuwenden ist eine europäische Gesamtlösung unabdingbar, atomare Strahlung kennt keine Landesgrenzen.

Wann finden hier die hochbezahlten und mit Sondervergünstigungen überschütteten Europapolitiker mal endlich eine Lösung? Es muss eine gesamteuropäische Abschaltung der AKW erfolgen und eine Lösung für die Endlagerung der Brennstäbe gefunden werden. Nur dieses Vorgehen in der Atompolitik ergibt einen Sinn und schützt vor einer möglichen atomaren Verseuchung. Zur Bezahlung der Abschaltkosten sollten die AKW-Betreiber mit ihren Aktionären und Managern herangezogen werden, die bewusst hohe Gesundheitsrisiken von Millionen an Menschen für ihre Milliarden Gewinne in Kauf genommen haben.

Persönlich lebe ich lieber in der Nähe eines Atomkraftwerkes, als in einer etwas weiteren Entfernung. Passiert einmal der atomare Supergau, ist so der sofortige Tod sicher. In weiterer Entfernung erfolgt der schleichende Tod einer Verstrahlung und diese Art des Sterbens ist besonders grausam.

Veröffentlicht unter [Alles was ärgert](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Rauchen und die Steuer

Publiert am [25. Oktober 2010](#) von [admin](#)

Mal wieder bitten die Politiker die Bürger zur Kasse, dieses mal sind es die Raucher unter der Bevölkerung. Diesmal ist die milliardenschwere Industrie vor zusätzlichen Abgaben zu schützen, weil sonst mal wieder die Drohung folgt in das Ausland abzuwandern und es gehen in Deutschland Tausende von Arbeitsplätzen verloren. Hier wird mal wieder verdeutlicht wer in Deutschland die Macht hat, dieses ist eindeutig das Kapital und die Politiker sind ihre Marionetten. Es wird einfach mal eine vorgesehene Ökosteuer für Unternehmen in eine Tabaksteuer umgewandelt. Ein Politikerleben ist doch schön, dicke Gehälter und Ruhestandszahlungen kassieren und dafür einfach nur alles abnicken. Des Weiteren zeigt sich hier auch mal wieder, wie verlogen die Politik ist. Überall werden Rauchverbote eingeführt, welches ja über Bußgelder noch mal Staatseinnahmen sichert und scheinheilig wird dieses dann mit Nichtraucherschutz bezeichnet, doch in Wirklichkeit freuen sich die Politiker wenn kräftig geraucht wird. Um Ausreden sind Politiker nie verlegen, Schönschwätzerie

gehört ja zu ihrer Ausbildung. Politiker sind doch gezwungen das Rauchen zu fördern und scheinheilig dagegen zu sprechen, dieses verlangt schon der demokratische Gedanke und Lügen sind in der heutigen Zeit Salonfähig, davon leben Politiker. Neben den anderen Industriezweigen ist ebenso die Tabakindustrie zu fördern, denn hier sind ebenfalls Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet. Auch die Tabaksteuereinnahmen sind für Politiker eine willkommene Einnahmequelle, die nach belieben ständig erhöht werden kann, denn der Bürger hat kaum Chancen gegen die Politikmacht, dieses besitzt nur die Übermacht der Industrie.

Die Ökosteuer kann aber auch als verfehlte Atompolitik bezeichnet werden. Natürlich sind Atomkraftwerke keine ideale Lösung, aber hier hätten sich die Politiker vor Jahren schon mal Gedanken machen müssen. Heute sind in den deutschen Nachbarländern überall Atomkraftwerke zu finden und es kann nur eine europäische Gesamtlösung geben. Wofür sitzen denn hochbezahlte Politiker in Brüssel, diese sollen mal etwas leisten und die Gesamtlösung endlich finden. Die Gefahr einer nuklearen Verseuchung bleibt in Deutschland auch bestehen wenn das letzte deutsche AKW vom Netz gegangen ist. Solange in den Umländern immer weiter Atomstrom erzeugt wird, ist Deutschland nie vor einer Verstrahlung sicher. Also warum möchten Deutschlands Politiker auf Kosten des kleinen Bürgers hier mal wieder eine Vorreiterrolle spielen? Ganz einfach, die ÖKO-Industrie muss ebenfalls subventioniert werden.

Veröffentlicht unter [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Mal wieder Streik bei der Bahn

Publiziert am [25. Oktober 2010](#) von [admin](#)

Jetzt rufen die Gewerkschaften TransNet und GDBA mal wieder zu Streiks auf. Der Grund für die Streiks ist die Angleichung der Gehälter zwischen Bediensteten der Deutschen Bahn und den Angestellten von Privatbahnen. Irgendwie ist dieses jedoch nicht so richtig nachvollziehbar, denn die Gewerkschaften haben die Ausgründung von Bahnstrecken der Deutschen Bahn mal mitgetragen. Die Privatisierung von Teilstrecken sollte die Deutsche Bahn aus den roten Zahlen bringen. Es wurden Tarifverträge zwischen Gewerkschaften und den privaten Anbietern abgeschlossen, die weit unter den Tarifen der Deutschen Bahn lagen. Warum haben denn diese Gewerkschaften solchen Tarifverträgen zugestimmt? Es kann doch nicht angehen, dass Gewerkschaftsführer erst niedrige Tarifabschlüsse billigen und dann mit viel Aufsehen die Gleichstellung der Gehälter fordern. Natürlich ist es richtig, dass gleiche Arbeit mit gleichen Lohn beglichen werden muss, aber doch nicht mit so einer verlogenen Art der Gewerkschaften. Hier stinkt es doch nach Profilierung von Gewerkschaftsführern. Hier wäre es von den Gewerkschaften angebracht gewesen bei der damaligen Vergabe von Bahnstrecken darauf zu achten, dass die Angestellten der Privatbahnen die gleichen Bezüge erhalten wie die DB-Angestellten. Hier hätten im Vorfeld entsprechende Tarifverträge mit den Privatanbietern abgeschlossen werden müssen. Aber es möchten sich ja jährlich Gewerkschaftsführer profilieren können, damit vorhandene Mitglieder nicht weglaufen und neue gewonnen werden können. Diese Strategie passt genau in das heutige Gesamtumfeld Deutschlands.

Veröffentlicht unter [Nahverkehr](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Scheidung in Deutschland

Publiziert am 24. Oktober 2010 von admin

Die deutschen Gesetze sind so ausgelegt, dass immer eine Person gesucht wird die für eine andere Person zuständig ist. Diese Person wird von dem Staat auch meistens gefunden. Bei diesen Gesetzesfindungen sind natürlich aus Sicht des Staates keine Fehler gemacht worden, doch er hat viele Einzelschicksale geschaffen. Egal ob es Eltern- oder Ehegattenunterhalte sind.

Das heutige deutsche Scheidungsrecht kennt keine Schuldfrage mehr, welches im Prinzip auch als gut zu bezeichnen ist. Das alte Scheidungsrecht war zu sehr von kirchlichen Vorstellungen geprägt, die natürlich total wider der menschlichen Natur sind und in keinerlei Beziehung zur Realität stehen. Ebenso verlogen wie die kirchlichen Vorstellungen nun mal sind und viele Menschen in diesen Vorstellungen leben. In den frühen Jahren der Bundesrepublik wurden häufig Gesetze mit kirchlichen Einfluss verabschiedet, dieses ist in der heutigen Zeit nicht mehr so ausgeprägt auch wenn die Kirche ihre Finanzierung noch durch den Staat vornehmen lässt. Doch die Kirchensteuerzahlung ist freiwillig und jeder kann sich den Zahlungen straffrei entziehen, wer hier zahlt der glaubt entweder an die Kirche oder ist zu faul bei dem deutschen Formularstaat den Austritt zu beantragen. Hier bleibt zu sagen das die Kirche nichts mit Gottesglauben zu tun hat, die Kirche ist eine in den Jahren gewachsene Institution die in früheren Zeiten oft Handlungen vornahm die mit christlichen Glauben wenig zu tun hatten. Heute ist die Kirche teilweise an sozialen Einrichtungen beteiligt was durchaus als gut zu bezeichnen ist, aber auch genau so gut von staatlichen Institutionen übernommen werden könnten. Denn zahlen muss hierfür sowieso der Bürger, also ist es egal an welche Institution Zahlungen zu leisten sind.

Scheidung bedeutet heute nur noch zahlen, ist im Prinzip nur noch eine Sache des Geldes geworden. In manchen Fällen gibt es auch nur Verlierer. Sind Kinder aus einer Ehe hervorgegangen und noch nicht in einem selbstständigen Alter gehören diese immer zu der Verlierergruppe. War ein Ehepartner berufstätig und der andere nicht, sind beide die Verlierer. Der berufstätige Partner zahlt Unterhalt an den nicht berufstätigen Partner und was für beide dann übrig bleibt ist zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Doch bei dem Staat fallen keine zusätzlichen Sozialkosten an, der hat sich hier abgesichert. Lebten die Ehepartner vor der Scheidung sowieso von Sozialhilfe bleiben die Staatsausgaben gleich, nur die Scheidungskosten schlagen dem Staat zusätzlich zu Buche. Aber die hohen Anwalts- und Gerichtskosten hat der Staat ja selber mit seiner komplizierten und schwammigen Gesetzesgebung zu verantworten.

Ach, dann ist da ja noch der komplizierte Versorgungsausgleich, hier haben die verantwortlichen Politiker eine Meisterleistung der Staatsabsicherung geschafft. Dieser ist so kompliziert, dass Scheidungsverfahren unnötig in die Länge gezogen werden und Tausenden von Staatsbeamten den Lebensunterhalt sichern. Komplizierte Formulare sind auszufüllen und nicht jeder kann dieses im „deutschen Beamte Sinn“ richtig erledigen. Hier werden Formulare hin und her versendet oder gar nicht ausgefüllt und die Scheidung dauert und dauert. Den Beamten und Politikern ist es egal, wenn vielleicht ein Bürger mal die Scheidung irgendwann benötigt. Die Gerechtigkeit eines Versorgungsausgleiches ist ebenfalls anzuzweifeln und ergibt in einigen Fällen auch keinen Sinn, außer den Scheidungsprozess unnötig zu verlängern. Bei Ehepartnern die während ihrer teilweise verlogenen Ehe immer berufstätig waren und jeder sowieso eigene

Rentenanwartschaften geschaffen hat, sodass der Staat hier nie für Sozialzahlungen zuständig wird, erbringt der Versorgungsausgleich auch staatlich keinen Sinn. Hier sollte unbedingt mit der „Erbsenzählerei“ aufgehört werden, denn hier geht es im Regelfall um Beträge zwischen 50 und 100 Euro die gemäß Gesetz zu verschieben sind. Aber auch hier haben die Politiker Hintergedanken gehabt, denn wenn ein geschiedener Ehepartner z. B. 10 Jahre länger berufstätig ist, kommen die verlorenen Anwartschaften 10 Jahre lang dem maroden Rentenversicherungsträger zu Gute und dieser kann so seine Bilanzen verbessern. Die maroden Versicherungskassen haben jedoch auch die Politiker geschaffen, ja Politik ist ein verlogenes Geschäft.

Prominente, Managern und Politikern tut jedoch eine Scheidung kaum finanziell weh. Sie sind oft mehrfache Millionäre und können über Zahlungen meistens nur lachen. Es tut eben weniger weh wenn ein Monatseinkommen von 50.000 Euro halbiert wird, als ein monatliches Einkommen von 2.000 Euro. Dieses ist eben der Unterschied zu normalen Menschen.

Schlimm für den Gerechtigkeitssinn ist dieses jedoch bei Politikern, die können es sich finanziell leisten vier und fünfmal geschieden zu werden und haben dieses Scheidungsgesetz selber eingeführt. Also kann dieses Gesetz durchaus als „Politikerfreundlich“ bezeichnet werden, denn ihre Gehälter und Altersabsicherung bestimmen sie ja auch selber.

Fragen und Tipps zu einer Scheidung in Deutschland erhalten Sie durch Klick auf den untenstehenden Banner, erklärt von einer Rechtsanwältin. Ebenso zu Unterhalt, Versorgungsausgleich und Gebührenordnung. Auch steht eine kostenlose 18seitige Leseprobe zum Download bereit.



Veröffentlicht unter [Menschen](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Immer wieder Geld

Publiziert am [24. Oktober 2010](#) von [admin](#)

Alles auf dieser Welt dreht sich um Geld und wenn jemand behauptet das dieses nicht so ist, dann ist er so verlogen wie die meisten Menschen auf dieser Welt, die nicht sagen wollen wie sie wirklich denken.

Es gibt unterschiedliche Formen an Geld zu kommen. Die in Deutschland immer noch verbreiteste Form ist durch tägliche Arbeit seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, nur zu Reichtümer ist auf diese Weise noch keiner gekommen. Es gibt jedoch Möglichkeiten seinen Verdienst zu steigern und dabei möglichst wenig zu arbeiten, denn harte Arbeit wird immer am schlechtesten bezahlt. Die ehrlichste Form ist eine überdurchschnittliche Intelligenz, doch diese besitzen nur die wenigsten. Viel mehr werden gut bezahlte Positionen durch „anhängen an Vorgesetzte“ belegt, durch sogenannte „Ziehväter“ erreichen sie ihre „Ziele“ und haben für sich erst mal ausgesorgt. Dieses Verhalten der Beschäftigten ist in

vielen Firmen als normal zu bezeichnen und hat mit Mobbing nichts zu tun. Der eine kann eben gut „schauspiellern“ und der andere bleibt lieber so wie er wirklich ist. Die Welt ist so, dass Ehrlichkeit zu keinen Vorteil führt sondern nur die „verlogene Schönschwätzeri“. Allerdings ist hier der Weg zum Betrug nur eine Gradwanderung und evtl. unangenehme Nebenerscheinungen sind nicht auszuschließen, egal wie diese auch aussehen werden.

Der Beruf eines Politikers ist immer eine Gradwanderung, denn hier ist „Schönschwätzen“ besonders gefragt. Um im Zusammenhang mit seiner Partei gewählt zu werden, ist erst mal jedes Mittel recht. Das Volk möchte positives hören und keine „Schwarzmalerei“, auch wenn dieses die Wahrheit wäre. Wenn später die negative Wahrheit eintritt, ist es dem Politiker auch ziemlich egal. Denn in seiner Position passiert ihm finanziell nichts, er und seine Partei wird abgewählt oder er dankt freiwillig ab (gibt er natürlich nicht zu). Er bekommt reichlich Ruhegeld vom Steuerzahler und wenn er möchte noch zusätzlich einen gut bezahlten Posten in der freien Wirtschaft, denn er kann ja „Schönschwätzen“.

Nicht selten werden Managerposten von Leuten bekleidet die aus der Politik hervorgegangen sind, oder Personen die entsprechende Beziehungen zu Hauptaktionären besitzen. Hier sind teilweise Verträge zwischen Wirtschaft und Managern abgeschlossen worden, die ein normal denkender Bürger nicht verstehen kann. Manager können eine Firma „vor die Wand fahren“, Tausende von Beschäftigten in die Arbeitslosigkeit stürzen, die Firma mit staatlichen Subventionen wieder aufbauen lassen und dafür Millionen an Abfindung kassieren um anschließend dann als Multimillionär in südlichen Kontinenten das Leben ruhig ausklingen zu lassen.

Aber es gibt noch andere Möglichkeiten an Geld zu kommen, die jedoch nicht so ganz mit dem Gesetz in Einklang zu bringen sind. Da gibt es Betrügereien oder Diebstähle und ähnliches. Es gibt den legalen Betrug, den „ausgewählte Personen“ begehen dürfen und den Gesetzeswidrigen. Wer so intelligent ist einen gesetzeswidrigen Betrug zu begehen ohne das die Staatsmacht dieses verhindern kann, der soll dann auch die gleichen Vorteile nutzen wie der staatlich geduldete Betrüger. Denn zahlen muss in beiden Fällen der normale Bürger mit immer höheren Abgaben, egal in welcher Form, denn so ist unser Staat.

Es gibt dann noch so kleine legale Betrügereien von „kleinen Leuten“ um an Geld zu kommen, indem mit den Gefühlen anderer gespielt wird. Hier wird eine Person ausgeguckt, die vermeintlich ein bisschen Geld gespart hat. Es wird Liebe und eine gemeinsame Zukunft vorgespielt, nur mit dem Ziel möglichst viel von dem Ersparten zu bekommen. Gerade Menschen mit einer labilen psychischen Verfassung sind hier sehr anfällig. Diese kleinen Betrüger finanzieren damit dann häufig ihren Lebensunterhalt und unterstützen ihre Angehörigen, denn es ist so wahrscheinlich einfacher als zu arbeiten.

Auch ältere Menschen sind für Betrug anfällig, auch dieser Betrug ist legal. Oft aus Einsamkeit heraus werden hier Beziehungen zu Menschen geknüpft die nur das Geld möchten. Hier sind teilweise ältere Personen bereit für ein paar nicht ernstgemeinte Unterhaltungen (Schönschwätzeri) ihre monatliche Rente herzugeben.

Als Fazit bleibt jedoch; wenn der Normalbürger nicht eine „zündende Idee“ oder irgendeinen „Förderer“ hat, einen größeren Lottogewinn oder Erbe bekommt, kein

Politiker oder Manager wird, nicht das Talent zum Supersportler oder Spitzenmusiker hat und „ehrlich“ bleiben möchte wird er nie zu „Geld“ kommen.

Veröffentlicht unter [Menschen](#) | [1 Kommentar](#)

Volksmeinung und Verordnungen

Publiziert am [16. Oktober 2010](#) von [admin](#)

Immer wenn Meinungsumfrageinstitute eine Umfrage zu irgend einem Thema starten um die derzeitige Volksmeinung zu spiegeln, melden sich irgendwelche Politiker zu Wort. Sie wollen Polemik betreiben, ihre Daseinsberechtigung zeigen oder polarisieren. Sie wollen zeigen, dass sie das Sprachrohr der mehrheitlichen Volksmeinung sind. Doch was hat dieses für einen Sinn? Gar keinen, denn diese redefreundlichen Politiker unterliegen genau so einem Fraktionszwang wie ihre weniger redseligen Kollegen, die nur an ihre Altersabsicherung denken. Wahrscheinlich ist es noch nicht einmal die eigene Meinung des Politikers, sondern eher nur eine publikumswirksame Darstellung. Inwieweit überhaupt ein Politiker seine eigene Meinung innerhalb des politischen Systems äußern kann, hängt davon ab wie die „eigenen Meinungen“ mit den parteilichen Gesamtinteressen zu vereinbaren sind. Spätestens wenn es um den Aufstieg innerhalb der parteilichen Hierarchie geht, wird sich zeigen ob eine „öffentliche Meinungsäußerung“ schädlich war.

Ein weiteres Thema sind Verordnungen und Gesetze die in erster Linie den Umsatz (und den damit verbundenen Gewinn) von Industrie und Gewerbe fördern sollen. Hier zeigt sich deutlich welche Machtstellung das Kapital in unserem politischen System besitzt. Ein neues Beispiel ist die Verschärfung der Verordnung zur Winterbereifung. Natürlich werden hier von Politikern Sicherheitsgründe angeführt, aber war die bestehende Verordnung denn nicht schon ausreichend genug? Für die Reifenindustrie und den Gewerbeunternehmen wahrscheinlich noch nicht. Denn durch die gesetzliche Verschärfung der Verordnung winken der Industrie und den Werkstätten wieder enorme Gewinne. Das Kapital hat sich mal wieder gegen den kleinen Bürger durchgesetzt, der für seine neue Bereifung sparen muss. Oder er verbessert mit seinem Bußgeld das Staatseinkommen, vielleicht wollten die Politiker ja auch dieses erreichen?

Veröffentlicht unter [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Umstrukturierung

Publiziert am [13. Oktober 2010](#) von [admin](#)

In der heutigen Zeit strukturieren Firmen sehr gerne um, dieses geschieht ca. in einem zwei bis fünf Jahres Rhythmus, je nachdem wie das Unternehmen es gerade braucht. Dieses kann unterschiedliche Gründe besitzen, der schlechteste davon ist eine Unternehmensredzierung über betriebsbedingte Kündigungen. In dieser Form stößt sich das Unternehmen auf Kosten der Belegschaft gesund. Aber es gibt noch andere Möglichkeiten und wenn hier, z. B. bei einer Aktiengesellschaft, nur dem Aufsichtsrat eine Kostensenkung glaubhaft erklärt werden soll, die vielleicht in den Bilanzen noch irgendwo zu finden ist, jedoch in Wirklichkeit nicht existiert.

Vielleicht sollen auch nur ein paar unpassende leitende Angestellte ihrer Ämter

enthoben werden und da kommt so eine Umstrukturierung gerade mal recht. Dabei werden dann gleichzeitig in der Hierarchie weiter unten angesiedelte Führungskräfte ebenfalls ausgetauscht. Diese „abgesetzten“ Führungskräfte geht es jedoch meistens genauso wie unbeliebten Politikern, sie fallen alle weich. Es werden für diese „ehemaligen“ Führungskräfte, egal in welcher Hierarchie sie standen, irgendwelche Stellenbezeichnungen geschaffen die ihre bestehenden Gehälter rechtfertigen sollen. Allerdings besitzen sie dann keine Weisungsbefugnisse mehr und irgendeine Verantwortung, ihrer Gehälter entsprechend, ist auch nicht mehr vorhanden. Weil dieses aber nun mal alles Menschen sind, und diese unterschiedlich sind, kommt der eine gut mit der neuen Situation zurecht und dem anderen fehlt natürlich seine ehemalige Machtstellung weil er sich eigentlich bewogen fühlt andere Menschen „zu leiten“ mal vorsichtig ausgedrückt.

Natürlich sind die ehemaligen „Führungskräfte“ nicht eingespart, denn sie sind durch andere ersetzt worden, evtl. in einer noch größeren Häufigkeit mit noch „dickeren“ Gehältern. Jetzt stellt sich natürlich die Frage: Wer soll dieses alles finanzieren? Denn es sollen ja Kosten reduziert werden und nicht erhöht. Es wird, so wie es in unserer deutschen Gesellschaft üblich ist, bei der eigentlich arbeitenden Belegschaft gespart, denn nur die Masse bringt den Gewinn. Die Mitarbeiter, die in dem Gehaltsgefüge sowieso unten sind und eigentlich den Hauptbeitrag für den Firmenerfolg tragen, werden noch mal Einsparungen abverlangt. Denen wird von oben erzählt, wenn sie nicht bereit sind zu Verzichtern dann sind ihre Arbeitsplätze gefährdet und die Arbeitslosigkeit droht. Hierbei sollten die „Erzähler“ aber auch bedenken, dass ihre hoch dotierten „Pöstchen“ dann ebenfalls endgültig erloschen sind.

Welche Rolle spielt hier eigentlich der Betriebsrat? Hier ist erst mal zu sagen, dass der Betriebsrat ebenfalls aus „Menschen“ besteht und diese denken erst mal an sich. Betriebsrat ist so eine Position die sich beruflich für andere einsetzen sollen, jedoch erst mal an sich selber denken und dieses ist normal, denn die Menschen sind so. In dieser geschilderten Situation hat es ein Betriebsrat aber auch besonders schwer, denn er vertritt im allgemeinen die „abgesetzten Führungskräfte“ genau so wie die übrige Belegschaft. Ihm kann schwer zugemutet werden, dass er sich für das Unternehmen einsetzt und verlangt das die „Ehemaligen“ eine Gehaltskürzung bekommen sollen, obwohl dieses in vielen Fällen richtig wäre. Das Einsetzen für die schlechtbezahlte Masse bringt für den Betriebsrat kaum Erfolg, denn hier droht das Unternehmen mit betriebsbedingten Kündigungen und schon ist bei dem Betriebsrat die Luft raus, denn er hat dann mal wieder keine Argumente. Der Betriebsrat kann vielleicht über irgendwelche Prämiensysteme mit dem Unternehmen diskutieren, dann bekommt er von dem einen oder anderen evtl. auch eine Wählerstimme, dem das ausgehandelte System persönlich passt.

Sollte ein Mitarbeiter mal arbeitsrechtliche Schwierigkeiten mit dem Unternehmen bekommen ist er gut beraten hier nicht den Betriebsrat zu konsultieren, sondern sofort anwaltliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Denn den meisten Betriebsräten fehlen die dafür erforderlichen juristischen Fähigkeiten und können einen gut gemeinten aber evtl. falschen Rat erteilen.

Wieder war der 3. Oktober

Publiziert am [4. Oktober 2010](#) von [admin](#)

Wieder einmal war der 3. Oktober und wieder klopfen sich die deutschen Politiker gegenseitig auf die Schulter über ihrer immensen Leistung die sie zur Wiedervereinigung vollzogen hatten. Doch warum kam diese Wiedervereinigung zustande? Damals zerbrach die UDSSR mit einem Staatsoberhaupt der sich der westlichen Welt öffnete. Der "kalte Krieg" zwischen Ost und West neigte sich dem Ende, der Kommunismus zerbrach. Es war Gorbatschow der den Weg zur Wiedervereinigung ebnete. Mit den Problemen im eigenen Land und den nach Selbstständigkeit drängenden Satellitenstaaten der UDSSR gab Gorbatschow die DDR frei. Das Land war runtergewirtschaftet, marode und große Deviseneinnahmen waren für die Sowjetunion zukünftig nicht mehr zu erwarten. Aufgrund der eigenen innerpolitischen sowjetischen Probleme, die mit Abrüstung verbunden waren, verlor die DDR auch die strategische Wichtigkeit. Die einzigsten die noch an dem DDR-Staat festhielten waren die unbelehrbaren Politbüromitglieder, die aber ohne sowjetischen Rückhalt keine Macht mehr über das Volk besaßen. Im Prinzip war es nur eine Frage der Zeit, dass Deutschland wiedervereint wurde. Für die damaligen verantwortlichen deutschen Politiker war es eine gute Gelegenheit Wahlpropaganda zu betreiben und ihre eigene Machtstellung zu festigen bzw. zu erhöhen. Auch die westlichen Unternehmen profitierten ordentlich mit der Wiedervereinigung und fuhren die größten Gewinne ein.

Aber was war mit den Bürgern? Für die jungen Leute begann die Westflucht, im Westen gab es bedeutend mehr Arbeitsstellen und höhere Löhne. Die westlichen Bundesländer führten über den Länderfinanzausgleich große Summen an Gelder in die neuen Länder ab. Der Solidaritätszuschlag für alle wurde eingeführt und die Sozialversicherungsträger hatten mehr Menschen mit Kranken- und Rentenzahlungen zu versorgen. Es wurden 5 neue Bundesländer geschaffen mit natürlich wieder vielen Politikjobs und den neuen Politikern ging es schnell genau so gut wie den Politikern in den alten Ländern. Dann waren die Politiker mal wieder dem Volk weit voraus, mit Gehältern, Ruhegeldzahlungen und den üblichen Vorteilen eines Politikers gegenüber dem Normalbürger.

Es stellt sich wieder einmal die Frage: Warum loben sich die Politiker gerne und warum reden die soviel, ohne etwas zu sagen? Geht es bei einem Politiker schief passiert diesem doch nichts, außer den Verlust seiner Machtstellung. Er bekommt fürstliche Ruhegeldbezüge und wenn er möchte noch einen lukrativen Job in einem renommierten Unternehmen.

Veröffentlicht unter [Politik](#) | Kommentare deaktiviert

Neue Hartz 4 Diskussion

Publiziert am [27. September 2010](#) von [admin](#)

Neue Hartz 4 Diskussion

[5Euro](#) Was derzeit bei den Parteien um Hartz 4 in Deutschland abläuft, ist mehr als lächerlich. Das eine monatliche Erhöhung um 5 Euro ein Witz ist, darüber brauchen wir nicht diskutieren, dieser Betrag hilft keinem weiter. Aber die Parteien Polemik stinkt, hier prangern die Oppositionsparteien Hartz 4 und die geringe Erhöhung an, haben jedoch Hartz 4 mit den niedrigen

Sätzen selber eingeführt. Damals hat eine Partei, die sich selber für sozial hält, Hartz 4 eingeführt und den kapitalfreundlichen Parteien die Drecksarbeit abgenommen. Die heutigen Regierungsparteien freuen sich diese Regelung nicht eingeführt zu haben und können getrost ihrer Vorgängerregierung den schwarzen Peter zuschieben. Das bei dem Schuldenberg den die Regierungen in den vergangenen Jahren angehäuft haben keine großen sozialen Wohltaten mehr möglich sind, müsste jedem klar sein. Inwieweit diese enorme Neuverschuldung in den letzten Jahren wirklich notwendig war ist nicht richtig nachvollziehbar, es waren teilweise Politiker-Schnellschüsse die evtl. vermeidbar waren, wenn nicht der Blick auf Wählerstimmen gewesen wäre.

Heute bemüht sich die SPD mit viel Polemik ihre damaligen Hartz 4 Fehler auszubügeln, doch inwieweit ist diese Partei noch glaubwürdig? Hier steht das Prinzip: "Wem interessiert was ich gestern gesagt hatte, nur was ich heute sage ist richtig".

Welche Partei ist denn heute noch sozial eingestellt? Der Staat ist hochverschuldet und das Kapital bestimmt im Hintergrund das politische Geschehen. Hier geht es doch bei den Parteien nur noch darum, welche Klientel könnte mich denn evtl. wählen? Also reden wir so wie unsere vermeintlichen Wähler es hören möchten. Die Wahlbeteiligung interessiert den Politikern ebenfalls nicht wirklich, Hauptsache sie bekommen ihre Posten, Gehälter und Ruhebezüge.

Neben Hartz 4 wurde auch noch die Lebensarbeitszeit mit stetig sinkenden Rentenbezügen verlängert, auch dieses war eine soziale Meisterleistung der Politiker. Denn welche Berufsgruppe kann denn bis 67 arbeiten? Vielleicht Dachdecker, Maurer, Straßenarbeiter, Gerüstbauer? Nein, hier sollte eine versteckte Rentenkürzung geschaffen werden, denn wer es nicht schafft bis 67 zu arbeiten bekommt den entsprechenden Abschlag und bekommt ein Ruhegeld welches gering über den Sozialhilfesatz angesiedelt ist. Nur die Politiker, die diese Gesetze verabschieden, erhalten bereits nach 8 Jahren (2 Legislaturperioden Bundestag oder Landtag) ein fürstliches Altersruhegehalt. Ja, dass ist der Vorteil wenn man sich seine eigenen Gesetze basteln kann. Nur leider kann nicht jeder Politiker werden, denn wer soll dann noch arbeiten und den Staat aufrecht erhalten?

Admin

hier weiter mit Politik ["unser Staat ist schön"](#)

Veröffentlicht unter [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Menschen

Publiziert am [27. September 2010](#) von [admin](#)

Wie sind Menschen?

Jeder Mensch denkt zuerst an sich und sein Wohl. Berufsgruppen wie z. B. Politiker, Gewerkschaftsführer, Betriebsräte, Pastoren oder ähnliches haben es hier besonders schwer. Berufsbedingt müssen diese dem Volk vormachen, dass sie sich nur für den Bürger einsetzen und ihr ganzes Streben und persönlicher Einsatz zum Wohle der Menschen ist. Das gilt für jede dieser Berufsgruppen

allerdings nur speziell innerhalb ihres Aufgabengebietes. Es ist nicht so einfach, hier den Menschen zu erzählen wie wichtig sie sind und wie viel Gutes sie doch für jeden machen, doch dabei im Prinzip nur an ihr berufliches Weiterkommen denken und an ein damit verbundenes immer höheres Einkommen. Denn die Menschen dieser Berufsgruppen die sich zum Wohle der anderen verpflichtet fühlen, leben meistens viel besser als die Menschen für die sie sich beruflich zuständig fühlen.

Die Lehre nach Marx und Engels beschreibt die Gleichheit der Menschen, doch die Menschen sind nicht so, daran ist der Kommunismus gescheitert. Eine Gleichheit im Kapitalismus ist noch weniger denkbar und durchführbar, doch ich würde mir ein wenig mehr soziale Gerechtigkeit wünschen und eine etwas kleinere Ellenbogengesellschaft die vor allem nicht so verlogen ist. Es ist nun mal so, dass auch die Menschen die vorgeben sich für die sozial Schwachen einzusetzen, selber im Reichtum leben.

Es ist für die Menschen jedes Mittel Recht an Macht und Geld zu kommen. In Firmen wird bei den Vorgesetzten „an den Jacken gezogen“ um etwas mehr Gehalt und Macht über andere Mitarbeiter zu bekommen, es ist widerlich so etwas zu sehen. Politiker und Gewerkschaftsführer versuchen mit Lügen sich selber zu übertreffen, nur um noch mehr Geld und Macht zu bekommen. Hierbei ist das Widerliche, dass diese Leute auch noch behaupten „es ist zum Wohle des Volkes“. Wenn die „Lügen“ irgendwann auffallen, sind diese Wesen schon längst saniert und leben in ihrem „wohlverdienten“ Ruhestand, finanziert aus Steuergeldern oder Gewerkschaftsbeiträgen. Das Volk, oder bzw. die Arbeitnehmer interessieren diesen Leuten dann sowieso nur noch einen Dreck.

Wer trauert um einen anderen Menschen?

Trauer ist oft verlogen, so wie die ganze Welt ist.

Trauer empfindet der Mensch, der einen Menschen verlor von dem er abhängig war.

Trauer empfindet der Mensch, der einen Menschen verlor für den er finanziell zuständig war.

Hier muss jeder für sich selber entscheiden, was hier gelogen ist. Weiter möchte ich mich hierzu nicht äußern.

Admin

Veröffentlicht unter [Menschen](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Unser Staat ist schön? Und natürlich Politiker!

Publiert am 6. Mai 2010 von [admin](#)

Nur eine Kurzversion, über dieses Thema könnten 1.000 Seiten geschrieben werden

Unser Staat ist schön?

Ist unser Staat wirklich so schön? Dieser ist so aufgebaut, dass immer eine

Person gesucht wird, die für eine andere zuständig ist. Das Motto lautet: zuständig und abziehen. Unser Sozialstaat hat mit Sicherheit seine Berechtigung und im Grundsatz ist dieses auch als gut zu bezeichnen. Doch wenn zu den Gesamtabgaben des einzelnen dann enorme Individualabgaben für irgendwelche Familienmitglieder hinzukommen (wozu die betreffende Person nichts kann, denn diese kann nichts dazu das die Familienmitglieder vorhanden sind) stellt sich die Frage: Was ist das für ein Sozialstaat?

Es könnten hier viele einzelne Schicksale beschrieben werden, doch es ist nur Grundsätzliches zu nennen:

Heirat:

Heirat ist im Sinne des Gesetzgebers nur ein Finden von Zuständigkeiten. Hier soll eine finanziell etwas stärkere Person für die etwas schwächere zuständig sein. Dabei spielt zunächst keine Rolle wie groß der finanzielle Unterschied ist. Im Falle einer Scheidung sind Beamte kostenpflichtig damit beschäftigt diesen Unterschied bis in das Kleinste zu errechnen (gesetzlicher Versorgungsausgleich zum Schutz des Staates oder bzw. und berechnete oder unberechnete Unterhaltszahlungen, dem Staat ist es egal Hauptsache er findet jemand der zahlt). Das Ergebnis ist dann „zuständig und abziehen“.

Familie:

Die Zuständigkeiten betreffen sowohl Kinder als auch Eltern. Hierbei ist es für den Gesetzgeber egal, wie das Verhältnis untereinander ist oder bzw. war. Es kann herzlich oder verlogen und grausam gewesen sein. Für den Staat ist nur wichtig das er ein verwandtschaftliches Verhältnis zum zahlen findet. Sei es für Eltern in Heimen oder für Kinder die keine Lust zum arbeiten haben.

Wer führt und lenkt denn diesen Staat? Natürlich die Politiker, auch wenn die Wirtschaftsmacht im Hintergrund nicht ganz unbeteiligt ist.

Politiker:

Welche Beweggründe können vorliegen Berufspolitiker zu werden? Es kann Machtbesessenheit sein, doch hier bedenken die meisten nicht das es ähnlich ist eines Fußballprofis, nur die wenigstens schaffen den Sprung nach ganz oben. Denn dazu gehören neben überdurchschnittlichen Leistungen auch die entsprechenden „Ziehväter“.

Oder es ist der Wunsch nach einer guten Altersabsicherung, denn schon nach zwei Legislaturperioden ist dem Politiker ein fürstliches Altersruhegeld sicher. Hier bedarf es auch keine überdurchschnittlichen Leistungen, es genügen „politische Ziehväter“, rhetorische Fähigkeiten und engagierte Parteiarbeit.

Ein Politiker zeichnet sich aus, indem er viel redet, aber nichts sagt. Diese Verhaltensweise ist besonders für Politiker interessant, die eine Politiklaufbahn in erster Linie wegen der zu erwartenden Ruhebezüge eingeschlagen haben. Hierbei kann kein parteischädigendes Verhalten dem Politiker zum Vorwurf gemacht werden und der eine oder andere im Volk denkt „dieser Mann hat ja eine Aufgabe und somit seine Berechtigung aus Steuergeldern seinen Gehalt zu beziehen“. Politiker die an die Macht möchten, müssen jedoch schon mal konkret werden. Dazu

gehört allerdings der volle Rückhalt der Partei und Themen die genau den Zeitgeist treffen. Politik ist leider oft ein Tagesgeschäft und die Bürger sehen oft nur dieses, weil zu wenige über den Tellerrand hinausblicken.

Es ist nicht schwer die Reden der Politiker zu verfolgen, ein Politiker redet insbesondere vor Wahlen immer positiv, so wie es im Interesse seiner Partei ist, die natürlich immer hofft an die Macht zu kommen. Wenn die Macht erreicht ist und die ganzen Versprechungen nicht eingehalten werden können, dann sind wiederum geschickte rhetorische Redewendungen erforderlich um irgendwelche Begründungen glaubhaft erscheinen zu lassen. Dabei ist es für den Wähler, sprich das Volk, ganz einfach bereits im Vorfeld von Wahlen zu wissen welche Belastungen und Ärgernisse zu erwarten sind. Es ist nur erforderlich die Verhaltensweisen von den Parteien, insbesondere von den in Regierungsverantwortung stehenden Parteien, zu beobachten. Wird mit Steuergeldern und Sozialversicherungseinnahmen unwirtschaftlich, um nicht zu sagen „verantwortungslos“ umgegangen, kann nur die Folge soziale Einschnitte bedeuten. Diese können dann Steuererhöhungen, Rentenkürzungen, Lebensarbeitszeitverlängerung, Einschnitte im Gesundheitswesen oder sonstige von „Experten“ ausgearbeiteten „Staatseinnahmegeldquellen“ sein. Hierbei hat die Politik auch noch zu beachten, dass Unternehmen von den Einschnitten ausgenommen sind, denn bei einer globalen Weltwirtschaft ist das Verlagern von Produktionsstätten (und somit Arbeitsplätze) in sogenannte Billiglohnländer für Großunternehmen kein „nicht zu überwindendes Hindernis“. Auch sind Parteien und Politiker immer gehalten „Europafreundlich“ zu erscheinen und nichts zu unternehmen was auch nur in der kleinsten Form nicht mit irgendeiner EU-Richtlinie konform sein könnte.

Es wird gerne von Parteien Millionen Euros für Wahlwerbung ausgegeben, dann wird dem Volk in Tausenden Werbespots und Millionen von „Kopfplakaten“ ein positives Parteienverhalten eingeblendet. Hier gäbe es schon einmal ein erstes kleines Einsparungspotential, aber Politiker stellen sich ja auch gerne positiv ins Licht, jedoch ob so etwas mit Kopfplakaten zu erreichen ist, ist zumindest zweifelhaft. Parteien können auch zwei Programme besitzen, ein Programm für „vor der Wahl“ und ein nachhaltiges Programm als Grundlage für die Regierungs- bzw. Oppositionsarbeit, welches dann schon realistischer geschrieben ist. Den Unterschied glaubhaft zu erklären ist dann die rhetorische Arbeit der Politiker.

Leider sind politische Verhaltensweisen, speziell in der Sozialpolitik, nicht weitreichend genug, hier wird oft nur in einer Legislaturperiode gedacht. Es sind in der politischen Vergangenheit bei diesem wichtigen Thema schon zu viele Fehler bei den Ausgaben (Zweckentfremdungen und unwirtschaftliches Verhalten bei Sozialversicherungseinnahmen) und Aussagen gemacht worden, z. B. die Blümsche Aussage „die Renten sind sicher“, damit meinte er zwar nur seine Legislaturperioden ohne dieses zu sagen, aber es hatte weitreichende Folgen. Hier ist grundlegende Ehrlichkeit aller Politiker gefordert und „Schönschwätzererei“ völlig falsch am Platz. Verständnis aufbringen sollte man für „von außen hereingetragenen Problemen“, hier ist der Einfluss der Weltpolitik für das kleine Deutschland zu groß, sodass Politiker wirklich Einfluss nehmen könnten. Jedoch sollte zumindest von unseren Politikern erwartet werden, dass erhöhte Abgaben für die von außen herangetragenen Problemen dem Bürger erspart bleiben. Also ein verantwortungsvolles Verhalten mit dem Umgang von Steuergeldern und Sozialversicherungseinnahmen. Jedem Politiker sollte auch bewusst sein, dass die heute gemachten sowie die zukünftigen Schulden von mehreren Generationen

zurückzuzahlen sind, deshalb sollte von Politikern eigentlich erwartet werden über die derzeitige Legislaturperiode hinauszublicken. Des Weiteren sollten sich mal alle Parteien und Politiker mehr Gedanken machen, warum mittlerweile die „Nichtwählerpartei“ stärkste Fraktion ist. Aber dieses schmälert bis jetzt noch nicht die Gehälter, Ruhegeldzahlungen und Macht der Politiker.

Wichtig und nicht zu unterschätzen ist der Mitarbeiterstab eines Politikers, hier entstehen Reden und Vorgehensweisen. Nur ein Politiker der gut beraten ist, kann mit seinen Äußerungen nachhaltige Wirkung erzielen. Politikposten sind austauschbar, ein Politiker kann während seiner Laufbahn die unterschiedlichsten Positionen einnehmen und kein Mensch ist auf allen Ebenen ein Spezialist. Desto wichtiger sind fachlich spezialisierte Mitarbeiter, die den Politiker richtig beraten sodass dieser kompetent redend in der Öffentlichkeit auftritt. Fraglich wird es, wenn Gesetzesvorlagen von fachlich kompetenten Politikmitarbeiterstäben ausgearbeitet werden, diese dann von Politikern verabschiedet, aber vor dem Bundesverfassungsgericht nicht standhalten. Hier kann entweder der Mitarbeiterstab nicht alles bedacht haben, oder die Politiker verfolgen die Schiene „erst mal versuchen und dann schauen“, vielleicht berücksichtigt das Verfassungsgericht die Meinung der in Regierungsverantwortung stehenden Parteien.

Vielleicht denkt auch nicht jeder Politiker nur an seine Altersbezüge und möchte wirklich etwas bewegen. Doch das ist ein schwieriger und steiniger Weg, der fast aussichtslos zu gehen ist. Politik besteht nur aus Kompromissen (das muss auch so sein, denn sonst ist es eine Diktatur und diese Staatsform kann nicht als erstrebenswert bezeichnet werden), denn erst mal ist es die eigene Partei, dann die Fraktion, dann der Koalitionspartner, die Opposition, der Bundestag, der Bundesrat usw. die alle einbezogen sind und einige dieser Gremien sind zu überzeugen. Welche Gremien zu überzeugen sind, kommt zudem noch auf die derzeitige politische Konstellation und die dazu passende eigene Parteizugehörigkeit an.

Es bleibt jedoch festzuhalten, dass wir in einem relativ freien Staat leben und hier schon fast eine Vorbildrolle in der Welt einnehmen. In vielen Staaten dieser Welt ist es leider nicht so. Es gibt hier zwar einige unnötige Gesetze und Verordnungen die aus Klientelwünschen entstanden sind, doch mit denen wir leben können zumal so einige Gesetze und Verordnungen sowieso nicht überwacht werden können oder auch gar nicht überwacht werden wollen. Unser Staat ist relativ frei, weil wir aus der Diktatur gelernt hatten und nach 1949 auch mal wechselnde Regierungen vorhanden waren, denn jede Regierung hatte neben den schlechten Gesetzen auch mal etwas positives erreicht. Aufpassen bei ihrer Gesetzesfindung sollten jedoch die demokratischen Parteien, dass nicht eine nicht zu unterschätzende Minderheit eine außerparlamentarische Opposition bildet, ähnlich der APO in den 60er Jahren, sodass volksnahe Politik außerhalb der Parlamente geschieht. Denn dieses kann das Ende einer „ruhigen Politik“ für so manchen verwöhnten Berufspolitiker bedeuten.

Gesetze und Verordnungen:

Zu den Hauptaufgaben der Politiker gehört es, Gesetze und Verordnungen innerhalb der parlamentarischen Reglementierungen zu erlassen. Hierbei wird gerne immer wieder eine neue Verordnung zu den bereits bestehenden Gesetzen

bzw. Verordnungen hinzugefügt. Teilweise werden Gesetze verabschiedet oder Verordnungen erlassen die vielleicht noch irgendwo einen unwichtigen Sinn ergeben, doch kaum einen Nutzen. Es sind Reglementierungen die keiner überwachen kann, denn die Millionen an Euro für das benötigte Überwachungspersonal stehen nicht zur Verfügung. Das ist auch gut so, denn dieses ist so unwichtig und hat eigentlich nur die Aufgabe von wirklichen und großen Problemen des Staates abzulenken. Es ist mit Firmen zu vergleichen die in der Führungsetage die tollsten Ideen entwickeln, aber kein Personal besitzen die dann diese „Ideen“ umsetzen.

Des Weiteren entstehen Gesetze und Verordnungen die nur zum Vorteil einer bestimmten Klientel ausgerichtet sind. Diese Gesetze entstehen durch die parlamentarische Zusammensetzung, denn häufig besteht eine Regierungsbildung aus einer Volkspartei und einer Klientelpartei. Hierbei werden dem kleinen Koalitionspartner schon mal Zugeständnisse gemacht, damit größere Gesetzesvorhaben gemeinsam die parlamentarischen Hürden überstehen.

Gerne werden auch Gesetzesformulierungen „schwammig“ ausgelegt, damit Gerichte, Rechtsanwälte und Steuerberater im nachhinein noch reichliche Beschäftigung finden. Somit wird sichergestellt, dass tausende von Beamten, Freiberuflern und Angestellten des Gerichts-, Rechts- und Steuerwesens eine dauerhafte Beschäftigung und damit verbunden ein gesichertes Einkommen gewährleistet bleibt. Auch andere Wirtschaftszweige können evtl. davon profitieren, Banken, Versicherungen und Unternehmen absteigend bis zum kleinen Handwerksbetrieb.

Auch ist die Steuergesetzgebung so verändert worden, dass bis zum Tod eine Steuererklärung zu verfassen ist, was im Klartext heißt: Auf dem Sterbebett liegend kommen noch Beamte zur Vollzugsvollstreckung.

Schwierig ist die Situation für Politiker mit der „Entscheidung nach bestem Gewissen“, denn es gibt noch eine Fraktion und parteiliche Interessen stehen ja auch an. Es stellt sich aber noch eine ganz andere Frage mit dem Gewissen: Ist überhaupt ein Mensch mit seinem Gewissen dazu in der Lage die Interessen (und das Gewissen) von Millionen Menschen zu vertreten? Muss sich hier nicht jeder selber sagen „damit bin ich hoffnungslos überfordert“?

Für wirklich wichtige Entscheidungen, die ein ganzes Volk bewegen können, kann eigentlich nur eine Volksentscheidung herangezogen werden, ähnlich dem Schweizer Vorbild, nur so ist „echte“ Demokratie zu leben. Das Beste was unsere Volksvertreter je mal schaffen könnten, wäre eine Grundgesetzänderung die eine Volksentscheidung zulässt. Hier könnte Politikverdrossenheit aufhören und das Bild des Politikers in der Öffentlichkeit enorm aufgewertet werden, das Vertrauen in die Politik steigt.

Es ist menschlich schon nachvollziehbar, dass ein Politiker am liebsten so reden würde wie in dem zeitlosen Video von Lorient.

[Politiker Karl-Heinz Stiegler MdB, Lorient](#)

Unser Staat ist schön? Alles zum Wohl des Volkes? Alle Macht geht vom Volk aus?

Europa Politik

Wofür sind unsere hochbezahlten Politiker in Brüssel zuständig, außer große Gehälter aus deutschen Steuereinnahmen zu beziehen und überdurchschnittlich gut zu leben?

Eigentlich sollten diese für eine Vereinfachung und in vielen Angelegenheiten eine Angleichung der unterschiedlichen Gesetzgebungen innerhalb der europäischen Staaten Sorge tragen. Deshalb werden unzählige EU-Richtlinien erlassen, woran sich viele Staaten nicht halten müssen bzw. wollen. Nur die deutschen Parlaments-Politiker sind immer der Meinung, jede EU-Richtlinie (sei diese noch so sinnlos und unwichtig) schnell in deutsches Recht umzusetzen. Dieses ist ein weiterer Grund das wir immer einen größeren Wust an Gesetzen und Verordnungen bekommen, wobei selbst Juristen kaum noch durchblicken.

Aber es ist für die abgesandten Europa-Politiker natürlich viel einfacher und bequemer sich mit Richtlinienvorlagen zu beschäftigen, die z. B. vorschreiben sollen wie viel Rollstuhlfahrer in einen Linienbus mitgenommen werden dürfen, oder eine Gehörschutzrichtlinie für Theatermusiker als mit wirklich schwerwiegenden Themen.

Atomkraftwerk

Ein großes Thema ist die europäische Atompolitik, hier wären die Politiker gefordert. In Deutschland streiten sich die Parteien um Laufzeiten der Atomkraftwerke, währenddessen in unseren Nachbarstaaten kräftig weiter Atomstrom produziert wird. Was nützt denn die Abschaltung der AKW in Deutschland, wenn die Nachbarstaaten ihre Atomkraftwerke nicht abschalten? Die Antwort ist: Es nützt nichts, außer das Deutschland mal wieder als Vorreiter agieren möchte, dass wir aber alle mit teurer Energie bezahlen müssen. Hier soll jetzt nicht der Verdacht aufkommen, dass ich die AKW befürworte, nur eine Abschaltung macht so keinen Sinn. Atomare Verseuchung macht nicht vor Staatsgrenzen halt und mir ist es egal ob ich von deutscher oder z. B. französischer Atomstrahlung verseucht werde.

Hier eine europäische Angleichung zu erreichen sollte eine Hauptaufgabe der „Europapolitiker“ sein und wenn dann auch mal ein akzeptables Ergebnis erreicht würde, brauchten die Politiker auch kein schlechtes Gewissen wegen ihrer fürstlichen Gehälter haben.

Der Bundespräsident

Der Bundespräsident ist die ranghöchste Person nach der Verfassung im deutschen Staat. Seine Hauptaufgabe besteht eigentlich den deutschen Staat nach innen und außen zu repräsentieren. Mit der Politik als Tagesgeschäft hat der Bundesspräsident nur noch am Rande zu tun und sein Einfluss ist hier eher als gering einzuschätzen. Es ist zwar seine Aufgabe Gesetzesvorlagen abzuzeichnen, jedoch wird hier im Regelfall für die parlamentarischen Vorlagen entschieden. Es ist der absolute Ausnahmefall, wenn Gesetzesvorlagen durch den amtierenden Bundespräsidenten blockiert werden.

Die in Regierungsverantwortung stehenden Politiker, wünschen sich natürlich einen Bundespräsidenten der ebenfalls ihrer Partei angehört, damit Gesetze hier nicht blockiert werden. Es wäre natürlich wünschenswert, wenn der Bundespräsident vom Volk gewählt werden könnte und nicht von der Bundesversammlung, denn bei dieser Wahl gewinnt immer der Präsidentenkandidat der gemäß seiner Parteizugehörigkeit die meisten Abgeordneten parteimäßig hinter sich vereinen kann.

Als Ideal zu bezeichnen wäre, wenn der Präsidentenkandidat parteilos ist und somit eine parteiunabhängige Freiheit genießt. Hier gibt es dann auch keine moralischen Zwänge, auch wenn das Präsidentenamt als überparteilich gilt.

Weil das Präsidentenamt das höchste Amt im Staat ist und nach einer maximalen Amtszeit von 2 Perioden, insgesamt höchstens 10 Jahre, für den scheidenden Präsidenten nur noch der Ruhestand möglich ist, sollte ein Präsidenschaftskandidat schon ein gehobenes Alter besitzen, auch wenn ein Mindestalter von 40 Lebensjahren gemäß Verfassung ausreichend ist. Auch weil das Amt fast ausschließlich nur repräsentativen Zwecken gilt, sind hier ältere Personen mit viel Lebenserfahrung und überparteilicher politischer Weitsicht wünschenswert. Ein Präsidentenruheständler genießt ein hohes Ruhestandseinkommen mit erheblichen zusätzlichen Vergünstigungen die alle vom Steuerzahler (sprich Volk) aufzubringen sind.

Admin

Veröffentlicht unter [Politik](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

UMTS-Sticks, drahtloses Internet überall?

Publiert am 23. März 2010 von admin

In Deutschland gibt es vier Netzanbieter (Telekom, Vodafone, O2, E-Plus), die drahtloses Internet mehr oder weniger erfolgreich vermarkten. Innerhalb dieser Netze tummeln sich noch etliche Provider die ihre Angebote ebenfalls über diese vier Netze vertreiben. Die Preise sind zum Teil sehr unterschiedlich, jedoch gibt es dabei auch Angebote die auf dem persönlichen Bedarf des Einzelnen einigermaßen abgestimmt sind. Hier muss jeder nach seinem persönlichen

Nutzungsbedarf das entsprechende Angebot wählen. Doch welche Netze bieten einen ausreichenden Empfang mit einer Geschwindigkeit die wenigstens einen einigermaßen vernünftigen Seitenaufbau auch außerhalb der Ballungszentren ermöglichen? Ich habe die vier Netzbetreiber außerhalb der Ballungszentren getestet und habe dabei folgende Erfahrungen gemacht:

- Das Netz der Telekom bietet im Regelfall einen ausreichenden Empfang, doch in ländlichen Gebieten muss einkalkuliert werden das nur ein Empfang mit GPRS Geschwindigkeit (64 kbit) möglich ist, was einen vernünftigen Seitenaufbau kaum zulässt und ein kleiner Download nur mit großen Zeitaufwand zu bewerkstelligen ist.

[Internetseite von der T-Mobile](#)

- Über das Vodafone-Netz gibt es praktisch das gleiche zu berichten. Die Verhaltensweisen der Empfangsmöglichkeiten sind hier fast deckungsgleich.

[Internetseite von Vodafone](#)

- Eine große und äußerst angenehme Überraschung erlebte ich mit O2. Dieser Netzbetreiber hat in seinem Netz so viel investiert, dass hier fast komplett durchgehend eine UMTS-Geschwindigkeit vorhanden ist. Auch in ländlichen Gebieten, jedenfalls dort wo ich mich aufhielt, war immer UMTS-Empfang gewährleistet. Hier eine dicke 1 für O2, es war der beste Netzanbieter.

[Internetseite von O2](#)

- Über E-Plus gibt es leider nur negatives zu berichten. Das Netz ist so schlecht, dass E-Plus besser kein drahtloses Internet anbieten sollte. Abgesehen davon, dass in ländlichen Gebieten nicht unbedingt erwartet werden kann das hier ein Empfang vorliegt, sollte jedoch innerhalb einer Stadt davon ausgegangen werden können. Ich hatte selbst in der Nähe eines Hauptbahnhofes mit E-Plus kein Netzempfang und dafür fehlt mir jegliches Verständnis.

[Internetseite von E-Plus](#)

Als Fazit bleibt hier zu vermerken, dass E-Plus unbedingt in seinem Netz investieren muss sonst haben wir irgendwann nur noch drei Netzanbieter.

Mein persönlicher Rat kann hier nur lauten, für mobiles Internet das Netz von O2 zu wählen und dieses ist keine Werbung. Auch wenn über einen externen Provider mobiles Internet gebucht wird, wäre es ratsam darauf zu achten das der Anbieter über das O2 Netz seine Angebote vertreibt.

[Hier die aktuellen Tarife für Handy und mobiles Internet der Anbieter](#)

Admin

Veröffentlicht unter [Testberichte](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Die Firma und ihre Führung

Publiziert am [18. März 2010](#) von [admin](#)

die Führung. In kleinen Betrieben sind die Führungsaufgaben und damit die Führungsqualitäten fast ausschließlich beim "Chef" angesiedelt. Dieser kann der Inhaber sein oder eine von ihm bestimmte Person. Bei Großbetrieben ist die Führung innerhalb einer bestimmten Hierarchie eingegliedert. Bei Aktiengesellschaften angefangen beim Vorstand mit abwärtsführenden Gliederungen, z. B. Bereichsleiter, Leiter, Teamleiter, Gruppenleiter oder ähnlich so wie gerade die Unternehmensstrategie die Benennungen vorsieht. Bei einer GmbH als Großunternehmen ist statt des Vorstandes eine Geschäftsführung eingesetzt und die absteigenden Ebenen sind ähnlich verteilt.

Die persönlichen Eigenschaften einer Führungsperson können teilweise für den Firmenerfolg ausschlaggebend sein. In den folgenden Ausführungen ist dargestellt mit welchen Eigenschaften das Führungspersonal ausgestattet sein sollte. Dieses beschreibt jedoch nur meine Meinung.

Was ist Führung in einem Unternehmen?

Führung ist die Übertragung der Unternehmensinteressen den Mitarbeitern glaubhaft zu vermitteln.

Welche Persönlichkeitsprofile sind für diese Aufgabe erforderlich?

1. persönliche Kompetenz, gefestigte Charaktereigenschaften
2. Unternehmenserfahrung, auch mit kritischer Blickrichtung
3. überzeugende Vertretung der ihr/ihm aufgetragenen Aufgaben
4. die verständliche Vermittlung dieser Aufgaben, mit glaubhafter Eigenüberzeugung, an jedem Mitarbeiter

Welche persönlichkeitsbezogenen Werkzeuge stehen hier zur Verfügung?

1. Motivierung der Mitarbeiter
2. Gleichbehandlung aller Mitarbeiter
3. Teamfähigkeit vorleben, nicht nur vorreden
4. Eigeninitiative der Mitarbeiter fördern
5. Kontrolle nur wenn nötig, Fingerspitzengefühl
6. Prioritäten abschätzen
7. Entscheidungsfähigkeit

Versuch einer Erklärung der persönlichkeitsbezogenen Werkzeuge

Motivierung:

Den Mitarbeiter nach arbeitsbezogener Persönlichkeit beurteilen können. Welche Stärken, welche Schwächen liegen vor. Die Stärken fördern, mit den Schwächen versuchen umzugehen, ggf. wenn möglich versuchen mit dem erforderlichen Verständnis und Einfühlungsvermögen Hilfe anzubieten (hierbei ist zu Berücksichtigen, dass Hilfe von jedem Mitarbeiter anders gesehen werden kann und die „Hilfe“ persönlichkeitsbezogen einzugliedern ist).

Gleichbehandlung:

Jeder Mitarbeiter muss vom Gefühl erkennen, gleichbehandelt zu werden. Zum Beispiel muss eine Führungskraft im Vorfeld entscheiden, welche Anordnungsform gegenüber seinen Mitarbeitern zu wählen ist. Ist diese Anordnungsform gefunden, sollte diese zu allen gleich sein. Auf keinem Fall ist eine getrennte Anordnungsform zu wählen, dieses kann zu arbeitshemmenden Begleiterscheinungen führen. Im Allgemeinen ist die Duzform dem Teamgeist entsprechender und das Zusammengehörigkeitsgefühl stärker ausgeprägt, eine Entfremdung kann dadurch ausgeschlossen werden.

Teamfähigkeit:

Tisch Firma Hierbei wird von dem Vorgesetzten eine schwierige Gradwanderung verlangt. In Höhe des Teams sollte eine gewisse Gleichstellung zu erkennen sein, jedoch muss ein Vorgesetzter seine Vorstellungen durchsetzen können. In Gesprächen kann hier, insbesondere mit fachlicher Überzeugungskraft, eine übereinstimmende Lösung gefunden werden.

Eigeninitiative:

Die Förderung der Eigeninitiative ist ein wichtiges Element. Durch die Kreativität des einzelnen können Arbeitsergebnisse verbessert, oder sogar neue Möglichkeiten der Arbeitsweisen, wie auch immer gegliedert, entstehen.

Kontrolle:

Arbeitsergebnisse sind zu kontrollieren. Doch sollte zum Erreichen des Ergebnisses jedem Mitarbeiter die nötigen Freiheiten belassen bleiben. Wenn die Ergebnisse nicht den Wünschen entsprechen, sind vom Vorgesetzten nicht nur Rügen zu erteilen sondern auch umsetzbare Lösungen vorzuschlagen, die dann die erwartenden Ergebnisse einbringen.

Prioritäten:

Der Vorgesetzte muss bei entsprechenden Arbeitsanfall Prioritäten setzen können. Er muss abschätzen, welche Arbeiten mit welcher Wichtigkeitsstufe zu belegen sind. Doch auch hier sind Gespräche mit den betroffenen Mitarbeitern zu führen, vielleicht haben auch diese Ideen.

Entscheidungsfähigkeit:

Ein Vorgesetzter muss in der Lage sein Entscheidungen zu treffen, manchmal kurzfristig. Wird dieses nicht getan, können evtl. Termine verstreichen oder sogar zusätzliche Kosten entstehen.

Woran sind Führungsqualitäten erkennbar?

Führungskompetenz ist eigentlich nur eine Charaktereigenschaft und gegenüber der fachlichen Kompetenz nicht wirklich erlernbar. Es gibt zwar Prüfungen wobei die Fragen zu erlernen und bei mittlerer Intelligenz gut zu beantworten sind, auch Seminare wobei Führungsverhalten trainiert wird, jedoch „führen“ bedeutet mehr. Führungsverhalten lässt sich gut unter Stresssituationen beobachten. Hierbei wird deutlich, ob eine Führungskraft nur nach dem erlernten handelt oder den entsprechenden Charakter (körpereigene Gene) besitzt. Dieses wird besonders

bei emotionalen Menschen deutlich. Ausnahmen bilden hier Personen mit nicht erkennbaren Charakteren (sogenannte Pokerface). Diese Personengruppen wirken in jeder Situation gleich, jedoch auch unannahbar und somit nicht beziehungsfähig zu anderen Personen.

Admin

Noch eine persönliche Meinung über Führungspersönlichkeiten in manchen Firmen:

Schreibtisch

Mit der Wahrheit wird das nicht immer so genau genommen. Es wird so geredet, wie gerade die Stimmung im Allgemeinen ist. Die Wahrheit kann oft grausam sein, die keiner hören möchte. Nach Unternehmensphilosophie wird positives Denken vorausgesetzt. Mit mehr oder weniger gekonnten Reden wird das System schön geredet. Es gibt in großen Firmen Leute, die für ihre Ideen viel Geld bekommen, die dann den Mitarbeitern gegenüber entsprechend verkauft werden müssen. Dafür sind die in der Hierarchie absteigenden Führungskräfte verantwortlich. Doch die meisten dieser „Ideen“ entwickeln sich als Luftblasen, die aber bei entsprechender Vermittlung von den meisten Mitarbeitern als positiv empfunden werden. Doch dieses kann ein gefährliches Trugbild sein, weil es nur auf die derzeitige allgemeine Stimmungslage basiert. Die Wahrheit sieht oft anders aus, doch sie ist meistens zu negativ und positives Denken wird in der heutigen Zeit erwartet. Doch irgendwann wird auch hier die Wahrheit eintreffen, dann sind jedoch die „Ideenschmieder“ nicht mehr da, sie sind entweder mit dicken Pensionen oder Abfindungen glorreich verabschiedet worden, oder sitzen mit viel zu großen Gehältern auf irgendwelche Abschiebeposten. Jetzt kommt wieder die Zeit für neue „Ideengeber“, die nach Stimmungslage der Zeit das Rad neu erfinden sollen, es beginnt der Kreislauf von neuen. Doch dabei können viele Mitarbeiter auf der Strecke bleiben, nur die wissen das heute noch nicht, denn sie denken ja ganz im Vertrauen der „Ideengeber“ positiv.

Admin

Noch eine Zugabe!

In größeren Firmen bilden sich Seilschaften, von oben nach unten in der Hierarchie. Es ist ein unbeliebtes Thema, was keiner gerne hört aber trotzdem so ist. Nur wer konkret das redet und tut, wie der Weg der Firma es von oben vorgibt und nie seine eigene Meinung äußert, hat die Chance eine Führungsposition einzunehmen. Dazu fließt noch ein, dass ein gutes Verhältnis zu dem Vorgesetzten (beste Voraussetzung ist zusätzlich noch eine private Beziehung) absolute Voraussetzung ist, was im konkreten bedeutet „nicht die eigene Meinung äußern und lieber zusammenreißen“. Ein weiterer Vorteil ist, wenn gute Beziehungen zur Führungsspitze bestehen, dann kann der eigene direkte Vorgesetzte erst einmal egal sein. Bei einem geschickten Vorgehen kann dann der Vorgesetzte „ausgebremst“ werden und die Überholspur ist dem besagten Mitarbeiter sicher. Schwierig wird es für die Führungsspitze wenn ein Mitarbeiter mit überdurchschnittlicher Intelligenz, aber mit eigenen Vorstellungen und Meinungen erscheint und diese so ganz und gar nicht in das Firmenprinzip passen. Hier hat die Firmenführung ein Problem, entweder werden seine Vorstellungen und Meinungen zähneknirschend akzeptiert und versucht diesen

wertvollen Mitarbeiter zu fördern, oder man lässt ihn zur Konkurrenz abwandern. Der letzte Schritt könnte jedoch irgendwann der Firma erheblich schaden. Aber hier spielt sicherlich die „Arroganz“ der Führungsspitze eine erhebliche Rolle, denn es ist allgemein bekannt wenn Führungsspitzen Fehlentscheidungen treffen, dann ist der Fall zumindest finanziell nicht tief. Bei Rücktritten von Managern gibt es sicherlich eine standesgemäße Abfindung.

Admin

Veröffentlicht unter [Firma](#) | Kommentare deaktiviert

Warum bezahlen wir Fensehgebühren?

Publiert am 2. März 2010 von [admin](#)

In Deutschland sind die Gebühren für Radio- und Fernsehen gesetzlich reglementiert. Ein Gesetz woran der Staat gerne festhält als sichere Einnahmequelle für die Länder, aber auch eine staatlich gesicherte Arbeitsplatzgarantie der Beschäftigten bietet. Ebenso finden sich hier Positionen für ehemalige Politiker. Doch ist eine solidarische Zwangsabgabe heute noch zeitgemäß? Hier möchte ich mal behaupten “nein”. Diese ist als Zwangsabgabe zu bezeichnen, weil keine Möglichkeit gegeben wird irgendeinen privaten werbefinanzierten Radio- oder Fernsehsender zu empfangen ohne mit dem Gesetz in Konflikt zu treten. Zwar sind die Gebühren nur für die staatlichen Programme, jedoch überhaupt in dem Genuss eines Medienempfangs zu kommen ist eine Anmeldung der staatlichen Programme erforderlich, egal ob hier Nutzungsbedarf besteht oder nicht. Es ist eine der letzten Bastionen einer staatlichen Reglementierung, denn hier hat die Politik noch ein gewisses Mitbestimmungsrecht für die Programmgestaltung. Dieses ist, neben den Gebühren, ein weiterer Grund warum es staatliches Fernsehen geben soll.

Doch wenn schon unbedingt an kostenpflichtigen Programmempfang festgehalten werden muss, warum können hier nicht benutzerfreundliche Regelungen, ähnlich dem Pay-TV, zur Anwendung gelangen? Zum Beispiel bestimmte Programmblocke in verschiedenen Kanälen anbieten, wo der Nutzer innerhalb des Gebührenrahmens nur bestimmte Blöcke bucht, aufgeteilt in Sport, Film, Unterhaltung und ggf. in weiteren Rubriken. Dann besteht wenigstens eine kleine Wahlmöglichkeit für die Zwangszahlung, ein für den einzelnen sehenswertes Programm nach seinem Geschmack zu bekommen. Für Informationen sollte natürlich ein Kanal vorhanden bleiben, auch könnten dann hier die politischen Interessengruppen ihre Beiträge einfließen lassen, denn der Bürger entscheidet sowieso ob er das dann sehen möchte oder nicht.

Zu dem freien “Bezahl-Fernsehen” bleibt anzumerken, dass zu dem eigentlich gewünschten Programm, z. B. Fußballbundesliga-Übertragung, immer ein Zusatzpaket zwangsweise mitgebucht werden muss um überhaupt das gewünschte Programm zu erhalten. Dieses ist eine unnötige Preistreiberei womit der Pay-TV Anbieter hohe Gewinne erhofft. Jedoch entscheidet hier der freie Markt den Preis und wenn die Konkurrenz fehlt kann es der Anbieter ja erstmal versuchen. Hier besteht jedoch für den Nutzer die Möglichkeit das Pay-TV Angebot abzulehnen und verbleibt trotzdem in dem Genuss die kostenfreien anderen Programme weiter zu schauen, ohne eine Gesetzesverletzung fürchten zu müssen. Das ist eben der Unterschied zwischen gesetzlichen

Admin

Veröffentlicht unter [Alles was ärgert](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Zu beachten! Die Bahncard der DB wird nur als Abo verkauft, welches sich automatisch bei nicht fristgerechter Kündigung verlängert.

Publiziert am [2. März 2010](#) von [admin](#)

Dieser Hinweis soll nicht negativ der DB gegenüber ausgelegt werden, denn als öffentliches Verkehrsmittel ist sie unverzichtbar und bringt täglich Tausende von Pendlern zu Arbeitsstätten und Universitäten. Ohne die Bahn würden unsere Verkehrsstraßen jeden Tag den absoluten Kollaps erliegen. Auch für viele Fernreisende bietet die Bahn oft die bessere Alternative zum eigenen PKW.

Jedoch wird gerne bei dem Verkauf von Fahrkarten für Fernreisen die Bahncard angeboten, indem unter Bezug eines sofortigen 25%tigen Preisnachlasses die Bahncard für ein Jahr als fast (oder ganz) kostenlose Beigabe zu erhalten ist. Hierbei wird gerne verschwiegen, dass sich der Zeitraum automatisch für ein weiteres Jahr verlängert, wenn die Bahncard nicht spätestens 6 Wochen vor Gültigkeitsablauf gekündigt wird. Das heißt, eine weitere Zahlung für ein Jahr. Personen die nur selten Fahrten mit der DB durchführen sollten hier vorsichtig sein, denn schnell wird der Kündigungstermin vergessen und eine weitere Zahlung ist zu tätigen ohne einen eventuellen Nutzen. Für einen Gelegenheits-Bahnfahrer ist es empfehlenswert, die Bahncard direkt nach dem Erhalt zu kündigen, so kann der Kündigungstermin nicht in Vergessenheit geraten und eine Zahlung für nicht genutzte Leistungen vermieden werden. Der Hinweis bei einer verspäteten Kündigung, dass verschwiegen wurde hier gleichzeitig ein Abonnement erworben zu haben nützt wenig, denn jeder ist verpflichtet die Nutzungsbedingungen zu lesen. Wie dieser Service der Bahn einzuschätzen ist, muss jeder für sich selbst entscheiden. Jedoch kann auf diese Weise die Bahn Einnahmen für ungenutzte Leistungen erzielen.

Admin

Veröffentlicht unter [Nahverkehr](#) | [Hinterlasse einen Kommentar](#)

Unannehmlichkeiten des ÖPNV

Publiziert am [2. März 2010](#) von [admin](#)

Verspätungen und die damit verbundenen nicht hergestellten Anschlüsse sind bestimmt die größten Ärgernisse des Öffentlichen Personennahverkehrs. Ein weiterer Grund sind die oft überfüllten Bahnen und Busse (insbesondere zu den Verkehrsspitzenzeiten), sowie teilweise nicht angepasste Verhaltensweisen von Fahrgästen. Das kann z. B. überlaute Musik aus Ohrhörern, die Einnahme von Speisen und Getränken in vollbesetzten Bahnen und Bussen oder lautes Gegröle sein. Des Weiteren ist es eine oft zu beobachtende Unart Sitzplätze mit Taschen, Mänteln oder sonstigen Gegenständen Zweck zu entfremden, denn nicht jeder Fahrgast möchte erst um seinen ihm zustehenden Sitzplatz betteln und zieht somit unfreiwillig einen Stehplatz vor.

Hier ist es eine große Herausforderung für die Verkehrsunternehmen diese Mißstände zumindest teilweise abzuschwächen. Doch um diesen Komfort zu erreichen, bedarf es zusätzliches Personal und Fahrzeuge welches jedoch die dünne Finanzdecke der Unternehmen nicht zulässt. Es stellt sich die Frage, ob nicht ein Großteil der Bevölkerung bereit wäre für einen verbesserten Komfort und mehr Pünktlichkeit auch einen angemessenen höheren Fahrpreis zu zahlen? Für ein wirkliches “Mehr an Leistung” ist die Akzeptanz für eine Fahrpreiserhöhung sicherlich höher anzusetzen als eine Fahrpreiserhöhung im üblichen Sinn, mit gleichbleibenden oder sogar sich verschlechternden Leistungen.

Marketing

Über Marketing wird viel Werbung für Fahrradmitnahme und kostenlose Kinderwagen-Beförderung betrieben, doch es wird verschwiegen das die Kapazitäten der Fahrzeuge diese Mitnahmen häufig gar nicht hergeben. In überfüllten Bahnen und Bussen werden Fahrgäste zusammen gequetscht und dazwischen noch Fahrräder (1 Fahrrad nimmt den Platz von 6 Sitzplätzen ein, angegurtet an Klappsitzen die den Personen fehlen). Teilweise können Kinderwagen nicht befördert werden, weil die Fahrzeuge schon besetzt sind, dass gleiche ist für Rollstuhlfahrer anwendbar. Was nützen Fahrzeuge mit Niederflurtechnik und behindertengerechte Haltestellen, wenn die Kapazitätsauslastung der Fahrzeuge schon längst erreicht ist. Auch wäre eine ehrliche Auslegung der Marketing-Strategien wünschenswerter, als nur die Werbetrommel zu rühren. Die “Marketing-Strategen” der Verkehrsunternehmen haben immer “tolle Ideen”, wie zum Beispiel in überfüllten Regionalbahnen Fahrkartenkontrollierende Getränke- und Süßwarenverkäufer mit Verkaufswagen durch die Menschenbesetzten schmalen Gänge zu schicken wobei weder der Verkäufer noch die Fahrgäste wissen wohin sie überhaupt noch ausweichen sollen. Hier im Berufsverkehr fahren jeden Tag Menschen, die darauf angewiesen sind ihren Arbeitsplatz mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen und denen wird schon sehr viel Unerträgliches zugemutet. Hingegen die “Marketing-Strategen” mit ihren Dienstwagen bzw. von den Firmen “geförderten Privatfahrzeugen” ihre tägliche Fahrt zur Arbeitstätte absolvieren. Die meisten “Ideeengeber” kennen die Zustände in den öffentlichen Personenverkehr wahrscheinlich nur aus Filmmaterial oder aus ihrer Studienzeit wo der/die eine oder andere noch auf den öffentlichen Personen-Nahverkehr angewiesen war. Es wäre für jedem Marketing-Mitarbeiter ratsam wenigstens ein Jahr zu den Verkehrsspitzenzeiten den ÖPNV zu nutzen, bevor Ideen entwickelt werden. Ebenso sollten keine Strategien alleine nur aus Umfrageergebnissen resultieren, zwar geben diese einen ungefähren Zustandsbericht, jedoch können nur “selbst erlebte Erfahrungen” den Entwickler zu vernünftigen Ideen führen.

Volle Bahnen und Busse

Volle Bahn

Es wird gerne von Seiten der Verkehrsunternehmen für ein angenehmes, schnelles und stressfreies

Fahren geworben (Marketing-Strategie), mit dem Ziel möglichst viele Neukunden zu gewinnen und möglichst mit gleichzeitigen Abo-Vertrag für ein Jahr die Einnahmen gesichert zu bekommen. Doch beim rühren der Werbetrommel sollte dem zu gewinnenden Fahrgast auch gesagt werden, dass ein angenehmes, pünktliches und stressfreies Fahren nur zu bestimmten Tageszeiten gewährleistet ist. Dann sollte dem Fahrgast ebenfalls gesagt werden, dass zu den

Verkehrsspitzenzeiten (Schüler- und Berufsverkehr) kein angenehmes Fahren zu ermöglichen und zu erwarten ist, weil die Kapazitäten zu diesen Tageszeiten ausgelastet- und überfüllte Bahnen- und Busse zu akzeptieren sind. Es ist zu diesen Tageszeiten eben nur ein Transport möglich und kein angenehmes Fahren. Mit der Wahrheit sind dauerhaft Fahrgäste zu gewinnen, mit dem verbreiten von nur "Vorteilen" (auch wenn diese zweifelsfrei teilweise vorhanden sind) steigen Kunden nach einem Monat ÖPNV-fahren schon wieder auf den PKW um. Denn auch wenn das Fahren im eigenen PKW teurer ist und über volle Straßen führt, ist hier ein bequemer Sitzplatz ohne Lärm gewährleistet. Auch lange Wartezeiten an Umstiegshaltestellen durch verpasste Anschlüsse bleibt dem Autofahrer erspart. Die Zielsetzung der Verkehrsunternehmen müsste sein, ein angenehmes und stressfreies Fahren auch zu den Verkehrsspitzen zu gewährleisten, sei es durch Taktverdichtung, mehr Einsatzwagen oder bei der DB mit zusätzlichen Wagons. Dieses wäre mal eine Aufgabe für die Marketing-Strategen anstatt nur Kampagnen, Werbespots und Plakate zu entwerfen. Diese Maßnahmen bringen auf Dauer nur noch mehr gefrustete Fahrgäste und kehren das Bild in die Lächerlichkeit.

Im Prinzip hat sich im öffentlichen Personennahverkehr in den letzten 30 Jahren nicht viel geändert, die Busse und Bahnen sind immer noch genau so voll, die Anschlüsse sind auch nicht besser, die Wagen sind teilweise noch unbequemer geworden, härtere und weniger Sitzplätze, dafür breitere Gänge für z. B. Getränkewagen (siehe oben), oder es ist sinnloses Styling geschaffen was keinem nützt. Im Rahmen der Gesetzgebung (Gleichstellungsgesetz) hat sich jedoch der Zustand für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste verbessert. Um von dem eigentlichen Übel abzulenken sind städtebauliche Verschönerungen geschaffen, so wie architektonisch gestaltete Aufenthaltsflächen und Wetterschutzeinrichtungen an Haltestellen und Bahnhöfe die an bedeutenden städtischen Standorten angesiedelt sind. Dieses nützt jedoch nur den Kommunalpolitikern, die in der Regel den ÖPNV wenig nutzen, dass jedoch ein Imagegewinn ihrer Stadt ist. Hier hätten oft einfache Wetterschutzeinrichtungen einen sogar teilweise besseren Dienst geleistet. An den Kernpunkten, Aufenthaltsqualität in den Fahrzeugen, Pünktlichkeit und gesicherte Anschlussherstellung wird sich wahrscheinlich auch in den nächsten 30 Jahren nichts ändern, denn dieses bedeutet eine enorme Kostensteigerung. Es muss dann eine Taktverdichtung und eine Fahrzeitanpassung im Linienumlauf erfolgen, dass ein Mehreinsatz an Fahrzeugen und Personal bedeutet. Diese entstehenden Mehrleistungen wären von den Verkehrsunternehmen nur über höhere Fahrpreise zu leisten, die wiederum einen Fahrgastverlust bedeuten würden, oder durch politische Subventionierung. Hier stellt sich jedoch die Frage, ob dieses für den Steuerzahler zumutbar ist. Also kann sich an den eigentlichen Kernpunkten des ÖPNV nichts ändern, es können nur Marketing-Maßnahmen erfolgen wobei dem Fahrgast das Gefühl einer Verbesserung der Situation subjektiv erscheinen lassen soll. Es werden z. B. Beschwerden in der Form bearbeitet, die dem Beschwerdeführer das Gefühl vermitteln das durch seine Eingabe in Zukunft eine Verbesserung eintritt, obwohl dieses in vielen Fällen garnicht möglich ist.

Zu diesen Themen möchte ich jedoch hinzufügen, dass dieses ausschließlich meine private Meinung ist und in keiner Weise mit irgendeinen Verkehrsunternehmen im Zusammenhang steht.

Hier geht es zu dem Informationsportal Nahverkehr-Info.de

